

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis: 3,00 Mk. monatlich, 1,10 Mk. wöchentlich. 25 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat.
 Eingetragen in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Die Inserions-Gebühr
 beträgt für die sechsheftige Kolonelle oder deren Raum 60 Pfg. für politische und gesellschaftliche Berichte und Berichtigungs-Berichte 30 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das heißt: die erste Zeile des ersten Wortes 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. (zweifache Zeile 20 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Erscheint täglich außer Montags.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Mittwoch, den 5. Juli 1911.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Der Fall Jatho und die kirchlich-liberale Richtung.

Noch immer Jatho. Obgleich seit dem Urteilspruch des kirchlichen Spruchkollegiums bereits mehr als eine Woche vergangen ist, bringen noch immer die liberalen Blätter lange Artikel über den „Fall Jatho“, in denen mit leidenschaftlicher Entrüstung gegen das orthodoxe preussische Kirchenregiment protestiert, Jatho als großer Glaubensstreiter und Märtyrer seiner Ueberzeugung gefeiert und die kirchlich-liberale Richtung als Vertreterin aller Geistesfreiheit angepriesen wird. Und neben diesen Artikeln stehen kürzere und längere Berichte über Massenversammlungen, die Jatho und seine Freunde abgehalten haben, über ältere und neuere Ausprüche Jathos, über die Anhänglichkeit seiner Kölner Gemeinde, über die Fassung, mit der er sich in sein Martyrium zu finden weiß usw. usw. Die schläfrige liberale Presse, die sonst so selten ein Wort scharfer Protestes gegen die reaktionären Leistungen des preussischen Staatsregiments findet, bietet plötzlich das Bild eines stürmischen, wilden Aufruhrs. Was sämtliche ungleiche wichtigeren kulturellen und politischen Fragen der letzten Jahre nicht vermochten, die Amtsentsetzung des Pfarrers Jatho in Köln hat es zu stande gebracht: das liberale Gemüt schüttelte sich bis in seine Grundtiefen erschüttert und macht sich in wildem Drohungsgeheul gegen die „Kirchenpäpste“ und die „orthodoxen Ruder“ Luft. Tatsächlich ist es der liberalen Presse durch ihr Gelärm gelungen, eine Vagarelle, eine nebenfällige Episode des seit vielen Jahren zwischen der orthodoxen und liberalen Richtung in der evangelischen Landeskirche ausgefochtenen Rivalitätskampfes zu einer großen Kulturfrage aufzubauen. Selbst in einem Teil unserer Parteipresse hat dieses Treiben ein unferer Meinung nach ganz unberechtigtes Echo gefunden — und was schlimmer ist, vereinzelt findet auch die liberale Argumentation in unserer Presse Anklang und Nachahmung. Lediglich diese Tatsache veranlaßt uns, nachdem wir früher schon in zwei kurzen Artikeln unsere Meinung darüber dargelegt haben, nochmals auf den Fall Jatho und den Machtstreit zwischen der liberal-epangelischen und orthodox-epangelischen Richtung in der evangelischen Landeskirche Preussens zurückzukommen, wenngleich wir den internen Kampf zwischen diesen beiden der sozialistischen Weltanschauung gleich fremd und gleich feindlich gegenüberstehenden kirchlichen Parteirichtungen nur eine sehr geringe Bedeutung für unsere kulturelle Entwicklung beizumessen vermögen.

Zweifellos macht die gegen Jatho unternommene Aktion einen höchst widerlichen Eindruck, da infolge des Charakters der preussischen evangelischen Landeskirche als einer bürokratisch regierten Staatskirche das ganze Verfahren gegen Jatho von der Staatsgewalt ausgeht und als ein Akt staatspolitischer Intoleranz und polizeilichen Geisteszwanges erscheint, und zwar um so mehr, als hinter dieser Staatsgewalt eine reaktionäre, halbfeudale Kaste steht, der das „Seelenheil“ des Volkes, um das sie so beweglich jammert, höchst gleichgültig ist, die vielmehr in der christlichen Lehre, wie sie sie gepredigt wissen will, lediglich ein Mittel sieht, den preussischen Junkerstaat als eine (wie der feudale Staatsrechtslehrer Friedrich Julius Stahl sich ausdrückt) „Veranstaltung Gottes“ hinzustellen und seine rücksichtslosen politischen Einrichtungen als in „Gottes weiser Ständeordnung“ begründete göttliche Institutionen. Dadurch wird zweifellos dem Vorgehen gegen Jatho ein gehässiger staatspolizeilicher Charakter aufgeprägt. Aber steht man von dieser Begleiterscheinung ab und prüft rein formell die Frage: „Ist eine religiöse Gemeinschaft (und das ist doch wohl die epangelische preussische Landeskirche) berechtigt, jene Religionslehrer vom Lehramt auszuschließen, die ihre Grundanschauungen verneinen?“ — so läßt sich gegen ein die Ausschließung eines „irrliehrenden“ Priesters bezweckendes Verfahren absolut nichts einwenden — vorausgesetzt natürlich, daß ein solches Verfahren gültigen gesetzlichen Vorschriften entspricht. Das Geschrei über Intoleranz, das die liberale Presse erhebt, beweist nur ihre Inkonsequenz. Was ist denn eine Kirchengemeinde? Eine Gemeinschaft, die eine auf gewissen Glaubensgrundlehren begründete gemeinsame Gottesverehrung (Kultus) bezweckt: eine „Gemeinschaft der Gläubigen“, wie es in der christlichen Terminologie heißt. Es ist aber ganz selbstverständlich, daß dieser Zweck bereitet wird, wenn jene, die dazu bestimmt sind, diese Lehren zu verkünden, sie verneinen. Deshalb muß der Gemeinschaft das Recht zustehen, zur Durchführung ihres Zweckes solche „Nichtgläubigen“ oder „Irreliehrenden“ vom Lehramt auszuschließen.

Ebenso wenig, wie einer politischen Partei auferlegt werden kann, ein Mitglied, das die Berechtigung ihrer Grundanschauungen bestreitet, in ihrer Mitte zu dulden oder gar als Agitator und Parteilehrer anzustellen, kann eine Kirchengemeinschaft gezwungen werden, priesterliche Funktionen zu dulden, die ihre anerkannten Glaubenslehren leugnen oder diesen einen der allgemeinen Auffassung widersprechenden, fremden Sinn unterlegen. In solchem Fall bleibt, will nicht die Kirche jeden festen Inhalt verlieren und zu einem Sammelplatz aller möglichen individuellen Einfälle und Ansichten

werden, nur der Ausschluß vom Lehramt übrig, wenn nicht der Ausstoß der ganzen Gemeinschaft. Rag auch in allerlei Nebenbingen sogenannte Lehrfreiheit zugestanden werden, immer wird es für jede Kirche wie für jede andere öffentliche Zwecke verfolgende Gemeinschaft eine Summe von Grundsätzen und Bekenntnissen geben, die sie nicht antasten lassen kann, wenn sie nicht ihren eigenen Zweck in Frage stellen will.

Freisinnige Blätter haben in den letzten Tagen mit allerlei Ausdrücken wie „evangelische Toleranz“, „persönliches Gotteserlebnis“, „Persönlichkeitsglauben“, „freie persönliche religiöse Ueberzeugung“ um sich geworfen und behauptet, der Protestantismus gebe sich selbst auf, wenn er die angeblich seit Luthers Zeiten bestehende und anerkannte „evangelische Lehrfreiheit“ verkümmere. Nichts als absolut unhistorische leere Phrasen. Eine widerliche Fälschung historischer Tatsachen zugunsten des Protestantismus. Eine solche Lehrfreiheit hat nie bestanden und wird nie bestehen. Immer ist Vorbedingung, daß sich die sogen. Lehrfreiheit auf dem Boden der Kirche stellt und im Rahmen des von der Kirche als ihre Grundlage betrachteten Glaubensbekenntnisses bleibt, ohne das keine Kirchengemeinschaft möglich ist. Zu verlangen, der Geistliche der evangelischen Landeskirche müsse völlig unbeschränkte Lehrfreiheit haben, heißt nichts anderes als verlangen, daß ein Geistlicher dieser Kirche auch dann nicht in seiner Lehrtätigkeit gehindert werden darf, wenn er von der Kanzel herab römisch- oder griechisch-katholische, mormonische oder gar islamitische Glaubenssätze verkündet. Was würden wohl die freisinnigen Blätter sagen, wenn unter Berufung auf die von ihnen geforderte Toleranz und Lehrfreiheit die von freisinnigen Vereinen zur Propagandierung freisinniger Auffassungen angestellten Wanderredner sozialdemokratische oder konservative Lehren vortrügen?

Demnach handelt es sich nur um die Frage: Hat Jatho sich mit seinen Lehren innerhalb des Rahmens jenes Glaubensbekenntnisses gehalten, auf dem das Fundament der evangelischen Landeskirche ruht? Ob dieses Glaubensbekenntnis nach seiner eigenen Ansicht und der irgend welcher anderen Personen „ungeeignet“, „unzeitgemäß“ oder „unsinnig“ ist, ändert nicht das geringste daran, daß er, so lange er bestellter Geistlicher ist, die Lehren seiner Kirche zu lehren hat; genau so wie ein sozialdemokratischer Abgeordneter oder Redakteur nicht deshalb ohne weiteres liberale Ansichten propagieren darf, weil er und seine liberalen Freunde vielleicht die sozialdemokratischen Grundsätze „unsinnig“ und „hinterbrannt“ finden. Kommt er zu der Ansicht, daß er die Lehren, zu deren Vertretung er bestellt ist, nicht mit gutem Gewissen mehr vertreten kann, so hat er einfach als ehrlicher Mann von seinem Posten zurückzutreten und sich einem anderen seinen Ueberzeugungen entsprechenden Wirkungskreis zu suchen, mag ihm das immerhin manches Opfer und die Aufgebung mancher lieben Wohnheiten kosten. Das ist eine der einfachsten Grundregeln proletarisch-sozialistischer Ethik; von der wir zugunsten des Herrn Jatho keine Ausnahme machen können!

Daß aber Herr Jatho nicht mehr auf dem Boden des Glaubensbekenntnisses seiner Kirchengemeinschaft steht, daran ist nach seinen eigenen Ausführungen nicht zu zweifeln. Der Begriff eines persönlichen Gottes ist bei ihm völlig verflüchtigt. Sein Gott ist keine Persönlichkeit, aber er ist auch nicht im Sinne des Pantheismus identisch mit dem Weltall, mit der sogenannten Urkraft oder der Unvernunft des Universums. Ist sein Gott deshalb auch wirksam in der Weltsubstanz, so ist er doch etwas von dieser getrenntes Außerweltliches — so eine Art Mittelglied zwischen dem Gott der offenbarungsgläubigen Theisten und dem der Pantheisten, wie denn auch Jatho vor dem kirchlichen Spruchkollegium nach dem Bericht linksliberaler Blätter die Bezeichnungen Monist und Pantheist abgelehnt und sich selbst als „Panentheist“ bezeichnet hat. Eine Halbheit. Allerdings ist auch Jatho selbst nur eine Halbheit, ein Mann ganz Gefühl, ganz Stimmung, der keinen Gedanken logisch zu Ende zu denken vermag.

So sagt Jatho denn auch, wie er selbst in seiner dem kirchlichen Spruchkollegium überreichten Bekenntnisschrift erklärt, Christus nur als „Idee, d. h. als die Lebensmacht persönlicher Erlösung zum Zweck sozialer Bindung“ auf. Aber in anderen Auslassungen Jathos erscheint Christus wieder als historische Figur, und den Konfirmanden hat er, wie er sich rühmt, das „Apostolikum in seinem ursprünglichen Sinne“ erklärt, ihnen von Christi Geburt, Auferstehung und Höllefahrt gesprochen, obgleich er wußte, daß diese Erzählungen von den meisten Kindern in einem ganz anderen Sinn als dem seinigen aufgefaßt wurden.

Vielleicht werden manche solche christlichen Lehren trotz ihrer Unbestimmtheit immerhin für vernünftiger halten, als die seltsame Lehre, daß der christliche Gott aus drei Personen besteht und doch nur ein einziger Gott ist, also $3 \times 1 = 1$ sein soll; aber darauf kommt es hier absolut nicht an. Die Frage ist lediglich: „Steht Jatho mit diesen religiösen Ansichten auf dem Boden der preussisch-epangelischen Landeskirche?“ Und diese Frage muß bei vorurteilsloser Prüfung entschieden verneint werden!

Um Stimmung gegen das Urteil des kirchlichen Spruchkollegiums zu machen, feiert die liberale Presse Jatho als einen Märtyrer seiner Ueberzeugung, als einen von heiligem Wissensdrang getriebenen Wahrheitsfinder, der in stolzem Bekenntnis für deutsche Geistesfreiheit streitet. Wäre tatsächlich

Jatho die Persönlichkeit, als welche er in diesen Apologien geschildert wird, so bewiese auch das nicht das geringste gegen das von dem Spruchkollegium gefällte Urteil; denn dessen Berechtigung oder Nichtberechtigung hängt nicht davon ab, ob Jatho ein mehr oder minder sympathischer Charakter ist. Obendrein ist es aber um das Martyrium recht mächtig bestellt. Jatho erhält, da er bereits 30 Jahre als Pfarrer fungiert hat, ein beträchtliches Ruhegehalt (über 5000 M.), einige seiner Freunde haben bedeutende Geldsummen für ihn bei rheinischen Banken hinterlegt und zudem wird für ihn eine Jatho-Spende gesammelt. Selbst seine Lehrtätigkeit ist ihm nicht genommen. Zwar darf er nicht mehr von der Kanzel herab als Staatsdiener seine religiösen Ansichten verkünden, aber in öffentlichen Versammlungen oder kirchlichen Vereinen Vorträge zu halten, das kann ihm keiner verwehren. Wo bleibt da das große Martyrium? Hunderte, Tausende von sozialdemokratischen Arbeitern, die wegen ihrer politischen Gesinnung von einer Arbeitsstätte zur anderen gehetzt, schließlich arbeitslos und mittellos zugrunde gegangen sind — sie haben weit mehr für ihre Ueberzeugung gelitten als Jatho, und sie stehen uns auch als Märtyrer, mögen ihre Namen gleich der großen Öffentlichkeit ganz unbekannt geblieben sein, in ethischer Hinsicht weit höher als Jatho.

„Besähe Jatho jenen unerschrockenen Bekenntner, der an ihm gerührt wird, er hätte längst die Amtseisen abgeschüttelt und erklärt: „Ich kann nicht lehren, was ihr verlangt!“ Er hätte nicht die von ihm unterrichteten Kinder fromme Lieder von der Krippe in Bethlehems Stall und der Auferstehung des Heilands singen lassen; denn die biblischen Berichte von der Geburt und Auferstehung Christi sind auch seiner Auffassung nach nur fromme Märchen. Und ebenso wenig ist Jatho ein freier Forscher auf religionsgeschichtlichem Gebiet, der der Welt durch emsige Studien errungene neue Forschungsergebnisse bringt. Er ist überhaupt kein Forscher, auch kein Denker; er ist ein Gefühlsmensch, ein Stimmungsmensch, der nicht die historische Sonde anlegt, sondern die religiösen Lehren nach seinem Gefühl beurteilt — nach dem Eindruck, den sie auf sein Gemüt machen. Sein Kriterium für die Nichtigkeit eines Glaubenssatzes ist lediglich sein „religiöses Erlebnis“, das Echo von Empfindungen, das solcher Satz in seinem Innersten weckt. Wie die „Nordd. Allgem. Ztg.“ berichtet und von anderen Blättern bestätigt wird, soll selbst der Verteidiger Jathos vor dem Spruchkollegium, Professor D. Baumgarten, erklärt haben: „Jatho sei kein Theologe. Mit Jathos Theologie, könne er, Baumgarten, nichts anfangen. Jatho und diese Lehrverhandlungen wären inkommensurabel. Seine Lehrbegriffe seien ganz flüchtig. Bei ihm sei alles Gefühl. Namen seien ihm Schall und Rauch. Diese Gesprächsform könne er, Baumgarten, sich freilich nicht aneignen. Jatho lege den größten Wert auf seine Erlebnisse. Ein Politiker sei er nicht. Weder habe er sich staats- noch kirchenpolitisch betätigt. Darin sei er das reine Kind.“

Ob Professor Baumgarten sich genau so ausgedrückt hat, wissen wir nicht; aber die Charakteristik stimmt — kein Forscher, kein Denker, kein Politiker, sondern ein Schwärmer, dem sein Empfinden als Maßstab aller Dinge dient.

Als Entschuldigung dafür, daß Jatho nicht längst sein pastorales Lehramt niedergelegt hat, mag allerdings dienen, daß sich die epangelische Kirche Preussens in einem Zustand der Verjüngung befindet. Der überwuchernde religiöse Individualismus ist zu einem Element der inneren Auflösung geworden. Was findet noch von den Glaubenssätzen in der epangelisch-kirchlichen Theologie allgemeine Anerkennung; was ist noch nicht strittig geworden? Was ist gesicherter Bekenntnisstand, und wo beginnt die Irreliehe? Selbst die alte Grundlehren haben vielfach ihre Autorität verloren und werden zum Teil selbst von den Orthodoxen nicht mehr ihrem ganzen Inhalt nach als bindend anerkannt. Wären die Theologen, die in dem dreizehnhundertjährigen Spruchkollegium über Jatho zu Gericht sahen, genötigt gewesen, die Grenzen abzustechen, wo nach ihrer individuellen Auffassung das Halbe und Irige beginnt, wir würden recht verschiedene Grenzlinien erhalten haben. Unter solchen Umständen mochte auch Jatho, obgleich seine religiösen Ansichten im ganzen weit über die Theologie der liberalen Richtung hinausgehen, in seiner religiösen Naivität glauben, noch immer auf dem Boden der epangelischen Landeskirche zu stehen.

Was will die Regierung?

Die Parlamente sind verlagert, der Absolutismus regiert Deutschland auf Monate hinaus ohne Zeigenblatt und die Regierung hält es nicht für nötig, über ihre Absichten irgend welche Aufklärung zu geben. Denn die spärlichen offiziellen Bemerkungen über den „Schuß der deutschen Interessen“ sind ja nur leere Redensarten. Ueber das, was das deutsche Volk vor allem interessiert, über das Ziel, das die Regierung mit der Beteiligung an dem marokkanischen Abenteuer verfolgt, herrscht tiefstes Schweigen. Dagegen hat die Regierung eine neue Tatsache geschaffen. Offiziell wird bekanntgegeben: S. M. S. „Panther“, der bekanntlich auf der Heimreise von Südwestafrika Teneriffa angelaufen hatte und von dort nach

Agadir erkaufte wurde, wird nunmehr durch S. M. S. „Berlin“ abgelöst werden, da seine Rückkehr zu gründlicher Reparatur im Dock nicht länger aufschicbar erscheint.

Daß der „Panther“ reparaturbedürftig ist, mag stimmen. Eben weil mit diesem kleinen Schiff nicht viel anzufangen war, wird es abgelöst und durch den Kreuzer „Berlin“ ersetzt. Dieser gehört zur Klasse der kleinen Kreuzer und stellt einen weit moderneren Schiffstyp dar, als ihn der „Panther“ repräsentiert. Er ist besser armiert und verfügt über eine Besatzung von rund 300 Mann, während der „Panther“ nur 125 Mann hatte. Die Ausschiffung eines Landungsregiments ist bei der „Berlin“ also leichter zu bewerkstelligen. Dabei ist noch lange nicht gesagt, daß es mit der „Berlin“ sein Bewenden haben wird. Die letzten Schiffsbewegungen der deutschen Marine in den westafrikanischen Gewässern sind überhaupt derart gewesen, daß man annehmen muß, die Aktion von Agadir sei schon lange vorbereitet. Vielleicht besteht der nächste Schritt, den die deutsche Regierung tut, darin, daß „Berlin“ Gesellschaft erhält.

Es kennzeichnet auch den Ernst der Situation, daß Wilhelm II. die Nordlandfahrt, deren Antritt bereits vor einigen Tagen erfolgen sollte, immer wieder hinausschiebt — wie offiziös erklärt wird, wegen der ungünstigen Witterung. Das politische Wetter ist in der Tat schlecht.

Unterdessen sind die Marokkotreiber an der Arbeit. Sie verlangen die Aufteilung Marokkos, wobei das Hinterland von Agadir Deutschland zufallen müsse. So schreiben die „Berl. Neuesten Nachrichten“ folgendes:

„An diesen durch die Verhältnisse erzwungenen Schatz unserer Landvolke hängt sich nun mit einem Male auch die Pflicht, von diesem Posten aus die Wiederherstellung der Algeriasache abzuwarten oder aber Deutschlands Interessen bei der endgültigen Teilung des von natürlicher und künstlicher Anarchie durchzogenen Landes wahrzunehmen. Herrn v. Rüderns Wartezeit ist zu Ende. Die Stunde des Handelns ist gekommen.“

Diese Auffassung ist nun gerade für die Kreise typisch, die die Macht gehabt haben, die deutsche Regierung zu ihrem Vorgehen zu treiben. Sie wollen koloniale Eroberungspolitik unter allen Umständen. Für sie ist es selbstverständlich, daß des deutschen Volkes Blut und Gut in den Dienst der kapitalistischen Bereicherungsinteressen gestellt werden. Und ihre Auffassung ist für die Regierungspolitik bestimmend.

In einem Teil der französischen Presse glaubt man allerdings, daß Deutschland sich mit Kompensationen auf anderen Gebieten zufrieden geben wird. Man spricht von der Erweiterung der deutschen Besitzungen in Kamerun durch Sinauschiebung der Grenze gegen den französischen Kongo hin. Auch dies würde natürlich die Last unseres Kolonialbesitzes mehren. Allein es ist sehr die Frage, ob unsere chauvinistischen Heber sich damit zufrieden geben würden. In Fragen so ernster internationaler Natur ist nie der erste Schritt ganz frei, dann beginnt die eigene Logik der Dinge und der unheilvolle Gegenstand der großen Nationen, die die imperialistische Politik geschaffen hat, legt schlimme Befürchtungen nahe. Nicht der Diplomatie der Regierungen dürfen wir vertrauen, sondern einzig und allein dem Willen der Arbeiterklasse aller Länder mit ganzer Kraft sich den kriegerischen Gelüsten entgegenzusetzen.

Eine Interpellation.

Jetzt, wo die Marokkofrage eine noch ungleich gefährlichere Wendung anzunehmen beginnt, hat der preussisch-deutsche Absolutismus sich wiederum aller Parlamente entledigt, und das Feld behauptet die gemeingefährliche Horde offiziöser Prehepithel, die entweder aus Unwissenheit und Dummheit oder aus böswilliger Verlogenheit das Publikum für die dunklen Geschäfte der Diplomatie und der kapitalistischen Eliten bearbeiten. Aber ein Parlament tagt doch zurzeit in Deutschland; unsere Genossen in der württembergischen Kammer werden nicht unterlassen, die Regierung sofort über die neue Marokkofrage zu interpellieren; und ferner ist die Forderung der sofortigen Einberufung des Deutschen Reichstages mit allem Nachdruck zu erheben.

Die Stimmung in Frankreich.

Paris, 3. Juli. (Fig. Ver.) Die öffentliche Meinung ist über die Intervention Deutschlands doch stärker beunruhigt, als die anerkanntswerte, wenn auch auf verschiedene Motive und einen Winkel von oben zurückzuführende Zurückhaltung der Presse annehmen lassen könnte. Sicherlich wünscht — vielleicht mit Ausnahme von einigen monarchistischen Intriganten, die als das Resultat jedes Krieges, mag er nun glücklich oder unglücklich ausfallen, die Restauration erwarten — niemand eine Auseinandersetzung mit den Waffen und die Länge des ganzen marokkanischen Handels, der sich immer wieder nach bedrohlichen Wendungen in ein ruhigeres Fahrwasser bringen ließ, hat die Unentschiedenheit des Publikums in bezug auf diesen Gegenstand etwas abgeschwächt. Aber die Meinung, daß Deutschland einen Konflikt suche, ist im französischen Volk noch immer stark verbreitet und die Art der jetzigen Intervention gibt ihr neue Nahrung. Nun ist schon die neuerliche Auffackelung der chauvinistischen Gefühle eine offenkundige Tatsache. Die infame Geschäftsprelle vom Schlag des „Matin“ hat hierin seit einem Jahr namentlich durch den Mißbrauch der Begeisterung des Volkes für den Flugpost erfolgreich operiert und die alberne Annäherung und Unverständlichkeit der deutschen Nationalistenpresse trug das Ihre bei. Immerhin muß man sich hüten, renommissüchtigen Demonstrationen, wie die der Studenten gegen die unzulässigen und heuchlerischen Trottelien der „Straßburger Wost“, allzubielle Bedeutung zu geben. Sie beweisen, daß der größere Teil der jungen Bourgeoisie in Frankreich für moderne Kulturbestrebungen ebenso verloren ist, wie in Deutschland. Im praktischen Leben der kapitalistischen Ausbeutung werden die jungen Leute ebenso nichterne Rechner und Profitmacher werden, wie ihre deutschen Klassengenossen und wie derzeit ihre Väter. Die Rebhunde-Leidenenschaft wird also in der jetzigen Spannung kein Unglück anrichten, aber das darf man doch wohl sagen, daß die schweren Bemühungen der Leute, die für eine Annäherung an Deutschland eintreten, für Jahre hinaus vernichtet sind, weil der Glaube an die Zuverlässigkeit und die Aufrichtigkeit des offiziellen Deutschlands keinen Boden finden wird. Dazu kommt die erschauendste Unkenntnis des wirklichen Deutschland, des deutschen Volkes, das man in der bürgerlichen Presse als eine gefügige, im Kasernendill zum unbedingten Gehorsam gegen die Herrschenden erzogene Masse darstellt, wobei dann die deutsche Sozialdemokratie mit Vorliebe als willenlose oder gar noch in monarchistischem Patriotismus ergriffene Truppe präsentiert wird. Selbst ein leblich von der doch einigermaßen politisch unterrichteten „Gesellschaft“ gelestes Blatt wie der „Figaro“ kann heute ein Interview mit einem angeblich hervorragenden deutschen Diplomaten veröffentlichen, worin wohl als der Hauptzweck der

deutschen Intervention ein Wahlanüber der Regierung erscheint, dieses Wahlanüber aber seine Spitze gegen — die Alldeutschen richten soll, vor denen die Regierung nicht als untätig dastehen wolle. Als ob es die Alldeutschen wären, deren Wahlausichten die Regierung bange machten! Und derlei Unsinn wird von den anderen großen Blättern nachgedruckt.

Aber gerade schon um dieser Unkenntnis der wirklichen Stimmung des deutschen Volkes willen ist die gemeinsame Intervention des deutschen und französischen Parlamentarismus und der ganzen Internationalen, die Jaurès heute fordert, von eminenter Wichtigkeit für die Entwicklung der künftigen Ereignisse im Sinne des Weltfriedens, des Sozialismus und der Kultur.

Der Standpunkt Englands.

London, 4. Juli. (B. L. V.) Mehrere Blätter fahren fort, die Sendung des „Panther“ nach Agadir zu besprechen. „Daily Chronicle“ schreibt: Wir erwarten, daß der gegenwärtige Zwischenfall sich als nicht sehr bedeutungsvoll erweisen wird und daß die überwiegenden französischen Interessen in Marokko, die die deutsche Regierung nicht zu hindern und die England zu unterstützen versprach, durch die deutsche Aktion nicht berührt werden. England wird seine Verpflichtungen gegenüber Frankreich loyal erfüllen. „Standard“ gibt zu, daß die französische Okkupation von Fez wenigstens technisch einen Bruch der Algeriasache bedeute. Das Blatt fährt dann fort: Wir können gegen die Anwesenheit des deutschen Kriegsschiffes an einem Punkt, wo die deutschen Interessen wirklich gefährdet sind, keinen Einspruch erheben, aber wir müssen hoffen, daß die Gefahr nicht so dringend ist, um Schritte zu veranlassen, die zu weiteren, sehr unerwünschten Entwicklungen führen würden. Zugleich hoffen wir, daß Frankreich und Spanien alles tun werden, um keinen weiteren Grund für die Ansicht zu geben, daß die Akte von Algerias bereits außer Kraft gesetzt worden ist. „Daily Graphic“ erhofft von den bevorstehenden Verhandlungen eine umfassende definitive Lösung der Marokkofrage. Das Blatt fährt fort: Die Algeriasache enthält nichts, was eine deutsche Aktion, wie sie in der deutschen Note erklärt wird, verbieten konnte. Es sei sehr zweifelhaft, ob das Abkommen von 1909 so ausgelegt werden könne, daß es Deutschland verboten wäre, seine eigenen Untertanen gegen innere Unruhen in Marokko zu schützen. Die ganze Frage erfordert eine ruhige und geduldige Erörterung.

Im Unterhaus fragte heute Balfour den Ministerpräsidenten, ob es im öffentlichen Interesse möglich sei, eine Mitteilung über Marokko zu machen. Asquith erwiderte: Die Angelegenheit, auf die Balfour hinweist, giebt, das brauche ich nicht erst zu sagen, die erste Aufmerksamkeit der Regierung auf sich. Diplomatische Mitteilungen werden in diesem Augenblick ausgetauscht; ich glaube aber nicht, daß es angebracht wäre, im gegenwärtigen Augenblick mehr zu sagen.

Der „Nationalbund“.

Den Namen „Elsah-Lothringischer Nationalbund“ hat sich die vor wenigen Wochen erst gegründete „Elsah-Lothringische Nationalpartei“ in ihrer konstituierenden Versammlung beigelegt, die am Donnerstag, den 29. Juni, im „Hotel zur Krone“ in Straßburg stattfand. Der Reichstags- und Landesausschuss-Abgeordnete Preiß, der die Versammlung leitete, ist auch der Vorsitzende des neuen „Bundes“, dessen konstituierende Versammlung von 134 Personen besucht war, nach der eigenen Angabe der Nationalistenpresse.

„Angehörige der elsah-lothringischen Bourgeoisie aus allen Kreisen, Grundbesitzer, Industrielle, Kaufleute, Ärzte, Advokaten usw.“

Aus allen Kreisen der Bourgeoisie — Arbeiter waren nicht da. Schon diese Analyse der Versammlung, die das Organ des Vorsitzenden Preiß, der „Elsaher Kurier“, giebt, zeigt, daß es sich um eine Klassenpartei handelt. Der neue „Bund“ ignoriert die Arbeiterbewegung, er sieht sie gar nicht, er spricht in der Rubrik VI seines sogenannten Programms, worüber „Wirtschaftliche Fragen“ steht, nur immer von der „wirtschaftlichen Entwicklung unseres Landes“ ohne die sozialen Interessengänge zuzugeben oder auch nur zu erwähnen. Sie existieren für den „Bund“ nicht, diese Gegenstände. Das kann nur heißen, daß der „Bund“ voll und ganz auf dem Boden der wirtschaftlichen „Ordnung“ der heutigen Gesellschaft, auf dem Boden der kapitalistischen Klassenherrschaft steht. Einzig im Interesse dieser Herrschaft und in deren Dienst bemüht sich in der Tat der sogenannte Nationalbund um die Ablenkung von den Ereignissen und den Zielen des Klassenkampfes.

Dieselbe Vogelstrauchpolitik auf dem Gebiete des Unterrichts, wessens, der Steuerfragen usw. ja auf dem Gebiete der Verfassung selbst, wo weder für die Monarchie noch für die Republik Stellung genommen wird. Nur die „böilige Autonomie“ will man, die auch jede andere Partei will. Die konfessionelle Schule, die unter dem Trude der Merkmalen Bewegung im Lande Fortschritte macht, wird nicht erwähnt: ein Stellungnahme für sie oder gegen sie würde den „Nationalbund“ in zwei Lager spalten. So drückt man die Augen vor ihr zu und ergeht sich dafür in billigen Nebensarten über die „praktischen Aufgaben“ des Schulwesens u. dgl. Die Frage der Einkommen- und Vermögenssteuer, die für das Land brennend geworden ist, ist nicht nach dem Geschmack der elsahischen und lothringischen Großindustriellen und Vergherren, der „Rotabellen“, deren Wiederwahl der „Nationalbund“ betreiben will; daher umgeht man auch diese Frage und proklamiert dafür eine „Politik der Ersparnisse“, den Widerstand gegen jede neue Vermehrung der Ausgaben unseres Budgets“ und: „Insbesondere werden wir jeden neuen Kredit für das Heer, die Marine und das höhere Beamten-tum verweigern.“ Da ist der Räder! Es fehlen nur die Klassen, die darauf anbeihen.

Härs erste sieht's keineswegs danach aus, als ob sie sich einstellen wollten, diese Klassen. Der Nationalbund hat im Lande, wie man zu sagen pflegt, eine schlechte Presse. Sogar die oberelassische Zentrumsprelle ist von ihrer ersten Schwämmerei geheilt, und die „Oberelassische Landeszeitung“, das Organ der Herren Hauß und Kiklin, die sich von der konstituierenden Versammlung ferngehalten haben, um ihre „abwärtende Stellung“ darzutun, entdeckt jetzt plötzlich: „Wir haben ja in unserem Zentrum schon längst die Partei, die auf dos entscheidende in allen nationalen Fragen für uns eintritt!“ Somit kann der Nationalbund wieder einpacken. Etwas verständlicher wird diese plötzliche Ernüchterung, wenn man berücksichtigt, daß in Hagenau, in dem Landtagswahlkreise des Abgeordneten Hauß, die dem Reichszentrum treu gebliebenen Zentrumsgruppen Anstalt getroffen haben, dem des Nationalismus hinreichend verdächtigen Hauß eine reichstreue Zentrumskandidatur in der Person des Straßburger Universitätsprofessors Dr. Martin Spahn, des Reichstagsabgeordneten von Warburg-Dögter, entgegenzustellen. Sofort reiste Hauß bei den Zentrumsvertrauensmännern im Kreise herum, um zu versichern, daß er der Nationalpartei nicht angehöre und ihr auch nicht beitreten werde.

In der konstituierenden Versammlung vom letzten Donnerstag in Straßburg sagte nach dem Bericht des „El. Kurier“ der Vorsitzende Preiß:

„Die neue Gründung soll kein Werkzeug des Merkmalismus sein, wie man auf gewisser Seite gesagt hat, noch ein Unternehmen des Antimerikalismus, wie andere behauptet haben. Diese Kämpfe unserer Volksgenossen haben uns in den letzten 15 Jahren empfindlich geschadet. Wir haben besseres zu tun.“

Zatwohl, sie haben besseres zu tun, die Herren! Sie wollen sich über die großen Gegensätze und Kämpfe der Zeit hinweg gegenseitig Mandate sichern.

Nachdem Rezept des Vogels Strauß! Der ehrenwerte Député Hauß hat nun aber bereits die Erfahrung gemacht, daß dieses Rezept nicht in allen Fällen das beste ist. Vivant sequentes! Andere werden folgen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 4. Juli 1911.

Der Marasmus des preussischen Abgeordnetenhauses.

Es muß höchst schmerzhaft für die Dirigenten des schwarz-blauen Blocks im preussischen Abgeordnetenhaus sein, daß ihre Führung selbst von ihnen recht nahe stehenden Parlamentariern als ganz unzulänglich eingeschätzt und das Dreiklassenhaus als dem Marasmus verfallen geschildert wird. So äußert sich z. B. der freikonservative Abgeordnete Freiherr v. Jeditz und Konrad im roten „Tag“ über die Leistungsfähigkeit der konservativ-merikalischen Koalition während der letzten Tagungsperiode:

Ich kann mich nicht erinnern, in meiner bald vierzigjährigen parlamentarischen Tätigkeit jemals mit so unbedingter Nichtbefriedigung auf einen Sessionsabschnitt zurückgeblickt zu haben wie auf den letzten seit Ostern. Der Abschluß am 28. v. M. war geradezu beschämend, aber er war doch nur das Ergebnis eines stetig fortschreitenden Niederganges der Leistungsfähigkeit des Abgeordnetenhauses. Es war, als ob mit der Osterpause dieses Haus jede Spannkraft verloren hätte und einem zunehmenden Marasmus verfallen wäre.

Die ersten Spuren traten hervor, als die ausdrücklich für Kommissionsberatungen freigelegte zweite Woche nach Ostern nur von den Zweverbandskommissionen ausgenutzt wurde. Unter diesen Umständen war die Verlängerung der Osterpause um diese Woche geradezu unverantwortlich. Aber auch später kamen die Kommissionsberatungen ungewöhnlich langsam vorwärts. Die Pfingstpause mußte infolgedessen gleichfalls verlängert werden und selbst nach Fronleichnam befürchtete der Präsident Mangel an Beratungsstoff. Trotz der langen Ausdehnung der Session ist nahezu die wichtigste Vorlage, das Pflichtfortbildungsgesetz, in der Kommission stecken geblieben, die Beratung der Vorlage betreffend die landlichen Fortbildungsschulen gar nicht begonnen worden. Was über den Gang der Verhandlungen in dieser Kommission verlaute, läßt, wenn man bei der Merkmal-konservativen Mehrheit nicht Mangel an gutem Willen annehmen will, auf ein ungewöhnlich geringes Maß von gesetzgeberischer Leistungsfähigkeit schließen.

Aber mit dem Plenum war es auch nicht besser bestellt. Es glied geradezu einem Laubenschlage. Nur bei besonders wichtigen Abstimmungen gelang es mit Mühe und Not, ein beschlußfähiges Haus zusammenzubringen; im Handumdrehen war es aber wieder geleert. Selbst bei dem Feuerbestattungsgesetz ließ sich die ohnehin schon knappe Mehrheit der zweiten Lesung nicht bis zur dritten Lesung zusammenhalten, und es hat nur an zwei Stimmen gebrungen, daß das Abgeordnetenhaus sich nicht durch Ablehnung dieser Vorlage unsterblich blamierte. Das Zentrum, das hier und bei der Novelle zur Landgemeindeförderung alle Reserven herangezogen hatte, konnte bei der zweiten Lesung dieser Novelle einmal seinen Willen gegen alle anderen Parteien durchsetzen. Schließlich legte bekanntlich die Obstruktion von nicht ganz einem Viertel der Mitglieder des Abgeordnetenhauses gänzlich lahm.

Das Gefühl dieser Beschämung über diesen Niedergang des Abgeordnetenhauses wird noch verstärkt, wenn man damit die gewaltigen Leistungen des Reichstages in der letzten Tagung, namentlich aber keineswegs allein bei der Verabschiedung der Reichsversicherungordnung vergleicht.

Zum Schluß vergleicht Frhr. v. Jeditz gar den Niedergang des Abgeordnetenhauses mit der Niederlage Preußens bei Jena. Als ein Mittel, dem Dreiklassenparlament wieder regeres Leben einzuföhnen, empfiehlt er die Aenderung des jetzigen Diätengesetzes. Anstatt der bisherigen Tagegelber, die auch dann gezahlt werden, wenn die Landtagsabgeordneten die Sitzungen schwänzen, sollen künftig nach dem Muster des Reichstages nur Anwesenheitsgelber gezahlt werden.

Dessen wird natürlich auch dieses Mittel nicht, denn der Kräfteverfall des Abgeordnetenhauses ist in seiner ganzen Konstitution begründet. Eine wirkliche Auffrischung bewirkt nur die Einführung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts, das einen Teil der heute sich spreizenden faulen und unfähigen Elemente ausmerzt und dem jenigen Körper neues Blut einpumpt.

Martin Spahn als „Modernist“.

Der „Tägl. Rundschau“ wird von ihrem römischen Mitarbeiter berichtet, daß das offiziöse Organ des päpstlichen Staatssekretariats, die „Correspondance de Rome“ vom 4. Juli ein Geheimzirkular veröffentlicht, das wahrscheinlich von der „Kölnen Richtung“ an die katholische Presse und an Politiker Deutschlands gegen das neueste Buch des Dominikaners Weich, betitelt „Lebens- und Gewissensfragen der Gegenwart“ gerichtet wurde. Auffallend sei, daß die im Geheimzirkular gegen Weich erhobenen Vorwürfe vorher fast wörtlich in der „Köln. Volkszig.“ gestanden hätten. Die „Köln. Volkszig.“ brachte nämlich jüngst mehrere Artikel gegen das Buch des Dominikaners zu derselben Zeit, wo die offiziöse „Correspondance de Rome“ es ausführlich und dringend empfahl und eine italienische Uebersetzung in Aussicht stellte.

In seinen Bemerkungen zum Geheimzirkular nennt das vatikanische offiziöse Organ Martin Spahn einen antirömischen Schriftsteller. Die Zeitschrift „Hochland“ sei eines der Zentren des deutschen Modernismus, nicht nur wegen der Spahnischen Beiträge, sondern auch wegen der Artikel von Plag gegen die Auflösung der französischen Sillon-Bewegung durch den Papst. Endlich behauptet die „Correspondance“, daß manche katholische Journalisten gar keine Katholiken mehr seien.

Die „sehr unerfreuliche Erscheinung“ beruhigt sich.

Die Zentrumsprelle kann, wenn sie sich Nutzen für die Merkmalische Politik davon verspricht, auch sehr bescheiden tun und sogar in einem Kasentüber einen Beweis freundschaftlicher Wertschätzung erkennen. So stellt sich beispielsweise die alljährliche „Germania“, als sei sie völlig befriedigt durch

die in der gestrigen Nummer des „Vorwärts“ von uns wiedergegebenen Ausführungen der „Kreuz-Zeitung“ über die „sehr unerfreuliche Erscheinung“ des Zentrums. Das ultramontane Blatt schreibt nämlich:

Das scharfe Urteil des Reichstagspräsidenten Grafen Schwerin über das Zentrum wird in der neuesten Wochenrundschau der „Kreuz-Zeitung“ ganz erheblich abgeschwächt. Das Blatt meint man könne von den Konservativen doch nicht verlangen, daß sie das Vorhandensein der Zentrumspartei als eine erfreuliche Erscheinung ansehe. Das Zentrum entspreche der konservativen Partei wertvolle Kräfte und bringe in der konservativen Partei eine gewisse konfessionelle Einseitigkeit hervor, oft genug würden im Zentrum auch die konservativen gerichteten Mitglieder von den demokratischen überstimmt. Das alles besage die „Kreuz-Zeitung“ und darum könne sie von ihrem Standpunkte aus das Zentrum nicht als eine erfreuliche Erscheinung ansehen.

Wir wollen nicht darauf hinteilen, daß diese Auslegung mit den Worten des Reichstagspräsidenten kaum in Einklang zu bringen ist, wir heben vielmehr hervor, daß das leitende Blatt der Konservativen das Bestreben zeigt, den unangenehmen Eindruck der Rede des Grafen Schwerin zu mildern. Es hebt auch am Schluss seiner Versicherung ausdrücklich hervor, daß das Zentrum zu den nationalen Parteien zu rechnen ist und daß niemand das Recht habe, ihm diesen Charakter abzuspüren. Durch die Stellungnahme des führenden konservativen Blattes wird unsere kürzliche Auffassung der Dinge nur bestätigt.

Wahrscheinlich haben inzwischen die geistlichen Drahtzieher der „Germania“ entdeckt, daß sie zur Durchführung ihrer römischen Politik die Konservativen nicht weniger nötig haben, als die Konservativen das Zentrum, und deshalb dem kerikalen Blatt weise Mäßigung und Nachgiebigkeit anempfohlen.

Reichstagserversammlung in Düsseldorf.

Die das „Berliner Tageblatt“ erzählt, ist die Reichstagserversammlung in Düsseldorf auf Dienstag, den 19. September, angesetzt worden. Das Zentrum ist bereits wieder tätig; es hat in erster Linie seine Arbeiterabgeordneten vorgeschickt, die das schändliche Verhalten des Zentrums bei der Beratung der Reichsversicherungsordnung verteidigen müssen.

Keine Einheitschule in Hessen.

Die hessische Zweite Kammer hat, wie telegraphisch aus Darmstadt gemeldet wird, heute nach mehrstündiger Beratung die sozialdemokratischen Entwürfe auf Schaffung einer nationalen Einheitschule, die für alle Schüler obligatorisch sein sollte, abgelehnt.

Polnische Heberagrarien.

Die diesjährige Generalversammlung der polnischen Bauernvereine in Westpreußen fand am 29. Juni in Verent statt. Aus den Verhandlungen sind insbesondere die Ausführungen des ehemaligen national-polnischen Reichstagsabgeordneten Dr. Komierowski sowie des Patrons der Bauernvereine Dr. Polczanski über die Agrarzölle hervorzuheben. Die Ausführungen dieser beiden Redner gingen dahin: Die Getreidezölle haben zur Hebung der Landwirtschaft beigetragen, ihre Erhebung würde den Ruin der Landwirtschaft herbeiführen. Von der Diskussion wurde abgesehen, es wurde auch keine Resolution beschlossen. Immerhin war es interessant, daß der Großagrarier Dr. Komierowski, der ein Rittergut im Posenischen besitzt, dabei erklärte, daß die polnischen Großgrundbesitzer in der Provinz Posen in bezug auf die Agrarzölle folgende Forderungen erheben: 1. Steigerung der Getreidezölle, 2. Steigerung der Zölle auf Weizen und Gerste, 3. Verschärfung der veterinär-polizeilichen Vorschriften an der Grenze gegen die Einfuhr des fremden Viehes, insbesondere gegen die Schweineinfuhr.

Dieses Verlangen nach mehr Ausplünderung des armen Mannes durch Agrarzölle werden sich für die nächsten Reichstagswahlen die polnischen Arbeiter merken müssen.

Keine Reichstagsnachwahl in Kohn-Land.

Die „Kölnische Volkszeitung“ teilt mit, daß der Reichstagsabg. Gameder nicht zum Oberpostsekretär befördert, sondern nur mit der Verwaltung einer Oberpostsekretärstelle betraut worden ist, womit keine Beförderung mit höherem Rang oder Gehalt verbunden sei. Erst mit dem 1. Februar 1913 werde voraussichtlich die Beförderung zum Oberpostsekretär erfolgen, wo die Legislaturperiode des Reichstages zu Ende ist.

Mecklenburgischer Verfassungskonflikt.

Die mecklenburgischen „Ritter“ scheinen in der Verfassungsfrage eine Scheitnung vollziehen zu wollen. Für Donnerstag, 18. Juli, ist im Ständehaus zu Rostock ein Konvent der „Ritterschaft“ (d. h. der Rittergutsbesitzer) beider Mecklenburg berufen. Zur Verhandlung steht als einziger Punkt die Frage der Abänderung der Landesverfassung beider Mecklenburg. Man hofft, daß sich die Führer der Ritterschaft unter dem Druck der drohenden Oligarchie zu einer Änderung ihrer bisher rein ablehnenden Haltung verstehen werden. Die Konvente werden nicht von der Regierung, sondern vom engeren Ausschuss oder den Landräten einberufen. Regelmäßig findet ein Frühjahrskongress und ein dem Landtag vorarbeitender Herbstkongress statt. In diesem Falle handelt es sich aber um eine außerordentliche Tagung, die wahrscheinlich durch die Drohung der Regierung veranlaßt ist, daß, falls die „Ritterschaft“ ihren Widerstand gegen eine Verfassungsreform nicht aufgeben würde, die Regierung aus eigenem eine solche Reform durchführen, also zur Aufzerrung einer Verfassung schreiten werde.

Der Polizist als Volkspost.

Wegen Beamtenbeleidigung hatte sich vor dem Breslauer Schöffengericht ein Gastwirt aus dem Landreise zu verantworten. Die Militärbehörde hatte den Volkspost über sein Lokal verhängt, weil er es zu sozialdemokratischen Versammlungen hergegeben hatte. Als Volksposten fungierte nun der Dorfpolizist; er ging in die Schanzkammer und forderte dort befindliche Soldaten zum Verlassen des Lokals auf. Als er dann auch im Saale seine Tätigkeit fortsetzte, kam es zu ernsthaften Störungen, worauf ihm der Wirt sagte: „Verlassen Sie mein Lokal, denn Sie verursachen hier nur Aufruhr!“

Der Gastwirt hat diese „Beleidigung“ des Polizisten mit 10 M. Geldstrafe zu büßen.

Rentenempfängerinnen als gesuchte Heiratsobjekte.

Das Rentenquellensystem hat eine neue Art von „wissenschaftlicher Begründung“ gefunden. In Breslau ist einer landwirtschaftlichen Arbeiterin, die infolge Unfalls beide Unterschenkel verloren hatte, kürzlich ihre monatliche Rente von 14 M. auf 10,00 M. gekürzt worden. Sie sollte sich an den Verlust ihrer Unterschenkel soweit „gewöhnen“ haben, daß nicht mehr 80 Prozent, sondern nur noch 70 Prozent Rente angemessen seien. Der Regierungsdirektor Schwentner vom Schiedsgericht für Arbeiterversicherung in Breslau schreibt nun im „Tarnier“ über den Fall folgendes:

„Ich persönlich würde ohne Kenntnis die Herabsetzung der Rente auf 70 Proz., also um 10 Proz. für angemessen angesehen haben, falls wirklich völlige Gewöhnung in verhältnismäßig kurzer Zeit eingetreten ist. Letzteres scheint in der Tat der Fall zu sein und das Mädchen muß eine, medizinisch betrachtet, geradezu hervorragende Behandlung erfahren haben. Denn es ist nicht leicht, Unterschenkel so zu amputieren, daß die Stämme für Prothesen unbrauchbar werden, ohne die Gefahr, gedrückt und dadurch dauernd wund zu werden, was natürlich Sehen und Stehen fast völlig ausschließen

würde. Der Prozentsatz der Rente ist nach meiner Kenntnis der Praxis und der Rechtsprechung des Reichsversicherungsamts in diesem offenbar medizinisch sehr günstig liegenden Falle nicht niedrig, er entspricht durchaus der Norm. Wenn trotz des hohen Prozentsatzes eine im Geldwert niedrige Rente sich ergibt, die freilich als Entschädigung für die wirklichen Unfallfolgen nicht angesehen werden kann, so liegt das nicht an der Berufsgenossenschaft, sondern an den gesetzlichen Bestimmungen, die sicher Härten enthalten, die aber eben angewendet werden müssen. Uebrigens sind, wie ich aus der Praxis weiß, Rentenempfängerinnen mit herabgesetzten dauernden dauernden Schäden gesuchte — Heiratsobjekte.“

Diese neue Rententheorie fehlte gerade noch, um die „Sagungen“ der deutschen Arbeiterversicherung ins volle Licht zu rücken. Die Arbeiterinnen sollen schließlich noch froh sein, wenn sie an der Maschine versammelt werden, denn bei zehn Mark monatlicher Rente haben sie eher Aussicht auf einen Mann.

Oesterreich.

Die sozialdemokratische Fraktion.

Die sozialdemokratischen Abgeordneten bildeten im früheren Reichsrat einen gemeinsamen Verband, innerhalb des Verbandes waren die Vertreter der verschiedenen Nationen in Klubs organisiert. Die deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten werden Donnerstag über das Klubstatut beschließen. Es ist aber zweifelhaft geworden, ob auch jetzt wieder eine enge Zusammenfassung dieser nationalen Klubs in einen gemeinsamen Verband der sozialdemokratischen Abgeordneten, wie er bisher bestanden hat, präzedenzsetzend und durchführbar sein wird. Die Schwierigkeiten, die dabei in Betracht kommen, entspringen ausschließlich aus den bekannnten Vorgängen in der tschechischen Partei, die, ausgehend von dem unglückseligen Gewerkschaftstreik, auf das politische Gebiet übergriffen haben und schließlich auch höchst bedauerliche Erscheinungen bei der Wahlbewegung zur Folge hatten. Daß von alledem das Verhältnis der tschechischen zur deutschen Sozialdemokratie nicht unberührt bleiben konnte, ist klar. Uebrigens zeigten sich in den letzten Zeiten des verflochtenen Parlaments einzelne Erscheinungen, die betreffen, daß der tschechische Klub über die jeder nationalen Gruppe statutarisch gewährleistete Autonomie in nationalen Dingen hinaus eine Bewegungsfreiheit beanspruchte, die mit dem Rahmen des gemeinsamen Verbandes schwer vereinbar war. Unter diesen Umständen dürfte es wohl geboten erscheinen, nach einer anderen Methode zu suchen, die im neuen Parlament eine einheitliche Aktion der sozialdemokratischen Abgeordneten aller Nationen in allen Fragen des proletarischen Interesses auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet sichert. Sache der Klubvorsitzenden wird es sein, diese wichtige Aufgabe zu lösen, was unseres Erachtens keineswegs allzu schwer sein wird.

Dazu meldet uns ein Telegramm aus Radno: Der Parteitag der tschechischen Sozialdemokratie beschloß, einen selbständigen Klub im Reichsrat zu gründen. Dem Klub, dessen Gründung sofort vorgenommen wurde, gehören sämtliche 25 tschechischen Sozialdemokraten an.

Damit ist natürlich über die Frage des gemeinsamen Verbandes noch nichts entschieden.

Frankreich.

Die Wahlrechtsvorlage.

Paris, 3. Juli. Deputiertenkammer. In fortgesetzter Beratung der Wahlrechtsreformvorlage schloß Dumenil folgende Fassung vor: Die Mitglieder der Deputiertenkammer werden gewählt durch Listenwahl mit Minderheitsvertretung. Wahlkreis erklärte, die Fassung sei vor der Sitzung durch die vereinigten Vertreter aller Gruppen der Linken ausgearbeitet worden, die von der Wichtigkeit des Prinzips der Proportionalvertretung durchdrungen seien, wie es durch die vorausgegangenen Abstimmungen gebilligt sei, und die so hoffen, die Ausrückung der größtmöglichen Zahl von Republikanern der Linken zu erhalten. Demire verlangte Rückverweisung an die Kommission. Minderand bekämpfte die vorgeschlagene Fassung, die geeignet sei, die ganze Proportionalreform wieder in Frage zu stellen, da ihr die Klarheit fehle. Thomson sprach sich für die Fassung aus, während Jaures sie lebhaft bekämpfte. Der erste Teil des Amendements Dumenil „Die Mitglieder der Deputiertenkammer werden durch Listenwahl gewählt“, wurde mit 235 gegen 28 Stimmen, der zweite Teil „mit Minderheitsvertretung“ mit 303 gegen 244 Stimmen angenommen, ebenso das Amendement im ganzen mit 568 gegen 4 Stimmen, nachdem die Kommission sich damit einverstanden erklärt hatte, da es nach Angabe seiner Urheber das Proportionalprinzip enthalte. Darauf wurde die Sitzung geschlossen.

Portugal.

Der portugiesische Verfassungsentwurf.

Lissabon, 3. Juli. Die Sonderkommission, die beauftragt ist, der Nationalversammlung den Verfassungsentwurf vorzulegen, hat folgende Bestimmungen angenommen: Die Republik wird einen Präsidenten haben, dessen Gehalt vor seiner Wahl festgesetzt werden wird. Es wird zwei Kammern geben, deren eine conseil des municipalites heißen und von den Munizipalräten des ganzen Landes gewählt wird. Der Präsident wird mit den gesetzgebenden Körperschaften durch Volkschaften verkehren. Die Minister werden sich dem Parlament nicht vorzustellen haben. Der Verfassungsentwurf sieht drei Gewalten vor, die gesetzgebende, die ausführende und die richterliche. Die erste Kammer wird durch direkte Wahl auf drei Jahre gewählt und Nationalrat heißen. Die zweite, der Rat der Vertreter der Gemeinden, wird zur Hälfte alle drei Jahre zu erneuern sein. Beide Kammern werden vereinigt den Kongress bilden. Der Präsident der Republik wird von beiden Kammern auf vier Jahre gewählt. Er ernennt und beruft die Minister ab, die durch Volkschaften auf alle Fragen antworten müssen, die aus dem Parlamente an sie gerichtet werden. Sie sind verpflichtet, vor den parlamentarischen Kommissionen zu erscheinen. Der Präsident und die Minister sind verantwortlich und können vor einen Gerichtshof der Republik gezogen werden, der von dem obersten Gerichtshof und aus einer Jury von 22 Mitgliedern gebildet wird, die durch Wahl aus den beiden Kammern hervorgehen. Alle konstitutionellen Garantien für die Entrichtung der Steuern, den Zutritt der Kammern, die Wahlen und die individuellen Rechte sind in der Verfassung festgelegt. Der Verfassungsentwurf bestimmt ferner, daß der erste Präsident der Republik durch die konstituierende Versammlung am Tage nach dem Inkrafttreten der Verfassung in geheimer Abstimmung gewählt werden, und daß sein Mandat am 15. Oktober 1915 ablaufen soll.

England.

Das Seerechtsgezet.

London, 4. Juli. Unterhaus. Nach einem Schlusswort des Ministerspräsidenten hat das Unterhaus die zweite Lesung der Seerechtsbill angenommen. Der Antrag der Opposition, die Londoner Deklaration einer Kommission von Sachverständigen zu überweisen, wurde mit 301 gegen 231 Stimmen abgelehnt. Das Ergebnis der Abstimmung rief heftige Kundgebungen auf den Bänken der Unionisten hervor. Man hörte die Rufe: *Wozu? Wozu?* und: *Ihr Insultiert mit der Haltung des Volks!*

Die Cvambofrage.

London, 4. Juli. Unterhaus. Der Abgeordnete Wolmer fragte Sir Edward Grey, ob seine Aufmerksamkeit auf den in Deutschland gemachten Vorschlag gelenkt worden sei, daß das Deutsche Reich das Cvambogebiet im Norden von Deutsch-Südwestafrika annectieren solle, und ob er allen weiteren Versuchen zu Uebergriffen seitens Deutschlands in Afrika Widerstand leisten wolle. Grey erwiderte: Ich höre, daß ein Vorschlag zur Entwidlung des Cvambogebietes in einem Lokalblatt gemacht worden ist. Da aber das Gebiet bereits ein Teil von Deutsch-Südwestafrika ist, so würde von keinem Uebergriff die Rede sein, wenn ein solcher Vorschlag ausgeführt werden sollte.

Persien.

Rehre zurück, alles vergeblich.

Teheran, 4. Juli. Nach einem lebhaftem Telegrammwechsel mit dem Regenten, dem Kabinett und den Führern der Majorität im Medschlis hat der Sepehdar beschlossen, nach Teheran zurückzukehren und seine Tätigkeit als Ministerpräsident wieder aufzunehmen. Es steht jedoch fest, daß keine von des Sepehdars Bedingungen, die die Verfassung umzufürzen streben, von der obersten Regierungsgewalt angenommen wurde. Besonders bedrückend wirkt die Versicherung, daß die Amerikaner nicht im geringsten in ihrer Aufgabe der Finanzreform gehindert werden sollen.

Aus der Partei.

Gemeindevorwahl im Elsch.

Fünf neue Gemeindevorwahlen erobert haben unsere Genossen in Hablingen (Kreis Wülflingen i. E.) bei den am Sonntag, den 2. Juli, im zweiten Wahlgange stattgefundenen Gemeindevorwahlen. Es waren sechs Gemeindevorwahlen zu wählen, und bei dem am Sonntag, den 25. Juni, erfolgten ersten Wahlgange hatte die Kandidatenliste keiner der drei in den Wahlkampf eingetretenen Parteien eine erforderliche absolute Mehrheit erhalten. Jetzt traten alle drei Parteien wieder mit eigenen Listen in den Wahlkampf ein, und von der sozialdemokratischen Liste wurden fünf Kandidaten mit 147—156 Stimmen gewählt, während für den letzten Kandidaten der Partei, der 140 Stimmen erhielt, der erste der Zentrumliste mit 140 Stimmen gewählt wurde. Sonst erhielten die Zentrumskandidaten 105—130 Stimmen, die Liberalen 84—102 Stimmen. Alle fünf Sitze sind Neugewinne für die Partei.

Mansefelder Landratswahl.

Der Kreisvorsteher Genosse Christange in Eisleben hatte zum 18. Juni um die Genehmigung eines öffentlichen Umzuges gelegentlich des Kreisparteitages zu Teutschenthal ersucht. Das Gesuch war aber vom Amtsvorsteher ohne jegliche Begründung abgelehnt worden. Er legte Beschwerde beim Landrat zu Eisleben ein, der vierzehn Tage nach dem Besitze auf die Beschwerde folgendes antwortete:

Die Beschwerde gegen die Verfügung des Amtsvorstehers zu Teutschenthal, durch welche die vom Vorstande des Sozialdemokratischen Vereins für die Mansefelder Kreise und den Stadtkreis Eisleben für diesen Verein nachgesuchte Genehmigung zur Veranstaltung eines Umzuges durch die Straßen von Teutschenthal am 18. Juni verweigert worden ist, werde ich nach Anstellung sehr eingehender Ermittlungen und nach genauer Prüfung der Sachlage als unbegründet zurück. Bei dem in Teutschenthal und Umgebung zurzeit bestehenden Verogarbeiterstreik in der Braunkohlenindustrie und den hierdurch bedingten sehr gespannten Verhältnissen zwischen den bürgerlichen und der sozialdemokratischen Partei waren bei dieser Gelegenheit Ausschreitungen mit Sicherheit zu erwarten. Somit war durch diese Veranstaltung Gefahr für die öffentliche Sicherheit zu befürchten und demgemäß der gelegliche Grund zur Verlegung der Veranstaltung gegeben. An den Zigarrenmacher v. Medel.

Christange, hier.
Ob der gebildete Herr Landrat, wenn er an den Leiter des Mansefelder Bergbaus schreibt, auch bloß die Adresse „An den Bergwerksdirektor Vogelsang“ formuliert, wissen wir nicht. Wir nehmen es aber angeht die Korrektheit und Unparteilichkeit, durch die sich die preussischen Landräte auszeichnen, ohne weiteres an. Im übrigen ist der Landrats-Entscheid echt mandsfeldisch. Ein Streik in den Mansefelder Gewerken ist ein so schändliches Verbrechen, daß jede Regierung der Arbeiter, und sei sie auch noch so harmlos und siehe sie mit dem Streik nicht im geringsten Zusammenhang, erdrückt werden muß.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Ein „unbefangener“ Richter.

Ein für die Presse wichtiger Vorgang spielte sich am Sonnabend vor dem Schöffengericht in Rottbus ab. Der verantwortliche Redakteur der „Karlischen Volksstimme“, Genosse U., hatte sich in einer Privatbeleidigungssache, die ein Finsterwalder Gutfabrikant gegen ihn angehängt hatte, zu verantworten. Als der Genosse U. den Schöffengerichtssaal betrat, wurde er von dem Vorsitzenden des Gerichts in die Anklagebank verwiesen, was seinem Verteidiger, dem Genossen Theodor Siebnicki, Veranlassung gab, den Amtsrichter unter dem Hinweis auf den bekannnten Erlass des Justizministers dahin zu belehren, daß Beklagte in Privatbeleidigungssachen nicht die Anklagebank betreten brauchen. Der Richter bestand aber auf seinem Willen mit dem Bemerkten, „daß der Angeklagte doch schon verurteilt sei.“

Aus der menschenfreundlichen Bemerkung des Vorsitzenden schloß der Verteidiger mit Recht, daß der Richter gegen den Beklagten voreingenommen sei und aus diesem Grunde lehnte er den Vorsitzenden wegen Befangenheit ab. Dem Amtsrichter blieb nun nichts weiter übrig, als den Termin auf unbestimmte Zeit zu verlagern. Man darf auf die Entscheidung gespannt sein, die das Landgericht in dieser Richterabwahlung fällen wird.

Dabei handelt es sich beim Genossen U. nur um Vorstrafen wegen Preßvergehen, Strafen, die bei einem Redakteur der oppositionellen Presse unvermeidlich sind, vor denen selbst der zahnlose Amtsblatt-Redakteur nicht sicher ist. Für manchen preussischen Gerichtsbeamten ist aber ein Preßvergehen ein „verstrafes Subjekt“, der bei ihm noch hinter irgend einem „schwachen Jungen“ rangiert.

Beleidigte Moabiter.

Der Parteisekretär Genosse Reinhold Dreßcher in Halle a. S. wurde am Montag von der Strafkammer zu Eisleben zu 100 M. Geldstrafe oder 10 Tagen Gefängnis verurteilt, weil er die Berliner Schulyente in Verbindung mit den Moabiter Vorgängen gedroht hatte. In einer Verurteilung zu Mosermansfeld sollte er nach der Angabe des Ortsgerichtes gesagt haben: „Der Schulyente, der einen ruhig seines Weges gehenden Mann mit dem Säbel von hinten durchstochen habe, sei schlimmer als ein Raubmörder. Solche Leute, die als Gelden gelten, haben vorn auf der Brust noch solch ein Ding bekommen, das man in Berlin Orden nennt. Es sind die größten Schäfte von Beamten in Berlin gewesen, die einen Orden bekommen haben.“ Dreßcher bestritt entschieden, eine solche plumpe Wendung gebraucht zu haben. Gerade das Gegenteil habe er gesagt, nämlich er nehme an, daß die beiden Beamten, die den Arbeiter Herrmann erschlagen haben, sich nicht unter den mit Orden bedachten Schulyenten befinden. Aber der Gendarmerie-Panzern beschwore seine Kollegen. Die fünf Entlastungsgenossen konnten zwar Positives nicht mehr nach fünf Monaten behaupten, aber keiner hat auch solche plumpen Ausführungen zu. Der Staatsanwalt beantragte 300 M. und Publikationsbefugnis für den Berliner Polizeipräsidenten. Man ließ es mit 100 M. genug sein, da das Gericht annahm, daß sich „Der sonst ruhige und geschickte Medler im Grunde der öffentlichen Meinung über die damaligen Moabiter Vorgänge habe hinreichend lassen“, diese Mißwendung des zu gebrauchen.

Der Protest der Massen.

Die 31 Versammlungen, die Dienstag abend in Berlin abgehalten wurden, waren massenhaft besucht. Die meisten Säle mußten bald nach Beginn gesperrt werden. Dort, wo neben den Sälen auch Gärten zur Verfügung standen, wurden auch im Freien Versammlungen abgehalten. Die Tausende, die nicht mehr in die Säle konnten, warteten auf den Straßen den Ausgang der Versammlungen ab. Namentlich in den proletarischen Zentren erhielt so das Bild durch die in Sälen die Straßen einnehmenden Wahlrechtskämpfer ein charakteristisches Gepräge.

Besonders die in und bei Rixdorf gelegenen Lokale übten eine große Anziehungskraft aus. Originell wirkte der Zugzug nach dem Gewerkschaftshause, wohin die Besucher teilweise in geschlossenen Massen anrückten. Im vierten Wahlkreis waren besonders die Prachtfälle des Ostens stark gefüllt. Die Brauerei Friedrichshain im fünften Kreise übte ebenfalls die gewohnte Anziehungskraft aus. Aber imponierend war das Straßenbild vor allem in Rixdorf und im sechsten Wahlkreis, wo die Besucher bis auf die Straße hinaus standen. Besonders vor dem Prater in der Kastanien-Allee und in der Badstraße sowie vor den Pharusäulen in der Müllerstraße hatte die Straße ihr gewohntes Aussehen völlig verloren. Die Bürgersteige waren dort auf beiden Seiten durch Tausende von Personen besetzt, denen der Eintritt in die überfüllten Säle unmöglich war.

Nach Schluß der Versammlungen bildeten sich spontan einzelne Demonstrationzüge. Die Marseillaise ertönte und Hochrufe auf das Wahlrecht wurden laut.

Im oberen Teile der Schönhauser Allee kam es leider zu einem durch die Nervosität der Polizei verursachten Zwischenfall. Dort erhebt sich oberhalb des Ringbahnhofes ein neues Stadtviertel von der Größe einer mittleren Provinzstadt. Dieses ganze Stadtviertel besitzt als Zugang zur inneren Stadt nur die Brücke über den Nordring beim Bahnhof Schönhauser Allee. Es war ganz natürlich, daß sich nach Schluß der Versammlung im Prater eine auf zirka 7000 Personen geschätzte Menschenmenge auf dem Heimwege durch die Schönhauser Allee nach jener Brücke hin ergoß. Jeder, der die dortigen Verhältnisse kennt, wird das begreifen können. Aber was an sich natürlich ist, ist es noch nicht in den Augen unserer Berliner Polizei. Diese machte den Versuch, die Menge in besonnener Manier an der Stargarder Straße zu zerstreuen. Die überflüssig dieses Manöver war, ergab die Entwicklung der Dinge. Die Menge gelangte trotz der polizeilichen Strategie über die Brücke und zerstreute sich dann ohne jede „freundliche“ Nachhilfe an der Ecke der Schivelbeiner Straße, wo sie rechts und links Gelegenheit zum Auseinandergehen fand.

In den Versammlungen begründeten die Redner folgende Resolution:

„Die Versammlung nimmt mit Entrüstung davon Kenntnis, daß die Majorität des preussischen Landtagsparlamentes die Forderung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts verworfen und damit die dringendste Aufgabe der Gegenwart wiederum verschleppt hat.

Sie konstatiert, daß die konservativen Wahlrechtsfeinde allein zu schwach wären, der Forderung des gleichen Rechts länger Widerstand zu leisten, wenn sie nicht die Unterstützung des Zentrums und der Nationalliberalen gefunden. Sie brandmarkt das Verhalten der Nationalliberalen, die im Bunde mit den Konservativen das gleiche Wahlrecht zu Fall brachten; aber die Versammelten durchschauen auch das heuchlerische Spiel des Zentrums. Dieses stimmte für das gleiche Wahlrecht in der Gewißheit, daß es durch die Rationalliberalen ohnehin verworfen wird. Es eilte aber den Konservativen sofort zu Hilfe, als es galt, die abscheuliche Ungerechtigkeit der Wahlkreiseinteilung aufrechtzuerhalten.

Die Versammlung betrachtet es als eine Mißachtung des Volkes, daß die Regierung ihre Demüt vor den herrschenden Parteien des Dreiklassenhauses soweit getrieben hat, in dieser wichtigsten politischen Frage des preussischen und des deutschen Volkes nicht einmal das Wort zu ergreifen.

Die Versammelten erklären, alle Kräfte einsetzen zu wollen, um dem allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrecht zum Siege zu verhelfen. Sie empfinden es als eine unerträgliche Schmach, daß Preußen dem Dreiklassenunrecht ausgeliefert bleiben soll, während das Volk von Fisch-Bohringen bereits im Herbst seinen Landtag nach dem gleichen Wahlrecht wählen wird.

Als eines der wichtigsten Mittel im Kampfe um die Wahlreform erkennt die Versammlung den richtigen Gebrauch des Reichstagswahlrechts. Keine Stimme soll einem Wahlrechtsfeind gegeben werden. Die Niederwerfung der volksfeindlichen Reaktion bei den Reichstagswahlen schafft zugleich freie Bahn für die Wahlreform in Preußen. Deshalb werden die Versammelten all ihre Kraft ausbieten, um bei der Reichstagswahl den Sieg der Sozialdemokratie zu einem überwältigenden zu gestalten.

Die Versammlungen gestalteten sich zu einer eindringlichen Kundgebung der Arbeiter Berlins für die Eröberung der politischen Freiheit und zu einer soliden Bekundung der internationalen proletarischen Solidarität.

Erster Wahlkreis.

Außerordentlich zahlreich hatte sich die Bevölkerung des 1. Wahlkreises in Dräfels großem Saal in der Neuen Friedrichstraße versammelt. Die Sitzplätze reichten lange nicht aus, und es zeigte sich, daß auch in dieser Stadtgegend, wo doch im Verhältnis wenige Arbeiter wohnen, die Komodie, die die Regierung und ihre Helfershelfer mit der Wahlrechtsfrage zu spielen suchen, auspeitschend geriecht hat. Das treffliche Referat des Genossen Pica fand stürmischen Beifall, und ebenso die darauffolgende Ansprache des Reichstagslandtagsdeputierten Redakteur Düweil, der mit beifühendem Spott das Verhalten der Regierung und ihres schwarzblauen Anhangs geißelte und in kräftigen Worten zum Kampfe gegen die Wahlrechtsfeinde aufforderte.

Im zweiten Wahlkreis

Im großen Saal der Wobbrauerei, Tempelhofer Berg, sprach unter großem Beifall der Reichstagsabgeordnete Eichhorn vor einer dichtgedrängten Menge von Männern und Frauen. — In der Nähe des Lokals lag die Polizei bereit, als fürchte man StraßenDemonstrationen, aber die Menge dachte nicht an Demonstrationen anderer Art, sie begnügte sich damit ihren Willen und ihre Meinung klar und deutlich in friedlicher Versammlung zum Ausdruck gebracht zu haben.

In Aliens Festhale, Hasenheide, war der große Saal schon vor 8 Uhr so gefüllt, daß der Vorsitzende die Versammelten auffordern mußte, recht eng zusammenzurücken, um für die Anbrängenden noch Platz zu schaffen. Der Redner, Genosse Däweil, fand die ungeteilte Aufmerksamkeit der Anwesenden und allgemeine stürmische Zustimmung. — Die Polizei beobachtete die Versammlung sehr scharf. Zwei radfahrende Beamte standen vor dem Tor bereit, Polizeioffiziere kamen und ließen sich berichten, was etwa im Anzuge sein könnte, aber es geschah nichts; die Versammelten zerstreuten sich in größter Ruhe. Ansammlungen auf der Straße fanden nicht statt.

Dritter Wahlkreis.

Vor einer erdrückend überfüllten Versammlung sprach in den Armhallen Genosse Bernuth. Saal und Galerien konnten die Massen kaum aufnehmen, in dem Vorraum standen die zu spät gekommenen Versammlungsbesucher Kopf an Kopf.

Graumanns Saal in der Raunynstraße und das Gewerkschaftshaus, Engelfer, waren schon kurz nach 1/2 Uhr polizeilich abgesperrt. Im großen Saal des Gewerkschaftshauses sprach, oft von Beifall unterbrochen, Genosse Hildebrand und nach ihm Frau Meister, die einen außerordentlich wirkungsvollen Appell an die zahlreich anwesenden Frauen richtete. Hunderte von Wahlrechtsdemonstranten warteten im Hofe des Gewerkschaftshauses und auf der Straße den Versammlungsschluß ab. Als dieser mit einem begeisterten Hoch auf die Sozialdemokratie und auf das freie Wahlrecht gegen 10 Uhr erfolgte, bildete sich ein aus etwa 400 Personen bestehender Zug, der seinen Weg über die Alalbertstraße, durch die Alalbertstraße nach der Oranienstraße nahm, ungehindert bis nach dem Marktplatz gelangte, wo er sich unter begeisterten Hochrufen von selbst auflöste. Als dieser nächtliche Demonstrationszug in der Raunynstraße, wo bei Graumann Genosse Kubig referierte, beantwortete die dort vor dem Lokal harrende mehr als hundertköpfige Menge des Wahlrechtshoch der Vorüberziehenden mit einem begeisterten Hoch auf die Sozialdemokratie. Unter stürmischen Hochrufen verließen die Versammlungsbesucher das Lokal in der Raunynstraße, um den Heimweg einzuschlagen.

Vierter Kreis.

Sämtliche Säle im Osten, die unsere Genossen belegt hatten, waren überfüllt in einem Maße, wie es wohl selten vorkommt. Das Wort vom allerletzten Platz, der besetzt gewesen, traf niemals mehr zu, als diesmal. In den Andreas-Festhale schaffte man schon von vornherein mehr Platz durch Dinausbringen von Tischen, und doch wollten Saal und Galerien nicht ausreichen für alle, die herzukommen, um ihre Stimme zu erheben für ein gerechtes Wahlrecht und gegen die selbstthätigen Verbreiter, die in unverantwortlicher Weise mit den Gefahren eines Völkerkrieges spielen. Bald mußten viele davon absehen, noch unterzukommen. Ebenso war es bei Pitt in der Remeler Straße, wo Genossin Zuchareg referierte. Nachdem im Saal und im Vorraum beim besten Willen schon frühzeitig kein Plätzchen mehr zu haben war und die Polizei abgesperrt hatte, stauteten noch lange die Ueberzähligen auf der Straße hin und her oder verweilten auf dem nohen Plage. Die gleichgültigen Passanten wurden so daran erinnert, daß das Volk wieder mal die vorenthaltenen Rechte forderte.

Die „Prachtfälle des Ostens“ wurden schon gegen 8 Uhr polizeilich gesperrt. Eine erhebliche Zahl von Demonstranten mußte umkehren. Viele füllten den großen Vorhof beziehungsweise Garten.

Draußen in der Landberger Allee war das „Christum“ das Ziel von Tausenden. Im großen Saal waren mindestens 2000 Personen versammelt und im Garten vor den geöffneten Fenstern lauften noch Hunderte den Ausführungen des Genossen Oscar Cohn, während im kleinen Saal schnell noch eine zweite Versammlung improvisiert wurde, an der auch 800 Personen teilnahmen. Hierzu kommen noch die anderen, welche sich im Garten zerstreuten. Sicher waren es so an 3500 Personen, die sich zur Versammlung in diesem Etablissement eingefunden hatten.

Der fünfte Kreis

Hatte nur eine Versammlung einberufen und zwar nach der Brauerei „Friedrichshain“. Schon in den frühen Abendstunden fanden sich die ersten Versammlungsbesucher ein und nicht lange dauerte es, da war der große geräumige Saal samt seinen Gallerien dicht besetzt. An die 5000 Menschen waren es sicher, die sich hier zusammengefunden hatten. Genosse Adolf Hoffmann referierte. Seine an sich schon farfallische Rede konnte er, infolge seiner Kenntnisse, die in seiner Tätigkeit als Landtagsabgeordneter beruhen, mit recht drastischen Bildern aus dem Dreiklassenparlament zieren. Es ist wohl selbstverständlich, daß seine Ausführungen den ungeteilten Beifall der Versammlung fanden.

Rur ein Herr Schneider, der sich in der Diskussion zum Worte meldete und sich sofort als Gegner vorstellte, hielt es nicht für richtig, daß die Versammlung sich auch mit der Marokkofrage beschäftige; sie sollte es bei dem Protest gegen das Wahlrecht bewenden lassen, weil auch die Arbeiterbewegung an dem Bestreben, die kolonialen Besitzungen zu vergrößern, interessiert wäre.

Der Genosse Wels verwies den Herrn auf den im Abendblatt des „Berliner Tageblatts“ enthaltenen Artikel: Die Vorgeschiedte der Pantherfrage betitelt, die ihm hinsichtlich der Behauptung, daß die Frage der Entsendung eines Kriegsschiffes erst Wochen nach dem Dementi der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ auf geworden wäre, gänzlich ins Unrecht setze. Redner verlangte, daß die Regierung den Reichstag, die Volksvertretung zusammenberufen und dem Volke über die Angelegenheit Aufklärung geben solle, wie es in Frankreich und England geschieht.

Genosse Hoffmann machte sich in seinem Schlußwort über die Moral des Herrn Schneider natürlich unter fortwährenden Heiterkeitsausbrüchen der Versammelten recht lustig.

Die Resolutionen wurden beide einstimmig angenommen. Ein kräftiges Schlußwort des Vorsitzenden Friedländer, ein Hoch auf die Partei und die Versammlung ging unter Abingung der Marseillaise auseinander.

Sechster Kreis.

Die Germania-Festhale waren wohl selten bei ersten Anlässen von so gewaltigen Menschenmassen besucht, wie am gestrigen Abend. Schon vor 8 Uhr war der große Saal gefüllt. Aber es kamen immer mehr Menschen herbeigeströmt, und man drängte sich im Saale so eng wie nur irgend möglich zusammen, um Raum zu schaffen, doch gelang es bei weitem nicht, allen Einlaß zu gewähren. Es war kaum 1/2 Uhr, da ließ die Polizei den Vorzug absperrten. Die Empörung des Volkes über die fortwährende Wahlrechtschmach in Preußen, wie über die neuesten weltpolitischen Wagenschafften der Reichsregierung im Bunde mit den kapitalistischen Parteien, durchdrängte die versammelten Massen und kam in der fernigen Rede des Reichstagsabgeordneten Ledebour zum Ausdruck.

Im Prater-Theater in der Kastanienallee war der Saal sehr bald überfüllt. Selbst in den Vorhallen und Nebenräumen standen die Massen dicht gedrängt Kopf an Kopf. Der große Garten mußte schließlich ein gut Teil der Besucher aufnehmen. Im Saale behandelte Genosse Davidsohn unter wiederholtem Beifall der Versammelten das Thema des Tages. Die vorgeschlagenen Resolutionen wurden einstimmig angenommen. Mit dem begeisterten Hoch auf die Partei schloß die Versammlung.

In Frankes Festhale in der Badstraße hatte man vorsichtigerweise sämtliche Tische und Stühle aus dem Saale entfernt. Aber um 1/2 Uhr schon standen Männer und Frauen Kopf an Kopf dicht gedrängt und es war noch nicht 8 Uhr, da gab es schon in dem geräumigen Garten fast kein Plätzchen mehr. Von draußen her drängten aber immer neue Massen herein und man war gezwungen, die Rednertribüne im Garten zu plazieren. Die kühle Temperatur verminderte der Versammlung unter freiem Himmel keinen Abbruch zu tun. Der Ernst der Sache ließ bei der den Worten des Redners lauflenden Menge körperliches Unbehagen nicht auskommen. Draußen auf der Straße wogte bis Schluß der imposanten Versammlung eine tausendköpfige Menge hin und her, ernst und ruhig, ohne den bei hurropatriotischen Anlässen üblichen Spektakel. Ernst und ruhig gingen die Tausende nach der eindringlichen Kundgebung auseinander.

Eine gewaltige Demonstration sah die Müllerstraße. Das große Etablissement der „Pharusäle“ war von Menschenmassen geradezu überflutet. Beide Säle sollten der Kundgebung dienen, sechs solcher Säle aber wären notwendig gewesen, die Bataillone der amarschierenden Proletarier aufzunehmen. Wer konnte sie zählen, die Massen, die im oberen Saale Schulter an

Schulter standen, im unteren Saale wie festgemauert jeden Versuch, durchzukommen, unmöglich erscheinen liehen und in den Fluren und Treppen sich stauten, den riesigen Gärten schwarz belagerten! Hunderte und neue Hunderte drängten fortgesetzt heran. Es war ein imponantes Bild, als einer der Redner hoch von der Freitreppen aus begann zu den Massen zu sprechen, während ein zweiter Redner im oberen Saale seiner schweren Aufgabe gerecht wurde. Und draußen auf der breiten Straße wimmelte es von Demonstranten, die ruhig ausharrten, bis der gewaltige Strom aus den Sälen und dem Garten sich zu ihnen ergoß.

Im Noabiter Gesellschaftshaus war der Andrang der Massen schon lange vor der angelegten Zeit so stark, daß der Vorsitzende gezwungen war, einen Teil der Versammlung in den zweiten unteren Saal, und da sich auch dieser als viel zu klein erwies, in den großen Garten zu verlegen. Genosse Grunwaldt fand die begeistertste Zustimmung, als er der Versammlung einen Nachschuß zu der verlesenen Resolution vorschlug:

„Die Versammlung beurteilt zugleich auf das schärfste den eben von neuem ausgebrochenen Marokkorummel und verpflichtet sich, einmütig für den Frieden und gegen den Krieg zu kämpfen. In diesem Sinne grüßt sie voll brüderlicher Eintracht die Proletarier aller Länder.“

Im großen Garten sprach unterdes Genosse Morse. Sowohl im großen Saal als auch hier wurde die Resolution einstimmig angenommen.

Kußerdem fanden noch eine Anzahl Versammlungen in den Vororten statt, über die wir aus Raummangel morgen berichten müssen.

Frankfurt a. M., 4. Juli. (Privattelegramm des „Vorwärts“.)

Die Arbeiterschaft von Frankfurt a. M. protestierte heute abend in einer imposanten Versammlung gegen das Verhalten des schwarzblauen Blocks im Landtag. Die Versammlung fand gleich nach Arbeitschluß unter freiem Himmel im großen Tivoligarten auf dem Sachsenhauser Berg statt. Von zwei Tribünen hielten die Genossen Emmel, Mülhausen und Dr. Quark-Frankfurt a. M. gündende Ansprachen. Unter stürmischer Zustimmung der über 5000 Versammelten geißelten die Redner die Haltung der Mehrheit des preussischen Landtagsparlamentes und der Regierung. Sie erhoben unsere Forderung des gleichen, allgemeinen, freien Wahlrechts. Sie kündigten die Abrechnung mit der Reaktion bei den Reichstagswahlen an. Die Berliner Resolution des Parteivorstandes wurde angenommen. Die Polizei hatte wieder umfassende Vorkehrungen getroffen, die Main-Beiseht und auch sonst an verschiedenen Stellen Mannschaften untergebracht. Es kam aber zu keinen Zwischenfällen. Die Demonstranten zogen in losen Gruppen, teilweise die Marseillaise singend, heimwärts.

Gewerkschaftliches siehe 1. Beilage.

Letzte Nachrichten.

Die deutsche Marokkoaktion.

Paris, 4. Juli. (S. V.) Der heute nachmittag aus Anlaß der Marokkoreignisse abgehaltene Kabinettsrat war nur kurz. Die endgültige Antwort der englischen Regierung zur deutschen Intervention lag noch nicht vor, weil in London selbst ein Kabinettsrat zur Verhandlung anberaumt war. Infolgedessen wurde auch keinerlei offizielle Note über die Beratung des französischen Ministeriums ausgegeben. Offiziell wird jedoch versichert, daß nach den bisher aus London und Petersburg eingetroffenen Berichten keinerlei Grund vorliege, an der vollkommenen Übereinstimmung der englischen und russischen Regierung mit der französischen Republik zu zweifeln.

Frankreich über Deutschlands Vorgehen.

Paris, 4. Juli. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) In einem Leitartikel führt „Le Temps“ aus, daß er nicht glaube, Deutschland wolle sich in Agadir festsetzen, dazu hätte es nicht ein einfaches Kanonenboot geschickt, auch wäre eine Kohlenstation in Agadir im Kriegsfall nicht sehr nützlich. Für eine mittelmäßige Erwerbung würde Deutschland nicht den Gewinn der fortgesetzten Bemühungen der englischen-deutschen und französisch-deutschen Annäherung der letzten Monate riskieren. Die Demonstration von Agadir ist wahrscheinlich nur ein Mittel, um Frankreich an die Nützlichkeits einer Verständigung zu mahnen, die Pichon 1909 erfolgreich begonnen, 1910 über verschiedene Gegenstände fortgesetzt hat, Ronis aber 1911 fallen ließ. Was Deutschland will, ist ein Geschäft, was Frankreich bieten wird, ist ungewiß. Es wäre jedenfalls lächerlich, das kleine Boot tragisch zu nehmen.

Die von der Presse demonstrierte Kaltblütigkeit wird vom Publikum nicht ganz geteilt und auch heute schloß die Börse mit einem Rückgang der Kurse.

„Le Temps“ berichtet über die Landschaft Sus, daß es agrarischen Reichtum besitzt, aber furchtbaren Trockenheiten ausgeht ist. Ob der Bergbau so ertragreich, sei erst noch zu bemessen. In Agadir ist zurzeit kein Europäer; in Tarudat drei oder vier. Der gesamte deutsche Handel beträgt 75 000 Pesetas. Es komme hauptsächlich Mannesmann in Frage, daneben zwei andere Häuser, die besonders Ziegenfelle kauften. Für Europäer ist bereits eine Landung unmöglich; der einzige Punkt, wo Deutsche sind, ist 80 Kilometer von der Küste entfernt, 100 Kilometer von Agadir, so daß es sehr fraglich wäre, was die Befähigung Panther im Notfall nütze.

Interpellationen in der französischen Kammer.

Paris, 4. Juli. (S. V.) Deputiertenkammer. Im Laufe der Sitzung heute nachmittag erklärte Präsident Brisson, er habe von den Deputierten Bourqueux, de Poiffierin, Jaurès und Bailliant Interpellationsanträge betreffend die deutsche Demonstration in Marokko erhalten. Ministerpräsident Caillaux erklärte, da der Minister des Auswärtigen abwesend sei, könne ein Zeitpunkt für diese Interpellationen nicht festgesetzt werden, falls die Regierung sie annehme, bevor der Minister zurückgekehrt sei. Die Festsetzung des Zeitpunktes wurde darauf vertagt.

Spanien in Marokko.

Madrid, 4. Juli. Die spanischen Truppen nahmen gestern neue Stellungen im Rifgebiet ein, die den oberen und unteren Reinisch sowie das linke Ufer des Wulaja beherrschten. Sie besetzten ebenfalls die nächste Umgebung von Tetuan, so daß diese Stadt tatsächlich in ihrer Gewalt ist. Die Klammung Ceuta durch die Straßolonie wird eiligst beverfestigt, da Ceuta in einen Handelsplatz umgewandelt werden soll. Die Wohnungen der ehemaligen Sträflinge sollen zu Kasernen umgewandelt werden.

Eine Drihschaft in Tirol abgebrannt.

Bozen, 4. Juli. (S. V.) Die Gemeinde Galfioriana im Fleinhale ist bei einem starken Sturme niedergebrannt. Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsbil.

3. Konferenz der Arbeitersekretäre.

Dresden, 3. Juli.

Im großen Saal des Dresdener Volkshauses ist heute die von der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands im Anschluß an den Gewerkschaftskongress einberufene Konferenz der Arbeitersekretäre zusammengetreten, um eine wichtige Tagesordnung zu erledigen.

Die Leitung der Verhandlungen wird der Generalkommission, die durch Bauer, Schmidt, Sabath und Knoll vertreten ist, übertragen. Es wird sogleich in die Tagesordnung eingetreten. Den

Vericht des Zentral-Arbeitersekretariats

erstattet Wissell Berlin, der sich in der Hauptsache mit der inneren Arbeit der Sekretariate befaßt, da über die Tätigkeit des Zentral-Arbeitersekretariats regelmäßig berichtet wird. Es ist zu rügen, daß die Akten der von uns vertretenen Sachen nicht früh genug zugehen. Das muß auch dann geschehen, wenn die Sekretäre glauben, die Sache in allerbesten Weise vorbereitet zu haben, aber den günstigen Ausgang für noch so sicher halten. Man kann nie vorher sagen, daß günstige Entscheidung sicher ist.

Für die Würdigung des Beweismaterials ist dessen frühzeitige Vorlage von Bedeutung. Die Vorlegung neuen Beweismaterials erst im Termin durch die Berufsgenossenschaft bekämpfen wir immer, deshalb bitten wir die Sekretariate, nicht durch verspätete Zuführung des Materials den gleichen Fehler zu machen.

Die eventuelle Kritik an Gutachten muß unbedingt sachlich bleiben. Gutachten von Ärzten sind nicht zur Feststellung des Verlustes an Erwerbsfähigkeit bei geringeren Verletzungen einzuholen, sondern nur zur Bewertung der physikalischen und psychologischen Folgen der Verletzung auf die Erwerbsfähigkeit. Es hat auch keinen Zweck, in Refusatschriften gegen feststehende Grundsätze des Reichsversicherungsamtes anzulämpfen.

Logis, richtige Angaben, Ernst und Bestimmtheit müssen die Stärke der Refusatschriften sein. Unnütze Arbeit dürfen wir nicht auf uns nehmen, etwa gar aus Konkurrenzgründen. Anfragen nach dem Stand der Sachen sind zu unterlassen, das Amt bemüht sich ohnedies nach Kräften. Gefühlslose Äußerungen sind das Amt, das doch nur nach Recht und Gesetz zu entscheiden hat, sind nicht an der Place.

Die Wahlen der Weisiger zum Reichsversicherungsamt werden in diesem Jahre nicht stattfinden, der Bundesrat ist durch das Einführungsgezet zum Reichsversicherungsordnung bevollmächtigt, die Amtsdauer der jetzigen Weisiger zu verlängern. Immer noch lassen es die Kartelle an der unbedingt nötigen Beteiligung an den Wahlen zu den Versicherungsämtern, Schiedsgerichten usw. fehlen. Der Redner schließt, nachdem er zahlreiche sehr belehrende Fälle unrichtigen Vorgehens vorgetragen, mit einem Hinweis auf die gerade durch die Reichsversicherungsordnung vermehrte Notwendigkeit ernster Vertiefung in das Recht und die Rechtsprechung. Die Selbstkritik darf nicht schweigen. (Lebhafte Beifall.)

In der Diskussion be sprach Timm München die Erfahrungen des bayerischen Landesversicherungsamtes, das ebenfalls eine Zentralstelle ist. Die Sekretariate sollten überall dahin wirken, einen Etat für Arztkosten zur Verfügung gestellt zu erhalten. Die Sekretariate haben alle Ursache, Aufklärung unter den Unfallverletzten in deren eigenem Interesse zu verbreiten. Es gibt Verletzte, die unberechtigte Ansprüche durchzusetzen versuchen und dadurch die ehrlichen Verletzte unerschwert schädigen.

Außertrage-Vochum meint unter teilweisem Widerspruch, daß die Sekretariate schon das Mögliche an Ablehnung ausichtslosster Sachen leisten. Aber gerade hier treiben z. B. die Christlichen eine unangenehme Schmutzkonkurrenz. Heiden-Frankfurt a. M. betont die Notwendigkeit ergiebiger Tätigkeit der Arbeitersekretariate. Schrader-Erfurt klagt über die Belastung der Sekretariate in den kleineren und mittleren Städten. Man kann mit der Rechtsentwicklung kaum Schritt halten. Eichenmüller-Münsterberg: Eine Tatsache, die nicht gelognet werden kann, ist die Verschlechterung der Rechtsprechung. (Sehr richtig!) Immer noch besser, selbst mit einigen Simulanten hereinzufallen, als gerechtfertigte Ansprüche nicht zu verfolgen! Weber-Königsberg: Vielleicht könnte man bei den Gewerkschaften die Ausschreibung des Rechtschreibens auf die Witwen der Risikoglieder beschließen, denn gerade nach dem Tode von Unfallverletzten entstehen Prozesse mit hohen Kosten. Stoll-Bremerhaven:

Kleines feuilleton.

Felix Motil 7. Zum Tode Motils wird uns aus München geschrieben: Fast unter den gleichen Umständen wie sein Vorgänger Hermann Rumpfe ist auch Felix Motil, der Münchener Hofoperndirektor, gestorben. In den Seelen. Es war am 21. Juni im ersten Akt seines über alles geliebten Tristan, als der erste Leiter der bayerischen Hofoper den Taktstock plötzlich dem Konzertmeister übergeben mußte und von zwei Musikern geführt zur Orchestertribüne hinaufschritt. Dieser Herzkrampf hat nur zum qualvollen Tod des 67-jährigen genialen Musikers geführt, nachdem er noch wenige Tage vor seinem vorausgegangenen Ende die Rottraumung mit Fräulein Fahrenberger, seiner zweiten Frau, die heute noch Primadonna der Münchener Oper ist, reichlich vollziehen ließ. In Motil hat sich seit acht Jahren das Münchener Musikleben kristallisiert. Er war Generalkommissar, stand an der Spitze der Oper und der Musikalischen Akademie (Hofoper und Konzertinstitut) und war zugleich Direktor des Münchener Konservatoriums. Gesundes unverfälschtes Empfinden, kernig, etwas robustes Wesen, erlichter Respekt vor den Großen der musikalischen Kunst und Objektivität dem Wert gegenüber, das waren die Grundzüge seines künstlerischen Charakters.

Motil war so groß als Interpret der großen finischen Partituren von Bach bis Beethoven und Brahms, der dramatischen Partituren von Gluck und Mozart bis Wagner, Berlioz und Cornelius, weil er immer sich selbst treu blieb und die Mode des Impressionismus, des schrankenlosen Subjektivismus der modernen Pulvirtuosin und Pianobettendiregenten nicht mitmachte. Wie er auch alle eifigen Selbstgefälligkeiten, allen Peronienkultus zeitlichen Berachtes hat. Hier waren keine Verdrehungspunkte mit Wähler, hier trennte sich sein künstlerischer Lebensweg von R. Strauß. Er trat an das Pult als genialer Improvisator oder sorgfältig vorbereiteter. Ganz gleich. Sein Rüstzeug, das ihn so oder so liegen ließ, war jenes geheimnisvolle „magnetisch auf Orchester überströmende Fluidum, das auch den lebendsten Musiker forträgt. Dazu gründlichste Literaturkenntnis, hohes Stillsgefühl, starkes Empfinden für edles und heroisches Pathos, unvergleichliche manuelle Technik, unerschütterliche Ruhe und Griffesgegenwart allen Zufällen auf der Bühne und im Orchester gegenüber. Leider ging seine Vorliebe für den Wagnerstil soweit, daß er auch die tauben Produkte der impotenten Wagner-Affen berückichtigte im Repertoire und zwar zumungunsten der sinnlich-schönen, aber feineren Musik der Reitaliener und Neuzugosen.

Motil war 1856 in St. Veit bei Wien geboren. Vaprentz befestigte 1886 seinen Ruf. Aber nach Berlin, das ihn nach seinen Ring- und Parsifal-Triumpfen haben wollte, ging er ebenfalls wie als „Gralsdrüber“ zu Conried nach New York. Sein großes Verdienst in München war die Erhebung der Münchener Mozart-Aufführungen im Residenztheater zu internationalen Kunstfesten. Das künstlerische München trauert aufrichtig. Ueber seinen Nachfolger ist noch gar nichts bestimmt. M.

Die Generalkommission könnte sich doch an die Kartelle wenden, damit der Ueberlastung der Sekretäre gesteuert wird.

Kartells-München wünscht Ausbau der Unterrichtskurse der Generalkommission. Die halt, in der viele Sekretariate arbeiten müssen, verursacht manchen Schnitzer. Zur Ausbildung der Weisiger bestimmte Kurse sollten den Arbeitersekretären geleitet werden. Einige prüfliche Schiedsgerichte lassen uns doch zu. Die Praxis der Berufsgenossenschaften wird immer schlimmer. (Zustimmung.) Vogler-Braunschwieg: An der späten Aktensendung sind nicht immer die Sekretariate schuld. Das zweifelhafte Reisen der Verletzten nach Berlin oder zum Schiedsgericht ist leider nicht zu beseitigen. Wir haben ein wahres Ablehnungsschiedsgericht. Gegen die Weisiger der Berufsgenossenschaften zur Bekämpfung von Klagen brauchen wir Gegenbücher. Auf der Minil Göttingen sind wenig erfreuliche Zustände. Schneider-Dortmund äußert sich unter Zustimmung über die Ueberlastung der Sekretäre. Wenn die Rechtsprechung den Oberchiedsämtern zufällt, wird die Hauptarbeit von den Sekretariaten zu leisten sein. Hier sollte die Generalkommission eingreifen. Link-Berlin: Timm ist mißverstanden worden. Glatte Aufweisung ist auch nicht immer das Richtige, daher lieber noch einen für aussichtslos erachteten Refusats. Nach weiterer Diskussion, an der sich Deder-Stein und Kuntel-Quisburg beteiligen, schließt die Debatte.

Zentralarbeitssekretär Wissell (Schlußwort): Wir haben wohl ohne Ausnahme solche Erfahrungen gemacht wie Genosse Timm. Nur zu oft werden freilich auch wirkliche Verlesungsfolgen als Simulation angesehen. Eichenmüller hat recht, wenn er sagt, daß wir es unserer Würde schuldig seien, Vertretungen da abzulehnen, wo wir innerlich von der völligen Aussichtslosigkeit überzeugt sind. Im Zweifelsfalle aber müssen wir natürlich für den Verletzten eintreten. Eine Abweisung wegen ungenügender Kenntnis ist unzulässig. Oft enthalten die Akten Tatsachen, die wesentlich sind und zugunsten der Verletzten sprechen. Ein Aktentausch durch ganz Deutschland ist ganz unmöglich. Ein Formularaustausch ist vielleicht möglich bei unserer nächsten Konferenz.

Bauer (Generalkommission): Der Zweck der Klagen über die Ueberlastung, die dringend notwendige Entlastung durch Schreibhilfen, wird durch die Verichterstattung über diese Sitzung wohl erreicht werden. Gegen Kurse für Weisiger werden die Kartelle nichts haben. Ohne zwingenden Grund soll kein Wechsel in diesen Stellen stattfinden, das liegt im Interesse der Sache. Ueber

Die Jahresberichte der Arbeitersekretariate

referiert Bauer von der Generalkommission: Die Generalkommission ist zu dem Schluß gekommen, daß die Berichte eingeschränkt werden sollen. Im Anfang wurde durch die Berichte die Erleichterung der Sekretariate gerechtfertigt. Heute aber haben diese Berichte durch ihre große Zahl bedeutend an Wert verloren. (Hört, hört!)

Es werden die zahllose, gar nicht bedeutende Entscheidungen wiedergegeben. Die Besprechung prinzipieller abweichender Entscheidungen unterbleibt. Die Arbeit und die Kosten stehen außer allem Verhältnis zur Verbreitung der Berichte. Fortlaufende Erörterung in der Arbeiterpresse fruchtet viel mehr. (Sehr richtig!) So kann auch ein kurzer Tätigkeitsbericht veröffentlicht werden, oder er kann dem Kartellbericht angefügt werden. Wir wollen vom 1. Januar 1912 ab eine monatliche Rechtsbeilage zum „Correspondenzblatt“ schaffen, in der auch der Jahresbericht des Zentralarbeitssekretariats, erweitert um eine Revue der Rechtsprechung des Reichsversicherungsamtes, erscheinen könnte. Ueber den Antrag aus München auf Herausgabe eines wöchentlichen sozialpolitischen Organs, über den die beteiligten Instanzen Ihre Meinung hören wollen, bitte ich, sich ebenfalls zu äußern.

Heiden-Frankfurt a. M. stimmt dem Referenten völlig zu, die Hauptfrage des Zeitschrift- bzw. Beilageprojektes ist der Redakteur. Ein Monatsblatt für Versicherungs-Entscheidungen wird kaum genügen. Zette-Stuttgart: Der Umfang der Berichte ist schon zurückgegangen. Der Münchener Vorschlag scheint mir besser als die monatliche Rechtsbeilage. Wittcher-Wannheim: Auch wir haben den feinerzeitigen Anregungen Mitutatsfolge geleistet. Zeitungsinserate gehören nicht in den Bericht. Im städtischen Verwaltungsbereich und in der städtischen Statistik von Mannheim wird über unsere Tätigkeit ausdehnend berichtet. Der Münchener Antrag verlangt zu viel. Thomas-Heidelberg: Eine derartige Zeitschrift ist wünschenswert. Die Gewerkschaftsschule sollte eine Abteilung für soziales Recht haben. Timm-München begründet die Münchener Anregung. Der Boden für eine sozialpolitische Zeitschrift ist da, worum soll man die Sache nicht großzügig machen? Die richtigen Leute sind schon zu finden. Man kann die Zeitschrift auch halbmonatlich herausgeben. Die Arbeiter-

presse erhielte so eine gute Basis für Besprechung des Rechts und der sozialen Vorgänge. Eine Einschränkung der Berichte der Sekretariate ist nur möglich bei ausreichendem Erfolg. Fraenkel-Gera begrüßt die geplante Gründung eines Organs für soziale Rechtsprechung. Saube-Berlin (vom Verband der Kupferschmiede): Unterstützen Sie uns bei unserer Statistik. Schrad-der-Erfurt: Die Verwirklichung des Münchener Vorschlags könnte den Weisigern die nötige Unterstützung verschaffen. Nibert-Herlorn: Das Organ soll vierzehntägig erscheinen. Es wäre namentlich ein Segen für die Orte, die noch kein Sekretariat errichten können. Odrzes-Pürth schließt sich Timm an und wünscht eine Rubrik über die Organisationszugehörigkeit in den Journalbüchern. Sud-Dresden: Die Kartellberichte bedeuten eine späterhin unentbehrliche Chronik, sie müssen weiterbestehen. Wenn das neue Blatt zu gedruckt wird, daß es eintrübriert werden kann, so würde es viele jetzt abonnierte und sich wiederholende Blätter überflüssig machen. Das Bürgerliche Recht dürfte nicht vernachlässigt werden. Heute ist es gar nicht möglich, alle die vielen Zeitungen zu lesen. Es ist darum schade, jedem Sekretariat alle Gewerkschaftsblätter zu senden und jeder Gewerkschaft alle Sekretariatsberichte. (Sehr richtig!) Ich wünsche, daß das von München angeregte Blatt erscheint in der von mir angedeuteten Weise. Dadurch könnten wir ein gutes Nachschlagewerk erhalten. Wissell-Berlin (Zentralarbeitssekretär): Die Kartelle könnten immer die Nummer der Rechtsbeilage den Weisigern zustellen, die gerade diese Genossen interessiert. Dadurch würde auch das Interesse für die anderen darin behandelten Fragen wachsen. Es sind hier schon sehr weitgehende Anforderungen gestellt worden. Aber ich hoffe, es wird sich mit der Zeit daraus ein führendes Blatt für Arbeiterrecht entwickeln. (Bravo!) Robert Schmidt-Berlin (Generalkommission): Die Debatte zeigt schon, daß viele glauben, sie bekommen alles fix und fertig vorgefertigt und brauchen nur hineinzugucken. (Weiterleit.) So wird es nun nicht sein. Ich meine, voran muß ein verständlich gehaltenen Artikel über eine Frage des Augenblicks stehen. Es existieren schon mehrere sehr billige Zeitschriften mit vorzüglichen Inhaltsverzeichnissen — wie die Arbeiterverförgung —, aus denen die wichtigen Entscheidungen leicht entnommen werden können. Da kann man nicht die Ansichten der Generalkommission zitieren. Wir müssen noch viel mehr als heute die Rechtsprechung verfolgen und ihre Entwicklung fördern, auch durch die theoretischen Artikel in unserem zu schaffenden Organ. Es fehlt uns nicht an Literatur, sondern den Arbeitersekretären an Zeit.

Bauer (Schlußwort): Eine Erweiterung der Statistik kann nicht in Frage kommen, sondern es können nur die Unterlagen nach den Kapiteln des bürgerlichen Rechts befristet werden. (Sehr richtig!) Von einer allgemeinen „Abneigung“ der Gewerkschaftsführer gegen die Arbeitersekretäre kann doch gar nicht gesprochen werden. (Schrader: Das wollte ich auch nicht sagen.) Schrader meint wohl nur die Abneigung gegen vorzeitige Errichtung von Sekretariaten. Für die Einschränkung der Verichterstattung haben sich alle Redner erklärt. Wenn das von München angeregte Blatt zustandekommt, was ich befürworte, wird darin das gesamte Arbeiterrecht behandelt werden müssen, auch das Verwaltungsrecht, trotz seines länderspezifischen Charakters. Den Sekretariaten fehlt es auch an Mitteln für diese reiche Literatur, wie an Zeit, ein Extrakt ist nötig. Der Bericht kann alljährlich mündlich in allgemeiner Gewerkschaftsversammlung erstattet werden.

Ein Antrag, die Berichte auf die Tätigkeit einzuschränken, keine Rechtsfragen darin zu besprechen, wird einstimmig angenommen. Die Konferenz spricht sich mit 45 gegen 43 Stimmen gegen ein eigenes sozialpolitisches Organ und dann einstimmig für die Rechtsbeilage des „Correspondenzblattes“ aus.

Die Verhandlungen werden am Dienstag fortgesetzt.

Gewerkschaftliches.

Vorsicht, amtliche Statistik!

Unsere amtliche Wissenschaft hat schon immer zu kritischer Vorsicht herausgefordert, dort wo sie sich mit der Arbeiterbewegung beschäftigt, muß vor ihr gewarnt werden. Die amtliche Statistik der deutschen Streiks und Aussperrungen ist seit jeher als Leistung rein polizeilicher „Feststellungen“ berüchtigt. Genosse Legien konnte ja erst auf dem Dresdener Gewerkschaftskongress feststellen, daß sogar die Leiter des arbeitsstatistischen Amtes selbst ihm gegenüber unumwunden zugegeben haben, daß die amtliche Statistik

Wah brave Flieger, die waren noch gelieben,
Der eine hatt' Propellerbruch, da waren's nur noch sieben.
Sieben brave Flieger, die flogen vor dem Reg,
Der ein' in Ehrsucht erstarr, da waren's nur noch sechs.
Sechs brave Flieger, die feierten Triumph,
Dem einen ging's Zeugnis bald aus, da waren's nur noch fünf.
Fünf brave Flieger, den Landflug wagten schier,
Der eine kam abhanden, da waren's nur noch vier.
Vier brave Flieger eriebneten die Hangarei,
Der ein' das Kornfeld näher fand, da waren's nur noch drei.
Drei brave Flieger dem Komitee war'n treu,
Der ein' die Fliegerkrankheit kriegt, da waren's nur noch zwei.
Zwei brave Flieger, zum Höhenflug traten ein,
Der eine verfiel sich am Wolkenlaum, der andre blieb allein.
Ein braver Flieger flog zum nächsten Fliegplatz schön,
Die neuwe bracht' die Eisenbahn, nun waren's wieder zehn.

(„Lustige Blätter.“)

Notizen.

Die höchsten Gipfel des Himalaya. Im Jahre 1909 haben der Herzog der Abruzzi und Dr. E. G. Longstaff zwei neue Riesengipfel des Karakorum entdeckt. Der Herzog fand in dem oberen Waden des Baltoro auf der Ostseite des Pio Godwin Austen eine Erhebung von 8140 Meter, die er Broad Peak nannte. Longstaff stieg zwischen dem Pah des Karakorum und dem Tal von Saltoro im Osten des Teram-Tengste auf einen Gipfel von 8228 Meter. Durch diese Entdeckungen ist die Zahl der Gipfel des Himalaya, die über 8100 Meter hoch sind, auf zehn angewachsen, und zwar sind es folgende: der Mount Everest (8840 Meter), der K² (8609 Meter), die beiden Gipfel des Ranichjunga (8077 und 8543 Meter), der Makalu (8337 Meter), der Dawaagiri (8176 Meter), der Jassa (8130 Meter), und der Kanga-Parbat (8116 Meter).

Eine Reform der chinesischen Sprache wird im Reich der Mitte erörtert. Eine Pekinger Zeitung schreibt: Der politische und Bildungsrückstand Chinas hat seinen Grund nicht darin, daß die Chinesen weniger aufgeweckt als die anderen Völker sind, sondern darin, daß die Sprache in allen Gegenden eine andere und die Schriftsprache zu schwer zu erlernen ist. Infolge der Verschiedenheit der Sprache sind die Provinzen voneinander getrennt und die Unkenntnis der Schriftsprache zeitigt einen Tiefstand der allgemeinen Bildung. Die gebildeten Schichten wollen die Sprache vereinfachen. Man muß auch die Schriftsprache so vereinfacht werden, daß sie jedermann lesen kann. Die chinesische Schriftsprache ist sehr schwer zu erlernen, viel schwerer als andere Sprachen. Viele Chinesen kennen nach zehn Jahren Studiums sie noch nicht einmal. Es ist daher eine Notwendigkeit, die chinesische Sprache zu einigen und zu vereinfachen. (Die große Schwierigkeit liegt vor allem in der chinesischen Schrift, die nicht zu einem Alphabet vorgeföhrt ist.)

Seltene Musikinstrumente.

Richard Strauß ist nicht nur kompositorisch ein Neutöner, er hat auch rein äußerlich das Orchester um eine Reihe von Instrumenten bereichert, von denen sich die alten Symphoniker nichts hatten träumen lassen. Ueberhaupt kommt das Streben nach Absonderlichem, Ungewöhnlichem und nach Rossenwirkung, das in Richard Strauß' Schaffen unverkennbar ist, charakteristisch in der Orchesterbesetzung seiner Werke zum Ausdruck. Die „Arenä“ macht sich das Vergnügen, ein rundes Duzend spezifischer „Strauß“-Instrumente im Wilde vorzuführen, und man muß sagen, daß diese Musikinstrumente fast durchweg ein wenig absonderlich anmuten. Sie hören meist zur Klasse jener Instrumente, von denen Wilhelm Guck sagt: „Musik wird störend oft empfunden, die weil sie mit Geräusch verbunden.“ Da ist zunächst eine Kriegstrommel, die dazu dienen soll, starken Donner und Geschützfeuer nachzuahmen. Diese Trommel hat den Durchmesser des Triebrades einer Schnellzuglokomotive; der Musiker, der daneben steht, um sie mit einem Schlägel zu bearbeiten, reißt mit seinem Kopf nicht nennenswert über die Mitte des riesigen Raubfels hinaus. Ein anderes Raubinstrument wird dadurch hergeföhrt, daß eine gewöhnliche große Trommel mit Wärfen betrieben wird. Die Löne, die die Trommel dabei von sich gibt, sollen rauschende Wasser und ausströmenden Dampf nachahmen. Selbst im fernem Osten hat Richard Strauß Ähnliches gemacht, um sein Orchester nach Möglichkeit zu bereichern. Da gibt es eine chinesische Holztrömmel, die aussieht wie ein vierediger Laib Brot oder wie ein großer Handknaulstaken. Diese Trömmel, mit Rohrbläsen geschlagen, imitiert Pferdgetrappel und ähnliche Geräusche, wie zum Beispiel die Rhythmi eines Regertanzes. Eine andere Trommel, Hydronophon genannt, die mit kleinen Steinen gefüllt ist, dient zur Erzeugung von Regengeräuschen. Neuartig ist ferner die Peitsche, die aus zwei dünnen, nach der Spitze zu sich verjüngenden, glatten Holzbreiten besteht, die, schnell aufeinandergeschlagen, den Weisichenhall nachahmen. Ein Glockenspiel fehlt bei Strauß natürlich auch nicht; hat es doch sein Meister Richard Wagner schon im „Parsifal“ angewandt. Daneben kommt das Straußorchester auch noch ein kleines Glockenspiel, genannt Tubaphon. Dieses besteht aus kleinen Metallröhren, die auf einem Holzgestell liegen und in einem Kasten angebracht sind, ähnlich wie die Kinderklaviere. Schließlich dient zur Ergänzung der Donnertrömmel noch das Kly-Chymbal, das, frei am Notenpult aufgehängt, mit einem Stöpsel angeschlagen wird. Mit solchen bizarren Instrumenten lassen sich natürlich auch bizarre Wirkungen erzeugen.

Humor und Satire.

Die Fliegerkonkurrenz.
Frei nach: Jehn keine Reger...
Jehn brave Flieger, die fanden froh sich ein,
Der eine hatt' Motordefekt, da waren's nur noch neun.
Neun brave Flieger, die flogen nun mit Macht,
Der eine stieß beim Landen auf, da waren's nur noch acht.

und Aussperrungsstatistik nichts wert ist. Es bleibt aber trotzdem alles hübsch beim alten.

Für 1910 ist in dem 249. Bande der großen Reichsstatistik die Streik- und Aussperrungsbewegung behandelt. Was für Resultate da im Vergleich zu den Feststellungen der Generalkommission der freien Gewerkschaften herausgekommen sind, zeigt die folgende kleine Zusammenstellung.

Statistik	Streiks		Aussperrungen	
	1910	1909	1910	1909
amtliche	2213	1537	1115	115
freigewerkschaftliche	2410	2043	1690	246
Letztere mehr	197	506	575	131

Demnach hat die freigewerkschaftliche Statistik der Streiks und Aussperrungen, welche doch nur einen Teil aller deutschen Arbeiterkämpfe umfaßt, regelmäßig mehr Streiks und Aussperrungen zu registrieren, als amtlicherseits überhaupt und im ganzen bekannt sind!

Aber nicht nur für die Ziffern der Fälle von Streiks und Aussperrungen trifft dies zu, ein eben solches Bild ergibt sich für die Zahl der an diesen Kämpfen Beteiligten.

An Streiks und Aussperrungen waren beteiligt:

Statistik	1910	1909
amtliche	389 811 Personen	119 849 Personen
freigewerkschaftliche	389 010	181 244
Letztere + oder -	801 Personen	+ 11 396 Personen

Für 1910 könnte man annehmen, daß die amtliche Statistik hier einmal ausnahmsweise richtig sei, es ist aber nur eine Annahme, bei näherer Prüfung zerfällt sie. Die Zentrale der christlichen Gewerkschaften meldet nämlich für 1910 insgesamt 22 366 Personen, welche an Streiks und Aussperrungen beteiligt gewesen sind, die amtliche Statistik hat also auch hier ein Defizit von 20 567! Ganz abgesehen davon, daß die Ziffern der Hirsch-Dunderschen Arbeiter, die ebenfalls an einer Anzahl von Bewegungen beteiligt waren, hier noch nicht erfasst sind.

Im ganzen: es ist notwendig, solche amtliche „Mängel“ festzustellen, denn gerade die amtlichen Tabellen werden durch die unternehmerfreundliche Presse gern benutzt, um die Dynamik der Arbeiterorganisationen gegenüber den zusammengeschlossenen Unternehmern darzustellen.

Berlin und Umgegend.

Tarifbewegung in der Berliner Damenkonfektion.

Die in der Musterkonfektion beschäftigten Schneider und Schneiderinnen beschlossen in stark besuchter Versammlung, in eine Lohnbewegung einzutreten. Der Tarif enthält zwei Klassen. Er verlangt in der ersten Klasse für Weisilien einen Wochenlohn von 40 Mk., in der zweiten Klasse 38 Mk. Arbeiterinnenlöhne bewegen sich zwischen 18 bis 28 Mk. pro Woche. Am 15. Juli wird den Unternehmern der Tarif zugesandt und Antwort bis zum 1. August verlangt.

Achtung! Wütender. In der Vereinigten Hamburger Kohlenbergbau-Gesellschaft Witt u. Co., Wlögensee, haben die Wütender wegen Nichtanerkennung des 1910 mit den Berliner Wütenderemungen abgeschlossenen Lohntarifes die Arbeit niedergelegt.

Wir appellieren an das Solidaritätsgefühl sämtlicher Kollegen Deutschlands mit dem Ersuchen, diese Firma so lange zu meiden, bis andere Zustände geschaffen und eine geregelte Arbeitszeit eingeführt ist. Zuzug ist streng fernzuhalten.

Die Ortsverwaltung.

Leitergeräthener! Die Firma Sieding u. Müller, Warschauerstr. 7, weigert sich, den neuen Lohnarif unterchristlich anzuerkennen und entließ den Vertrauensmann, der deshalb im Auftrage seiner Kollegen vorstellig wurde. Die dort beschäftigten 12 Kollegen haben daraufhin am Dienstag die Arbeit niedergelegt. Der Betrieb ist für alle organisierten Betriebsräte als gesperrt zu betrachten. Die Halberstädter Firma werden gebeten, von dem Streik bei dieser Firma besonders Kenntnis nehmen zu wollen, weil die Firma versucht, mit ungeübten Arbeitern Gerüste aufzustellen.

Deutscher Transportarbeiter-Verein.

Zur Vertragsstreue der Berliner Stockfabrikanten in der Zeit der Krise.

Ueber dieses Thema referierte der Obmann der Stadt- und Zellulosearbeiter Hermel in einer gutbesuchten Versammlung. Er führte etwa folgendes aus: Als sich bei den Vertragsverhandlungen 1910 die Einigung zwischen beiden Parteien an der Forderung einer Regelung der Heimarbeit zu zerbrechen drohte, riefen die Arbeiter das Gewerbegericht an, das auch nach zwei langen Sitzungen einen Spruch verhandelte. Dieser besagt in seinem Hauptteil, daß Heimarbeiter nicht niedriger entlohnt werden dürfen als Betriebsarbeiter. Nun versichern zwar immer die Arbeitgeber, daß geschlossene Verträge auch gehalten werden müssen. Leider lehnen sich die Herren Stockfabrikanten gar nicht daran. In einer ganzen Anzahl von Werksstellen ist speziell in der jetzigen schlechten Zeit, wo circa 15-20 Proz. der Stadtarbeiter arbeitslos sind, festgestellt worden, daß seitens der Chefs und ihrer Werkmeister den Heimarbeitern billigere Preise geboten werden. Jedoch nicht nur dies, es wird seitens dieser Herren sogar soweit gegangen, die im Betriebe Beschäftigten mit allen Mitteln zu bestimmen, den Lohnarif zu durchbrechen. Daß dies ein großer Verstoß gegen den Vertrag ist, wissen die Arbeitgeber, was diese nicht kümmert, in Zeiten der Krise in rigoroser Weise den Profit für sich zu vergrößern. In den meisten Betrieben ist wenig oder gar nichts zu tun; die Löhne sanken bis auf 12, 15 und 18 Mk. pro Woche. Die eine Hälfte der Arbeitenden mußte feiern, die anderen arbeiteten weiter. Die Fabrikanten sichts gar nicht an! Trotz der klaren Bestimmung des Vertrages, Betriebsarbeiter dürfen durch Heimarbeit nicht geschädigt werden, gehen große Kosten Arbeit außer dem Hause, während diejenigen, die vertraglich Anrecht auf diese Arbeit haben, aus Strafenlasten gequält werden. Hier wie überall wird die Situation seitens der Unternehmer trotz des Vertrages aufs schlimmste ausgenutzt. Und wenn dann die Arbeiter - getrieben durch solche Manipulationen - sich anschiden, durch Verlassen des Betriebes Protest einzulegen, da zeternde dieselben Herren über Vertragsbruch seitens der Arbeiter. Hermel kritisiert unter lebhafter Zustimmung der Versammelten das Verhalten der Arbeitgeber, ermahnt die Arbeiter, trotz aller Provokationen sich vom Standpunkt des Vertrages nicht abbringen und in keiner Weise zu unüberlegten Schritten hinarbeiten zu lassen. In der Diskussion wurden die Ausführungen seitens der Redner noch ergänzt und ganz scharfe Maßnahmen gegen die Fabrikanten verlangt. Die Versammelten verlangten ganz bestimmt, daß die Verhandlungskommission der Stockindustrie von neuem zusammentritt, um gegen derartige die Vertragsidee schädigenden Vorgänge Stellung zu nehmen.

Streik in den Ban und Arbeitsfuhrwerksbetrieben in Lichtenberg.

Am Dienstag früh sind die Arbeiter aus den Fuhrwerksbetrieben von H. u. O. Gebauer, F. Henckels, A. Ginge, G. Roschewitz, M. Kraag, D. Lichtin, W. Road, D. Priemle, W. Schulz und W. Krndt in Lichtenberg einmütig in den Streik getreten. Die betreffenden Arbeiter, 108 an der Zahl, welche sämtlich dem Transportarbeiterverbande angehören, besetzten sich schon seit längerer Zeit über teilweise rigorose Behandlung, lange Arbeitszeit und nicht genügende Entlohnung. Die Leute müssen des

Morgens teilweise schon vor 5 Uhr im Stalle zur Pflege der Pferde erscheinen. Zwischen 5 1/2-6 Uhr wird angepannt und dann bleiben sie den ganzen Tag mit ihrem Gespann manuegeleht in Tätigkeit. Die Arbeit der Arbeiter besteht in der Abfuhr von Schutt auf Bau-Abrißen und von Ausschlagungsgerde sowie in der Zufuhr von Sand, Kies, Steinen usw. Auch leisten die Unternehmer Führer für größere Fabriken. Die Arbeit endet erst spät abends, gemeinhin nach 8 Uhr, oftmals auch noch später. Geregelt Pausen zur Einnahme von Mahlzeiten existieren für die Arbeiter nicht. Die Unternehmer achten sehr darauf, daß die Arbeiter am Tage möglichst viel fressen können. Der Lohn beträgt 80-88 Mk. für sieben Arbeitstage berechnet. Am Sonntag müssen die Arbeiter ebenfalls bis gegen Mittag auf dem Fuhrhof Dienst verrichten. Außerdem besteht in den meisten dieser Betriebe der Mißstand, daß den Arbeitern der Lohn erst am Sonntag nach beendeter Arbeit gezahlt wird. Die Arbeiter beschloßen daher vor einigen Wochen, gemeinsam darauf hinzuwirken, daß in ihrem Arbeitsverhältnis geregelte Zustände eingeführt und entsprechend ihrer Arbeitsleistung auch eine bessere Bezahlung verlangt werden solle. Sie ließen ihren Arbeitgebern vor 10 Tagen folgende Forderungen durch den Verband zustellen:

Arbeitszeit von 6 Uhr morgens bis 7 Uhr abends. Bezahlung der Heberstunden mit 60 Pf. pro Stunde, Lohn 88 Mk. pro Woche für 6 Tage berechnet. Für den Sonntagsvormittagsdienst 2 Mk., Pausen insgesamt 2 Stunden am Tage zur Einnahme der Mahlzeiten. Außerdem verlangten die Arbeiter, daß ihnen in wechselnder Weise jeder zweite Sonntag Dienst freigegeben wird. Auf diese Forderungen reagierte die Unternehmer gar nicht. Auf eine Anfrage der Verbandseitung erklärten die Unternehmer, mit dem Verbandsüberhaupt nicht verhandeln zu wollen. Am Montag früh wurden die Arbeiter daher in jedem einzelnen Betriebe vorstellig. Einige Führer erklärten, keine Zugeständnisse machen zu wollen, welche aber die Arbeiter durchaus nicht beabsichtigten. Als diese hierbei den Wunsch äußerten, daß die Arbeitgeber sich doch zu Verhandlungen mit der Verbandseitung herbeilassen möchten, ergingen sich verschiedene Führer in wüsten Schimpfereien über den Verband; sie bedienten sich hierbei solcher Ausdrücke, daß der Anstand verriet, sie hier wiedergzugeben. In einer am Montagabend abgehaltenen Versammlung wurde deshalb die Arbeitsniederlegung beschlossen.

Die Arbeit ruht vollständig. Arbeitswillige Arbeiter haben sich nicht gefunden. Einzelne Führer versuchen, sich mit ihren Verwandten auszuheilen. Ein Arbeitswilliger hat sich am Wüttag in der Person des Gastwirts Roser, Frankfurter Chaussee 98, den Unternehmern zur Verfügung gestellt.

Die Arbeiter Berlins und der Vororte, sowie ganz besonders die Banarbeiter, werden gebeten, den Streikenden gegenüber die Solidarität hochzuhalten.

Deutsches Reich.

Zum Formerstreik im pommerischen Judensiedlungsgebiet.

Nach dem resultatlosen Verlauf der letzten Verhandlungen haben die Former und Viehweidearbeiter, in einigen Betrieben auch Schlosser und Dreher, überall dort die Arbeit eingestellt, wo die Forderungen nicht bewilligt sind. Vier Betriebe haben bewilligt, in 19 Betrieben stehen 914 Arbeiter im Streik. Davon gehören 638 dem Metallarbeiterverband und 278 dem Hirsch-Dunderschen Gewerksverein an; von der Gesamtzahl der Streikenden entfallen auf Torgelow 555, Uckermünde 187, Wolgast 181 und Pasewalk 91. Der Streik dauert bereits drei Wochen. Bei den Unternehmern scheint das Verlangen nach Frieden vorhanden zu sein. Das ist verständlich, wenn man weiß, daß mit zwei Ausnahmen die bestreikten Betriebe zum Stillstand gebracht sind. Diese zwei Ausnahmen verbessern jedoch die Position der Unternehmer nicht im geringsten, können sie doch den bedrängten Firmen keine Hilfe leisten, da sie selbst mit größter Not nur die eilrigste Arbeit für sich fertig stellen können.

Das Gewerbegericht in Uckermünde sucht Verhandlungen anzubahnen, wahrscheinlich auf Ansuchen der Unternehmer. Die Arbeiter haben keinen Anstoß dazu gegeben. Es soll nämlich unter Ausschaltung der Organisationsleitungen verhandelt werden. Darauf wollen die Streikenden aber nicht eingehen. Es ist dem Gewerbegericht die Mitteilung gemacht worden, daß auf die Hinzuziehung der Organisationsvertreter nicht verzichtet werden kann. Ferner, daß auch der Ort Wolgast, den das Gewerbegericht ausschließen wollte, in die Verhandlungen einbezogen werden muß. Die Antworten stehen noch aus.

Achtung, Metallarbeiter und Modellstichler!

Bei der Firma Topf u. Söhne in Erfurt, Maschinenfabrik und Eisengießerei, haben sämtliche Arbeiter die Arbeit eingestellt. Zuzug ist streng fernzuhalten.

Zur Lohnbewegung der Oderschiffer.

In letzter Stunde, am 1. Juli, als in Stettin, Breslau und mehreren anderen Stationen die Schiffsmannschaften die Fahrzeuge bereits verlassen, hat die Neue Oder-Eise-Neederei die Forderungen der Mannschaften bewilligt und die Verträge unterzeichnet. Mit anderen kleinen Firmen werden in den nächsten Tagen Verhandlungen stattfinden, doch sind hier Differenzen ziemlich ausgeschlossen, da die Hauptforderung, eine Löhnerhöhung, bewilligt ist.

Lithographen und Steinbruder. Die Geraer Unternehmer, bei denen die Kündigung eingereicht wurde, machen große Anstrengungen, Ersatzkräfte zu erlangen. Ein Lithograph Schmalz fuß weist als Agent. Die Kollegen werden gewarnt, Stellung in Gera anzunehmen.

Die Metallformer, Kerumacher und Viehweidearbeiter in Leipzig befinden sich seit dem 27. Mai im Kampf. In der bürgerlichen Presse werden fortgesetzt Arbeitswillige nach Leipzig gesucht. Die Arbeiter werden ersucht, derartige Angebote abzulehnen.

Ausland.

Der Seemannsstreik.

London, 1. Juli 1911. (Eig. Ber.)

Trotz ihrer recht mangelhaften Organisation haben die britischen Seeleute bis jetzt überraschende Erfolge erzielt. Auf den ersten Blick scheint es, als habe hier die sozialistische Ueberwältigungstaktik den Sieg über die Kampfführung der modernen Gewerkschaften davongetragen. Denn von einer eigentlichen Führung, einem behutsamen und überlegten Vorgehen ist bei diesem Streik wenig zu merken. In den meisten Häfen haben die streikenden Massen, die zum weitaus größten Teil unorganisiert sind, die Führung übernommen. In großen Hafenstädten wie Hull und Liverpool werden die Abmachungen, die zwischen den nominellen Führern der Streikenden und den Vertretern der Reederei getroffen worden sind, einfach von der Masse über den Haufen geworfen, wenn diese in der Freude über den Erfolg glaubt, daß die Zugeständnisse der Arbeitgeber nicht weit genug geben. Die Führer, die wohl wissen, was festgehalten werden kann und was nur unholbare Augenblicke sind, haben ihre liebe Not, der gewerkschaftlich schlecht oder nicht disziplinierten Masse das Verhältnis zwischen ihrer Lage und der Gesamtlage zu erklären.

Der Streik der englischen Seeleute ist eine elementare Massenbewegung, zu der nur die Energie einiger Führer und einer Handvoll organisierter Mannschaften den Anstoß gegeben hat und die das Resultat der sich stetig verschlechternden Lage dieser Arbeiterkategorie darstellt. Das erklärt auch, weshalb sich die Kampfstimmung wie ein Lauffeuer verbreiten konnte. Seit Jahren hatten sich die Explosivstoffe angehäuft, um plötzlich in die Luft zu fliegen. Daß die Forderungen der Seeleute gerecht sind, geben Blätter aller Parteinrichtungen zu, ja selbst die Schatzmacher vom Reederverband, die durch ihre despotischen Maßregeln, die Einführung ihres Arbeits-

nachweise, die Anhebung großer Massen billiger asiatischer Arbeitskräfte, direkt an der Verschlechterung der Lebenshaltung der britischen Seeleute schuld sind, wagen es nicht, den Forderungen der Arbeiter jede Berechtigung abzuspochen. In dem von den vereinigen Kapitalisten ausgehenden Druck kommt noch die Verteuerung der Lebensmittel, die auch in Großbritannien — wenn auch nicht so empfindlich wie in den Schutzkolonien — wahrzunehmen ist. Ueber diesen Punkt äußert sich ein Brief, den der Vorstand der Londoner Seedarbeiter als Begleit Schreiben zu seinen Forderungen an die Londoner Reederei geschickt hat. Es heißt dort:

Ferner muß die Zulage im Interesse der Transportarbeiter verlangt werden, die einer Verringerung der Kaufkraft ihrer Löhne gegenübersteht, die durch eine Verteuerung des zum Lebensunterhalt Notwendigen hervorgerufen worden ist. In den letzten 20 Jahren sind die Preise der notwendigen Lebensmittel um mehr als 20 Prozent gestiegen. Auch tragen die größere Ausnutzung der Maschinen, der größere Tonnengehalt der Fahrzeuge und der Schiffsräume und die schnellere Arbeit beim Ein- und Ausladen zur Vermehrung der erspöndelnden Arbeit in den Docks bei und verringern die Zahl der beschäftigten Arbeiter im Verhältnis zu der Menge und der Masse der beförderten Güter."

Daß bei dieser eigentümlichen Massenbewegung auch rauflustige und zweifelhafte Elemente im Trüben zu fischen versuchen, ist leicht zu verstehen. Die Kravalle, die derartige Leute in verschiedenen Hafenstädten verursacht haben, werden von den Streikenden aufs schärfste verurteilt. Uebrigens scheinen die Kravallmänner, die von der liberalen Presse so ausführlich beschrieben werden — jedenfalls um die Entfaltung von Polizei und die Verechtung von Truppen zu rechtfertigen —, nicht von großer Bedeutung zu sein. Die konservativen Presse macht von den Geschehnissen nicht viel Aufhebens. Zweifelslos ist die bestehende politische Lage den Streikenden günstig. Mit unverhörsener Freude sehen die Konservativen zu, wie sich die liberale Regierung in ihrer Abhängigkeit von den großen Reedern unpopulär macht. Bemerkenswert ist die Handlungsweise des Vorsitzenden des internationalen Komitees der englischen Seeleute, der dem konservativen „Daily Telegraph“ einen langen Brief geschrieben hat, in dem er dieses Blatt wegen seiner unparteiischen Stellungnahme lobt.

Massenaussperrungen in Scandinavien.

Nachdem es erst im Frühjahr mit viel Mühe und Not gelungen war, die Massenaussperrungsgelüste des dänischen Unternehmertums abzuwehren, ist jetzt das Unternehmertum in Schweden und in Norwegen dabei, gewaltige wirtschaftliche Kämpfe zu entfesseln. Wie schon telegraphisch gemeldet, beginnt in Schweden mit dem 10. Juli die allgemeine Aussperrung im Baugewerbe und den verwandten Berufen, soweit die Macht des hier maßgebenden „Zentralen Arbeitgeberverbandes“ reicht. Die Ursache des Kampfes ist, daß das Unternehmertum einen Teil der Arbeiterschaft Verschlechterungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen anzuzwingen sucht, was die Arbeiter sich nicht ruhig gefallen lassen. — Die norwegische Arbeitgebervereinigung hat am 8. Juli eine allgemeine Aussperrung der Sägewerks-, Zellulose- und Papierfabrikarbeiter beschlossen, wobei ungefähr 17 000 Mann in Frange kommen, und zum 15. Juli eine ungefähr 15 000 Mann umfassende allgemeine Aussperrung in der Eisen- und Metallindustrie, so daß also in Norwegen rund 32 000 Arbeiter zum Feiern verdammt werden sollen. Die Ursache ist hier, daß die 3000 Bergarbeiter eine bescheidene Aufbesserung ihrer Löhne verlangen. Das Unternehmertum hat herausgerechnet, daß in den Bergwerken bei Akkordarbeit immer noch 42 Cere die Stunde verdient werden, und will deshalb auf die Forderungen der Arbeiter, die noch viel geringeren Zeitzölne zu erhöhen, nicht eingehen. Die norwegische Regierung hat sich bemüht, eine Einigung zwischen den Parteien zustande zu bringen, und auch in Schweden versuchte man, durch die staatsangestellten Vermittler der Massenaussperrung, die hier gegen 40 000 Mann treffen wird, vorzubeugen. Aber die Friedensbestrebungen scheiterten hier wie dort an der Unnachgiebigkeit des Unternehmertums, das offenbar in beiden Ländern übereingelommen ist, gleichzeitig gegen die Arbeiterschaft vorzugehen, um dadurch letzteres Spiel zu haben. Die Arbeiterschaft ist jedoch auf diese Kämpfe gefaßt und wird sie, nachdem sie sich als unvermeidlich erwiesen haben, auch mit Erfolg zu führen wissen.

Der Frauenmord am Humboldthafen.

Die gestrige Sitzung begann unter kolossalem Andrang des Publikums, welches sich schon vor 8 Uhr an den Eingangstüren gesammelt hatte. Nach Eröffnung der Sitzung macht Rechtsanwält Dr. Philipp darauf aufmerksam, daß in der gestrigen Vernehmung des Zeugen Brinckmann offenbar ein Punkt in seiner Aussage falsch verstanden worden sei. Brinckmann habe nur behauptet, daß Wehner ihm erzählt habe, „sie hätten ein Mädchen auf dem Rahu gefaßt“, und nicht gesagt habe, wir haben ein Mädchen usw.

Zeuge Laffon, der gestern den Angeklagten Wehner stark belastet hat und von dem die Verteidigung behauptet, daß er nur auf die Belohnung spekuliert habe, behauptet, daß er zwar die Zeitung ständig gelesen habe, jedoch von der Aussetzung einer Belohnung nichts gelesen habe.

Der Kriminalschaffmann Brumm behandelte als Zeuge folgenden: Er kenne den früheren Mitbeschuldigten Richter als fogenannten „wilden Koffertträger“ vom Leichter Bahnhofs her. Als der Verdacht auftauche, daß Richter beteiligt sei, habe er sich den Richter geholt und ihm gleich ins Gesicht gesagt, er solle doch lieber die reine Wahrheit sagen. Die Sache sei ja gar nicht so schlimm, da es ja kein Mord sei. Sie hätten das Mädchen nicht um es zu töten, sondern aus anderen Gründen auf den Rahu geschleppt. Erst als er, Zeuge, ihm das Strafgesetzbuch vorlegte und ihm zeigte, daß der Mordparagraf nicht in Anwendung kommen könne, sei Richter zutraulicher geworden. Er habe jedoch trotzdem geäußert, wenn er 15 Jahre „3.“ kriegen sollte, nehme er sich das Leben. „Nunmehr habe ich Richter ein umfassendes Geständnis abgelegt. Er habe ihm erzählt, daß er am Leichter Bahnhof gestanden habe, um bei dem 8.20 Uhr eintreffenden Zuge einen Auftrag zum Koffertragen zu erhalten. Als er einen solchen Auftrag nicht erhielt, sei er zum Hofen hinuntergegangen und habe hier den jetzigen Mitangeklagten Wolff getroffen. Schließlich sei auch noch ein Mann, der Schiffer gewesen sei und den Vornamen „Ernst“ gehabt habe, und der Angestellte Wegner hinzugekommen. Alle vier hätten dann zwei Mädchen angesprochen und auf den Rahn mitgenommen, auf welchem jener Ernst beschäftigt gewesen sei. Richter habe ihm eine sehr detaillierte Schilderung der Vorgänge in der Kajüte gegeben und unter anderem auch mitgeteilt, daß sich die Weiberte mit Händen und Füßen gewehrt und um sich geschlagen habe, bis ihr, um sie am Schreien zu verhindern, von ihm selbst eine hunte Steppdecke auf den Kopf gedrückt worden sei. Als die Decke dann nach einiger Zeit hochgenommen wurde, sei die Gewaltthätige tot gewesen. Der „Schiffer Ernst“ habe zuerst den Rahn gefaßt, die Rote in die Spree zu werfen. Die Weiberte sei dann in einen Saal gesteckt und vom Hofen aus nach der Spree geschleppt worden. Unterwegs hätten sie den Saal einmal absehen müssen, da er sehr schwer gewesen sei. Auf dem Wege zum Polizeipräsidium habe ihm, Zeugen, Richter noch erzählt, daß die Weiberte der Weiberte in der Kajüte geblieben seien. Richter habe ihm diese ganze Geschichte in vollkommenem Zusammenhang und mit allen möglichen Details erzählt, so daß seine Angaben ihm nach jeder Richtung hin glaubwürdig erschienen. Als Richter dann sein Geständnis wiederholen wollte, habe er, Zeuge, und der Kriminalschaffmann Rühmey den Auftrag erhalten, ihm den im

Hand gestern vor der Strafkammer des Landgerichts III ein Prozeß gegen vier Arbeiter statt. Es handelte sich dabei um Vorgänge vom 28. April 1910 beim Streik der Leitergehilfen der Firma Altmann u. Co. Die vier Angeklagten sollen sich an einer Zusammenrottung beteiligt haben, bei der Gewalttätigkeiten begangen wurden. Doch sie selbst Gewalttätigkeiten ausgeübt haben, nimmt auch die Anklage nicht an. Es ist deshalb die Anklage nur wegen einfachen Landfriedensbruchs erhoben. In der umfangreichen Beweisaufnahme wurden Herr Altmann und zwei Schulleute, sowie elf Personen als Zeugen vernommen, die während des Streiks bei der Firma als Arbeitswillige tätig waren. Die Arbeitswilligen waren, wie von einem Arbeitswilligen und von einem Schuhmann bezeugt wurde, mit Revolvern bewaffnet! Gegen vier der Leute, die damals bei Altmann u. Co. als Streikbrecher tätig waren, schwebt noch ein Verhör wegen schweren Landfriedensbruchs; die vier sind — noch nicht aufgefunden! Der Staatsanwalt beantragte gegen zwei der Angeklagten je 6 Monate, gegen den dritten 9 Monate und gegen den vierten 1 Jahr Gefängnis. Nach seiner Ansicht genüge es für das Delikt des Landfriedensbruchs, wenn der betreffende Teilnehmer an einer Zusammenrottung nur gewirkt habe, es Banne zu Gewalttätigkeiten kommen. Demgegenüber hob der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Kurt Rosenfeld hervor, daß Voraussetzung für die Feststellung eines Landfriedensbruchs sei, daß die Teilnehmer der Wille verbünde, als ein Teil in der Menge zu verbleiben. Jedenfalls müsse ein gewisser Zusammenhang nachgewiesen werden. Gegenüber den vielen Widerprüchen und Unzuverlässigkeiten der Hauptzeugen, auslagen möge das Gericht, wenn es überhaupt zur Verurteilung der Angeklagten kommen sollte, berücksichtigen, daß die Arbeitswilligen, die aus anderen Städten herangezogen wurden, im übrigen Ruhe hielten, und darum eine gewisse Erregung unter den Streikenden, die einige Pfennige mehr Lohn haben wollten, wohl begründet sei. Das Urteil lautete gegen einen Angeklagten auf 4 Monate, gegen zwei auf je 6 Monate gegen den vierten auf 9 Monate Gefängnis. Bei dem am härtesten Bestraften hat das Gericht als erwiesen erachtet, daß er einen der Zeugen geschlagen habe. Das sei jedoch erst geschehen, als die Zusammenrottung schon vorüber war so daß diese Tat nicht als schwerer Landfriedensbruch angesehen werden konnte.

Hohes, harte Strafen gegenüber den schlimmstenfalls durch Streikbrecher gereizten. Die schweren Landfriedensbrecher waren unzweifelhaft Streikbrecher und die — sind noch unauffindbar!

Heimatlos!

Die brutale Wirkung einer Ausweisung kam in einer geistigen Verhandlung vor dem Oberverwaltungsgericht wieder mal kraß zum Ausdruck.

Der Arbeiter Rads Egholm zu Bröns (Amtsbezirk Scherrebek) ist in Schleswig-Holstein unehelich geboren als der Sohn einer Dänin, die seit 1874 in Preußen (Schleswig-Holstein) lebte, aber nicht die preussische Staatszugehörigkeit erworben hat.

Am 6. April 1911 erließ der Landrat zu Hadersleben an Rads Egholm eine Verfügung, durch die E. ausgewiesen wurde, binnen 24 Stunden das preussische Staatsgebiet zu verlassen. Die Verfügung ging davon aus, daß E. überhaupt keine Heimat habe und aus Preußen ausgewiesen werden könne, da er somit auch kein deutscher Reichsangehöriger sei. — Der Regierungspräsident und der Oberpräsident von Schleswig-Holstein wiesen die Beschwerden E.s ab. E. klagte nun beim Oberverwaltungsgericht und machte folgendes geltend: Er nehme an, daß er als der uneheliche Sohn seiner Mutter, die zur Zeit seiner Geburt in Deutschland bereits lebte, Preuze und Deutscher sei, auch wenn die Mutter die preussische Staatsangehörigkeit und Reichsangehörigkeit nicht erworben habe. Er könnte aber auch nicht ausgewiesen werden, wenn er heimattlos wäre, d. h. keinerlei Staatszugehörigkeit habe, und zwar könne er dann deshalb nicht aus Preußen ausgewiesen werden, weil es ihm bei seiner Vermögenslosigkeit unmöglich sei, sich in einem anderen Staat niederzulassen. In Bröns, wo er seit 5 Jahren sich aufhalte und sich verheiratet habe, habe er seines Erachtens seinen Unterstufungswohnort.

Das Oberverwaltungsgericht wies am 4. Juli die Klage mit folgender Begründung ab: Der Kläger würde ein Recht, zu klagen, überhaupt nur dann haben, wenn er nachweisen könnte, daß er Reichsangehöriger sei. Er selbst gebe aber zu, daß er von einer eingewanderten Dänin stamme, welche die preussische Staats- und damit die deutsche Reichsangehörigkeit nicht erworben habe. Somit sei E. nicht durch Geburt Deutscher geworden. Da er es auch sonst nicht geworden sei, so sei die Klage unzulässig.

Zur Darstellung der Widersinnigkeit der Folgen der Ausweisungspraxis fehlte nun nur noch, daß der Heimatlose, weil er mittellos ist und deshalb Deutschland nicht verlassen kann, mit Haftstrafe belegt, also gewaltsam in Deutschland zurückgehalten würde.

Uneheliche Biber.

Der Sohn des berühmten Malers Giovanni Segantini, Maler Mario Leopoldo Segantini, der seit dem 10. Februar d. J. in Untersuchungshaft sitzt, hand gestern unter der Anklage der Urkundenfälschung und des Betruges vor der 3. Strafkammer des Landgerichts II. Er ist in Mailand geboren, schweizerischer und italienischer Staatsangehöriger. Er wird beschuldigt, in Charlottenburg und Frankfurt a. M. durch 4 selbständige Handlungen Urkundenfälschungen und Betrug dadurch begangen zu haben, daß er von ihm verfertigte Biber und Zeichnungen unter der Angabe, daß sie von seinem verstorbenen Vater Giovanni Segantini herkämen, an verschiedene Kunsthändler verkaufte und diese dadurch geschädigt habe. Außerdem hat er auch noch eine Versuchshandlung begangen.

Der Angeklagte, der schon einen abenteuerlichen Lebensgang hinter sich hat, ist im Januar 1910 nach Berlin gekommen und hat hier das uneheliche Leben der Bohème geführt und ist vielfach in große Not geraten. Diese war stellenweise so groß, daß er manchmal sein Wohnquartier hatte und die Nächte hier und da im Tiergarten zubringen mußte. Er kam nun auf den Gedanken, Kohlenzeichnungen, bunte Pastellbilder und Radierungen in Anlehnung an Motive seines Vaters herzustellen und als nachgelassene Werke des berühmten Giovanni Segantini zu verkaufen. Der 23jährige junge Mann, der selbst ein talentvoller Maler ist, hat 25—30 solcher Biber hergestellt, sie mit dem Signum seines Vaters versehen und hatte das Glück, solche Biber ohne große Schwierigkeiten an Kunsthändler zu verkaufen. — Der Angeklagte gab zu, mit Bewußtsein die von ihm verfertigten Biber als edle Segantini verkauft zu haben, er bestritt aber, daß es ihm daran gelegen gewesen sei, sich einen Vermögensvorteil zu verschaffen. Er sei zu seinem abenteuerlichen Plan durch eine Wette gekommen. Erbittert und enttäuscht durch seine eigenen Mißerfolge mit seinen eigenen Werken sei ihm der Gedanke gekommen, die Kunstwelt der Kunsthändler, die die Künstler ansahen, an den Pranger zu stellen und zu zeigen, daß diese nur den Namen bezahlten und die Güte der Biber gar nicht berücksichtigten. Er habe zeigen wollen, daß er jedem Kunsthändler mit leichter Mühe Biber, die jeder Sachverständige sofort als Fälschungen hätte erkennen müssen, anschnieren und sich teuer bezahlen lassen könne. Aus der Verweigerung ist hervorgegangen, daß der Kunstkritiker Stahl die Unechtheit der Biber sofort erkannte und daß in einigen Fällen auf Grund seines Gutachtens der Ankauf unterblich oder rückgängig gemacht wurde. Das Gericht verurteilte den Angeklagten zu 9 Monaten Gefängnis unter Anrechnung von 4 Monaten Untersuchungshaft. Der Angeklagte erklärte, bei dem Urteil sich beruhigen zu wollen.

Lebensschau auf den feindlichen Kopf der Geldteten zu zeigen. Auf der Fahrt habe er dem Richter seine Verwunderung darüber ausgesprochen, daß er plötzlich mit seinem Gesichts „umgeschmitten“ sei. Richter habe ihm geantwortet, daß die Sache doch schlimmer sei, denn der Oberausseher im Untersuchungsgefängnis habe ihm gesagt, er solle nur seine Knochen in einen Sad packen, außerdem sei er gefesselt vorgeführt worden; er merke deshalb, was los sei. Der Zeuge hat hierdurch erlautet, daß Richter wieder auf den Gedanken gekommen sei, er könne wegen Mordes angeklagt und zum Tode verurteilt werden. Aus Angst hier vor habe er sein Gesicht wiedereröffnet. In dem Leichenschauhaufe habe sich Richter dann schon vorfichtiger ausgedrückt und als ihm der Kopf der Geldteten gezeigt wurde, nur gesagt: „Das ist das Rädel vom Humboldtthafen.“ Später habe Richter noch geäußert: „Na, 15 Jahre kriege ich ja doch!“

Zum Schluß der Beweisaufnahme gab die gerichtlichen Sachverständigen Prof. Medizinalrat Professor Dr. Strachmann, Gerichtsarzt Dr. Strauch und Dr. Magnus Hirschfeld Gutachten über die Intelligenz der Jengin Wesemeyer ab. Die Gutachten gehen dahin: bei der Jengin sei ein gewisser Schwachsinn zu konstatieren, sie stehe an der Grenze der Zurechnungsfähigkeit, sei eine geistig tief stehende Person, die zwar unfähig ist, eine Erzählung, wie sie sie gemacht hat, zu erfunden, aber schließlich über das Wesen und die Bedeutung des Eides sich klar sei.

Das Gericht beschloß darauf, die Jengin Wesemeyer nicht zu verurteilen.

Ueber den Geisteszustand des im Untersuchungsgefängnis verstorbenen Richters geht die Ansicht des Dr. Hirschfeld dahin, Richter sei ein hochgradiger Alkoholiker gewesen. Daß Richter, wie von dem Untersuchungsrichter Wegel bekundet ist, den Eindruck eines völlig gebrochenen Menschen machte, der schließlich Selbstmord beging, könne ebenfals eine Folge der Alkoholvergiftung als ein Zeichen des Reue und des Schuldbewußtseins sein. Sollte es sich bei Richter um einen Fall von Alkoholvergiftung handeln, so wäre auf seine Selbstvergiftung nicht viel zu geben.

Hierauf folgten die Plädoyers des Staatsanwalts und der Verteidiger.

Da die Formulierung der Schuldfragen infolge der nötigen mehrfachen Abschriften längere Zeit in Anspruch nahm, beschloß das Gericht um 8 1/2 Uhr abends die Sitzung abzubrechen und auf Mittwoch 2 Uhr nachmittags zu verlagern.

Aus Industrie und Handel.

Zur Baumwollfrage.

Man schreibt uns:

Im Jahre 1902 fiel der Baumwollwurm über die mexikanische Grenze in den Unionstaat Texas ein und breitete sich von Jahr zu Jahr langsam weiter aus. Man schenkte ihm wohl nicht die Aufmerksamkeit, die er verdiente. Als die Stürme, welche im Sommer 1900 im Golfe von Mexiko und an der Küste von Texas wütheten und den größten Teil der großen Hafenstadt Galveston ins Meer warfen, auch den Baumwollwurm weit über die Lande trieben, erlautete man die Gefahr. Der kleine Schädlings, der sich in einer Saison von einer Familie bis zu 15 000 000 Exemplaren entwickelt, vernichtete immer größere Teile der Baumwollplantagen von Texas, dann der Staaten Oklahoma, Arkansas, Louisiana. Er drang weiter vor nach dem Staate Missouri und in die Staaten östlich vom Mississippi-Fluß. Ungeheurer Eend brach damit über die Baumwollpflanzern herein, um so mehr als gerade in den Südstaaten viele der Farmer, in manchen bis zu 85 Proz. aller Farmer, nur arme Pächter sind. Die wenigen Staaten, welche heute noch vom Baumwollwurm verschont sind, wie Carolina, Alabama, haben große Summen bereitgestellt, um den Kampf gegen den Baumwollwurm anzunehmen, sobald er eindringen sollte. Aber die Gefahr, daß sich der Baumwollwurm weiter ausbreitet und damit weiteres Eend über arme Farmer als auch über amerikanische und europäische Textilarbeiter bringt, scheint nicht vorhanden zu sein. Das amerikanische Ackerbauministerium hat seit vielen Jahren mit dem Wodenbau vertraute Männer ausgebildet zum Kampfe gegen den kleinen Schädling. Diese Agenten der Regierung, es sind jetzt gegen 500, reisen das ganze Jahr unter den Baumwollpflanzern herum, suchen in jedem kleinen Bezirk die tüchtigsten Farmer aus und veranlassen sie, einen Acre Baumwolle möglichst an einer Straßenzugung nach der Methode des Ackerbauministeriums anzubauen. Während bisher zwei bis drei Acres zur Gewinnung eines Ballen Baumwolle nötig waren — im großen Baumwollstaate Texas brachten im Jahre 1910 10 084 000 Acres sogar nur 3140 000 Ballen — wurden auf den Versuchsfeldern vom Acre bis zu zwei Ballen erbracht! Das Ackerbauministerium hat nunmehr 75 000 Demonstrationsfarmer an der Hand, die wöchentlich einmal von den Regierungsgentien angeleitet werden und mit denen die Entwicklung der Ernte besprochen wird. Der Erfolg dieses großen Kampfes gegen den Baumwollschädling liegt bereits klar zutage. Die in den nächsten Tagen ersolgenden statistischen Veröffentlichungen weisen eine Totolerte von 12 005 688 Ballen im Jahre 1910 gegen 10 005 189 Ballen im Jahre 1909 auf. Das sind noch 600 000 Ballen gegen die seitherigen Ernteschätzungen für 1910 mehr. Wenn alle Pflanzler die ihnen demonstrierte verbesserte Verciebmethode anwenden und damit möglicherweise nach und nach ein Verschwinden des Baumwollwurmes herbeigeführt werden sollte, so wären die Südstaaten der Union, welche heute 7/10 aller Baumwolle der Erde erzeugen, in der Lage, 20 000 000 Ballen und mehr pro Jahr zu produzieren. Dazu kommt, daß gerade in den Südstaaten Millionen und Millionen Acres reichsten Bodens von Sumpfen und Schwemmland der Entwässerung harren, von denen sich ein großer Teil für den Baumwollbau eignet.

Das Ackerbauministerium kann, wie man sieht, die Pflanzern anspornen zu höheren Verciebsmethoden, aber es kann nicht die kapitalistische Wirtschaftsordnung wegzaubern! Wie schon erwähnt, sind viele der Farmer nur Pächter, in manchen der Südstaaten 85 Proz. aller Farmer. Die Pachterträge laufen auf ein Jahr und sind häufig so, daß die Hälfte, bisweilen sogar Dreiviertel der Ernte dem Besitzer der Farm und nur der Rest dem Pächter als dem wirklichen Bewauer des Bodens zufließt! Der Pächter hat natürlich kein Interesse daran, Verbesserungen am Boden vorzunehmen, die für das Wachstum der Pflanzen länger als gerade für die laufende Saison von Vorteil sind.

In südlichen Kalifornien hat ein Versuch mit Baumwollkulturen ein geradezu glänzendes Ergebnis erbracht. Im Imperial-Tale (dieser Name paßt ausgezeichnet für die nordamerikanische Republik), einer Talebvre von 2 1/2 Millionen Acres, von denen sich die Hälfte zur Bewässerung eignet, sind im Jahre 1910 zum ersten Male 1200 Acres mit Baumwolle bepflanzt worden. Die experimentierenden Farmer hatten keine Erfahrung in der Baumwollzucht, hatten keine akklimatisierte Saat, und doch war der Erfolg ein durchschlagender hinsichtlich der Qualität wie der Quantität. Die Baumwolle liefert einen schneeweißen seidenerartigen Faden, und die Spinner berichten, daß derselbe kräftiger ist als der der Baumwolle aus den Südstaaten und um 30 Proz. ergiebiger. In diesem Bewässerungstale ist der Ertrag durchschnittlich 1 1/2 Ballen pro Acre! Der Baumwollwurm kann wegen der großen Trockenheit, 820 Tage Sonnenschein im Jahre, nicht gedeihen, während andererseits der Boden bewässert werden kann je nach Bedarf. Die Anbaufläche in diesem Jahre beträgt bereits 10 000 Acres.

Während bisher die Vereinigten Staaten für ungefähr 15 000 000 Dollar Baumwolle jährlich von Ägypten kauften, wird in wenig Jahren das Imperial-Tal diesen Bedarf decken. Die Erleichterung für den Weltmarkt in Baumwolle ist damit noch keine sehr große. Da aber einmal der Anfang mit Baumwollzucht in einem Bewässerungstale gemacht worden ist und ein vorzügliches Ergebnis gebracht hat, wird man in anderen Bewässerungstälern des äußersten Südens der Union damit fortfahren. Und Tal-

flächen, fähig zur Bewässerung, sind in unabsehbarer Ausdehnung vorhanden. Nicht aus dem Auge lassen darf man, daß in den heißen und trockenen Tälern des südlichen Festenlandes der Baumwollwurm keine Existenz findet und daß der Ertrag dreifach größer ist als in den Südstaaten. Nun gibt es aber auch heute schon in der Republik Mexiko große Bewässerungstälern und weite Bewässerungsmöglichkeiten, so daß in absehbarer Zeit auch damit zu rechnen sein wird, daß von Mexiko aus dem Weltmarkt Baumwolle zuführen erfolgen.

Der jährliche Reingewinn im Imperial-Tale beläuft sich auf 70 Dollar pro Acre. Der Acre einschließlich Bewässerungsrecht ist für 50—60 Dollar zu haben. Kein Wunder, daß bereits amerikanische Millionäre große Flächen für den ausschließlichen Zweck der Baumwollzucht angekauft haben. Und so interessant und lehrreich die Baumwollfrage in ihren verschiedenen Entwicklungsstufen ist, für die arbeitende Klasse mühte gerade die Entwicklung der Baumwollproduktion im Imperial-Tale von ausschließlicher Bedeutung sein. Die Zusammenarbeit von Kopf und Hand schafft für einen großen Landstrich eine Bewässerungsanlage von ungeheurer Ausdehnung; damit wird reicher Boden, dem es aber an Regen fehlt, der Fruchtbarkeit erschlossen; die Bearbeitung dieses Bodens ergibt riesige Erträge. Harte menschliche Arbeit in allen Phasen, aber den Gewinn steckt die Klasse der Kapitalisten ein, die nie den Schweiß produktiver Arbeit gekannt hat.

Die verstaatlichte Elektrizitätsversorgung. Die Stadt Wien hat der letzten privaten Elektrizitätsunternehmung in der österreichischen Hauptstadt, der Allgemeinen Oesterreichischen Elektrizitätsgesellschaft den Vertrag von 1887 zum 1. Juli 1914 gekündigt. An diesem Tage übernimmt die Gemeinde die Werke und Kabel zum gerichtlichen Schätzwert, zum Teil mit einem 10prozentigen Abzug. Die Gemeinde bietet 12 1/2 Millionen Kronen, was der Gesellschaft zu wenig ist. Es ist das eine Gesellschaft, die seinerzeit Rechtsnachfolgerin der Firma Siemens u. Halske wurde. Es schweben übrigens noch Prozesse der Gesellschaft gegen die Stadt, darunter einer auf 1 1/2 Millionen Schadenersatz, weil die Gemeinde, noch zu Luegers Zeiten, durch Brachialgewalt — Feuerwehnmänner — die Gesellschaft an der Verstellung weiterer Anschlüsse an ihr Kabelnetz hinderte.

Marokko.

Nach der Veröffentlichung des Comité des Douanes, betreffend „Statistiques du Mouvement Commercial et Maritime du Maroc“ für das Jahr 1909, beverleie sich der Gesamtandel Marokkos im Jahre 1909 einschließlich des Landhandels mit Algerien (17 184 000 Frank) auf 182 612 044 Frank im Vorjahre; davon entfielen auf die Gesamteinfuhr (einschließlich 9 810 000 Frank aus dem Landhandel mit Algerien) 80 049 890 Frank gegenüber 81 588 479 Frank im Jahre 1908 und auf die GesamtAusfuhr 62 562 754 Frank (1908: 51 872 980). Mit folgenden Quanten waren die verschiedene am Außenhandel mit Marokko interessierten Länder an der Einfuhr nach dort beteiligt: Frankreich 25,9 Millionen Frank, England 32,8 Millionen Frank, Deutschland 5 Millionen Frank, Spanien 1,1 Millionen Frank, Belgien 1,9 Millionen Frank, Oesterreich-Ungarn 2,2 Millionen Frank usw. Wenn auch die deutsche Einfuhr erst an dritter Stelle steht, so ergibt sich doch aus ihrer Steigerung gegen das Vorjahr 1908, die ungefahr 2,2 Millionen betrug, daß unser Export nach Marokko sehr ausdehnungsfähig ist. Die deutsche Einfuhr hat sich von 5,17 Proz. der Gesamteinfuhr nach Marokko im Jahre 1908 auf 7,25 Proz. der Gesamteinfuhr gehoben. Die wichtigsten Warengruppen, welche nach Marokko importiert werden, sind Weizenmehl, Zucker, Rohseide, Wolle, Baumwolle, Rouffelle usw. Der marokkanische Export bleibt hinter dem Import weit zurück, im Jahre 1909 um beinahe 28 Millionen Frank.

Exportiert werden hauptsächlich aus Marokko: Rinder, rotes Wachs, Wollen, Eier, Regenfelle, Hammelfelle, Buffbohnen, Naranjensamen, Mandeln, Schlappschuhe, Gerste. Der letztere Exportposten erreichte im Jahre 1909 von allen Positionen die höchste Höhe, nämlich 12,2 Millionen Frank. Marokko ist ein ergiebiges Land und der Marokkoinnenstrich, der hauptsächlich im Jahre 1910 ausgebeutet wurde, hat gezeigt, welche hohe Gewinne aus den marokkanischen Erzfeldern zu ziehen sind. Und dieser Gewinne wegen spielen die Profitjäger mit einem Kriege.

Aus der Frauenbewegung.

Leiden der Landflavinnen.

Der Juni, der Regina der Reizeit und des genuehreichen Ausruhens in herrlicher Natur, bedeutet für die große Arme der hörigen Landarbeiter so recht die Abforderung der letzten Arbeitskräfte zum Wohle des agrarischen Gutsherrn. Wenn die Sonne länger scheint, dann wird auch die Arbeitszeit verlängert. Von Sonnenaufgang bis in die finstere Nacht hinein müssen für fargen Lohn Männer und Frauen auf den weiten Feldern in der Hitze und unter Regenschauern schuften und dazu immer in jenem etelhaften Gefühl des zu ewiger Sklaverei verurteilten Menschen. Wenn die tägliche Arbeitszeit um ein bis zwei oder drei Stunden verlängert wird, dann erhalten die Bedauernswerten für den Tag eine Zulage von 10 oder 20 Pf. Ein Betrag, der zur Ausdehnung der Arbeitszeit in einem ebenso fargenden Verhältnis steht wie der Lohn der Landarbeiter, besonders der Arbeiterinnen, zu ihrer Leistung überhaupt. Es gibt in Deutschland noch viele Gutshöfe, wo die „Herrschafft“ den Frauen im Winter 50—60 und im Sommer 60—70, höchstens 80 Pf. als Tagelohn zahlt. In Schlessen und Posen und oben in Ost- und Westpreußen findet man diese Domänen, wo, wie gelegentlich der Vercaltung des Wächnerinnen-schutzes im Reichstage festgestellt wurde, regelmäßig 30—40 Proz. der Arbeiterinnen ohne die Hilfe einer Bekamme ihre Kinder zur Welt bringen müssen. Die Arbeiterfrauen in den Dörfern sind angewiesen, auf den Gutshöfen zu arbeiten. Am Sonntag, den sie nach den frommen Bibelprüchen heiligen sollen, müssen sie ihre Hauslichkeit besorgen. Ein Aufsehen gegen den Befehl des „gnädigen Herren“ gibt es nicht. Der Spielraum in der Auswahl der Arbeit, wie er in der Großstadt vorhanden ist, fehlt auf dem Lande, und ebenso, leider, muß man sagen, auch der Schutz der Organisation. Und hält man es für angebracht, so wird die einheimische Arbeiterkraft genuehigt in der Form, daß man sie zum Teil entläßt und dafür Saisonarbeiter kommen läßt. Die großen schlessischen Magnaten, die Thurn und Taxis, Pleß, Schaffgotsch, Wied und wie sie alle heißen, mit ihren Millionenreichümern, können die Bekrausgaben ertragen, wenn es gilt, den „Geist der Unzufriedenheit“ auszutreiben. Der Juni ist auch der Monat, in dem die Schulfinder zu dem berühmtesten Rübenerzählen in die Ferien geschickt werden. Mit hungerigen Magen, auf Vettermögen werden sie hinausgeschickt, um für 30 oder 40 Pf. den Tag über im Sonnenbrande zu schuften. Das gibt kurze krumme Rüden. Was müssen alle internationalen Sanitätskongresse, Hygienekonferenzen und sonstigen offiziellen Veranstaltungen, die zum Segen der Menschheit wirken sollen, wenn es nicht möglich ist, in Pommern, Schlessen, Ostpreußen und Westfalen dem gemein-gesährlichen Unfug der Rübenerzählereien ein Ende zu machen? Darum lehnen sich die Professoren mit den berühmten Namen, die in der „Woche“, der „Gartenlaube“ und an anderen Stellen die hygienischen, ästhetischen und sanitären Bedürfnisse des Menschen nach Kubikmillimetern berechnen, nicht gegen diese gewerdmüßige Vercöhnung und Vercöhnung der naturnotwendigsten gesunden und sittlichen Bedürfnisse der Landkinder auf? Wäre nicht die Befestigung des gefährdeten Unfuges entschieden mehr wert als das „Lebenswert“ von so manchem Tugend dieser preussischen Unversitätsweisen? Preislich auch für die ländlichen Profektarien samt ihren unermüden Kindern gilt das Wort unseres Altmeisters: ihre Vercöhnung kann nur ihr Wert selbst sein!

Sozialdemokratischer Kreis- und Diskussionsklub „Friedrich Heine“.
Heute Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr: Sitzung bei Grünberg, Rodenbergstr. 8. Gäste willkommen.
Kreis- und Diskussionsklub „Zed. O.“. Heute Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr, bei Reichardt, Görlinger Straße 58: Generalversammlung.

Briefkasten der Redaktion.

Vom Montag, den 26. Juni, bis Sonnabend, den 15. Juli einschließlich, findet die Sprechstunde in der Zeit von 7 1/2 bis 9 1/2 abends statt.
H. Z., Bornholmer Str. 93. Trümmern Sie an Antwort. — G. Z. 81. Der Meister ist verpflichtet, das Lehrlingsbuch zur Krankenkasse anzumelden und wenn sie das 16. Lebensjahr vollendet hat, auch Invalidenmarken zu stellen, eventuell müssen Sie sich an die Polizei wenden. — Müller 158. Die Auflage fällt dadurch, daß Sie weiter zahlen, nicht fort. Sie führen sich aber eine milde Strafe. Sie müssen den Reichsbeitrag bezahlen. Es sei denn, daß Sie nach dem 31. Dezember 1908 keine Zahlung mehr geleistet haben. — G. Z. 30. Das Dienstmädchen kann den Dienstherrn auf Zahlung der 20 M. beim Amtsgericht verklagen; nur muß vorher ein Sühnetermin vor der Polizei stattgefunden haben. — R. C. 55. Sie sind verpflichtet, die Prämien weiter zu bezahlen. — G. Z. 72. Sie brauchen nur soviel zu bezahlen, daß der Betrag der geleisteten Beiträge entspricht. — G. Z. 12. Die Alimante bekommen Sie auch dann weiter, wenn Sie den Namen Ihres Mannes schreiben lassen. — R. G. 101. Rühmungsfrist 1 Monat. Vorichtigweise kündigen

Sie aber schon jetzt. — G. Z. 39. Rein. — R. C. 3. 1. und 2. Sie ist schabenerjährlingsmäßig, die Einkünfte auch, wenn sie von der Krankheit Kenntnis hatten. 3. Strafantrag. — R. W. 1. bis 3. Anfrage beim Verpflegungsmittelskommando. 4. Empfiehlt sich nicht. — 108 G. Ja, falls der Vertrag nicht anders bestimmt. — R. 7. 1. und 4. Der Prozeß ist ausfallslos, trotzdem ist, falls der Schaden nicht allzu groß, zum Vergleich zu raten. Die Anwaltskosten brauchen Sie nicht zu übernehmen. 2. Ja. 3. Gerichtshof. — G. Z. 200. Die 50 M. können Sie zurückerlangen, nicht aber die 25 M. — G. Z. 33. 1. Amtsgericht. 2. Vormund des Kindes und Ehefrau und, falls Sie über 60 Jahre, Genehmigung des Justizministers. 3. Ja. 4. Rein, außer wenn Kind großjährig. — G. H. 2. 1837. Das müssen wir dem Empfänger der Genossen überlassen, prinzipielle Segnerschaft besteht nicht.

Eingegangene Druckschriften.

Geschichte der Revolutionen. Vom niederländischen Aufstand bis zum Vorabend der französischen Revolution. Von Dr. A. Comba. Mit zahlreichen Bildern und Dokumenten aus der Zeit. Erscheint in fünfzig Lieferungen à 20 M. Das Abonnement kann jederzeit beginnen. Heft 36 ist heute heraus. Band 1 ist bereits gebunden zu haben zum Preise von 7 M. für den Leinenband und 8 M. für Halbfranz.
In neuer Auflage sind erschienen:
Brann, Zeitungsredakteur und politische Schlagwörter. 30 Pf.
Marg. Klaffenstücke in Frankreich 1848-50. Mit einer Einleitung von Fr. Engels und einem Vorwort von August Bebel. Prosjiziert 1 M., geb. 1,50 M.

Sozialistische Theaterkaffe, Heft 15:
Wittich, W. Ulrich von Gatten. Ein geschichtliches Spiel. Preis 1 M.; 16 Rollenexemplare 8 M.
Deutschrift über den Automobil-Platzergoß in Bayern. 68 Seiten. Verlag der Deutschen Motorfahrer-Vereinigung, München.
Berliner Turn- und Sport-Abrechnung 1911. Herausgegeben vom Hauptauschuß zur Förderung von Leibesübungen in Groß-Berlin. Preis 2 M. Verlag von Karl Heymann, Berlin W. 8.

Witterungsübericht vom 4. Juli 1911.

Stationen	Barometer-stand um 9 Uhr	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temperatur in Grad C.	Stationen	Barometer-stand um 9 Uhr	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temperatur in Grad C.
Stettin	771,5		3 mäßig	15	Saparanka	759,9		6 mäßig	14		
Hamburg	773,5		4 mäßig	13	Petersburg	764,5		1 mäßig	15		
Berlin	773,5		4 halb bb.	13	Scilly	775,5		1 halb bb.	13		
Frankfurt	774,5		2 mäßig	12	Aberdeen	767,5		3 mäßig	14		
München	774,5		4 mäßig	11	Oslo	774,5		1 mäßig	13		
Wien	772,5		4 heiter	15							

Wetterprognose für Mittwoch, den 5. Juli 1911.
Etwas wärmer, zunächst ziemlich heiter, später zunehmende Bewölkung und vereinzelte leichte Regenschauer bei mäßigen südwestlichen Winden.
Berliner Wetterbureau.

Verein der Berliner Buchdrucker und Schriftgießer.
Freitag, den 7. Juli, abends 8 Uhr, im kleinen Saal der „Neuen Welt“, Hasenheide:
Außerordentliche General-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Bericht von der Gauvorsichterkonferenz. 2. Geldbewilligungen.
Die Kollegen werden ersucht, sofort ihre Delegierten zu wählen auf Grund des § 4 des Berliner Vereins-Statuts. (Auf je 10 Mitglieder 1 Delegierter.)
Die Kandidatenlisten und die Druckerlisten unter 5 Mitglieder wählen ihre Delegierten in der Versammlung, die am Donnerstag, den 6. Juli, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus stattfindet.
Die Delegiertenlisten sind vom Mittwoch früh an auf der Verwaltung zu haben. Alle Druckerlisten müssen ihre Karten selbst abholen.
Der Gauvorstand. J. A.: Rastini.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Verwaltung Berlin.
Mittwoch, den 5. Juli, abends 8 1/2 Uhr, bei Vandersee, Holzmarktstraße 3:
Vertrauensmänner-Versammlung
der Küchenmöbel-Tischler.

Tagesordnung:
1. Bericht des Obmannes. 2. Bericht der Werkstatt-Vertrauensleute. 3. Verhandlungsangelegenheiten.
Achtung, Bibliothek! Wegen Inventur und Herstellung eines neuen Katalogs bleibt die Bibliothek im Juli und August geschlossen! Alle noch ausstehenden Bücher müssen umgehend eingeliefert werden.
Die Ortsverwaltung.

Einsetzer.
Donnerstag, den 6. Juli, abends 7 1/2 Uhr:
Bezirks-Versammlungen
in folgenden Lokalen:
1. Bezirk: Merkwski, Andreasstraße 26.
2. " Gliese, Koppenhagener Straße 74.
4. " Preil, Niddorf, Rosenstraße 24.
6. " Wig, Staliger Straße 59.
7. " Lunak, Charlottenburg, Wielandstr. 4.
8. " Melzer, Biesenstraße 29.
Sonntag, den 9. Juli, vormittags 9 Uhr
3. Bezirk: Sauer, Lebehofstraße 21.
5. " Wiemer, Bülowstraße 58.
Billetts zur Dampferpartie müssen in diesen Versammlungen abgerechnet werden.

Westmanns Trauermagazin
Extra-Abteilung
I. Gesch.: Berlin W., Mohrenstraße 37a (2. Haus von der Jerusalemstraße).
II. Gesch.: Berlin NO., Große Frankfurt-Str. 115 (2. Haus von der Andreasstraße).
Sehr gr. Ausw. fert. Kleider, Hüte, Handschuhe, Schleier etc. v. einfachsten bis zum hocheleganten Genre zu äußerst niedrigen Preisen.
Sonder-Abteilung:
Maßanfertigung in 10 bis 12 Stunden.

Todes-Anzeigen

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berliner Reichstagswahlkreis.
Köpenicker Viertel, Bezirk VII.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Glasvermeister
Wilhelm Hünecke
(Oppelner Str. 47)
gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 6. Juli, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Thomaskirchhofes in Niddorf, Hermannstraße, aus statt.
Der Vorstand.

Am 2. Juli, dem Tage seines 50jährigen Buchdruckerjubiläum, verschied nach kurzer, schwerer Krankheit unser lieber Kollege, der Korrektor
Martin Mehl
im 67. Lebensjahre. 25936
Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm
Das Personal der Königl. Hofbuchdruckerei E. S. Mittler & Sohn.
Die Beerdigung findet heute Mittwoch, den 5. Juli, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Kapelle des Kirchhofes der Jerusalem- und Neuen Kirche, Hermannstraße 84/90, aus statt.

Nachruf!
Sozialdemokratischer Wahlverein Nieder-Barnim.
Bezirk Neuenhagen a. Ostb.
Nach kurzem Krankenlager verschied am Sonntag, den 2. Juli, im Krankenhaus zu Alt-Landsberg unser Mitglied, der Schlichter
Richard Blümel
im Alter von 21 Jahren.
Ehre seinem Andenken!

Sozialdemokrat. Wahlverein Köpenick.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Schlosser
Andreas Poltyniack
verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 5. Juli, nachmittags 5 Uhr, vom Trauerhause Kaiserin-Auguste-Victoria-Str. 4, aus statt.
Die Genossen und Genossinnen werden ersucht sich zahlreich zu beteiligen.
Der Vorstand.

Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter und verwandter Berufsgenossen.
Zahlstelle Berlin.
Den Mitgliedern diene zur Nachricht, daß der Kollege, Brauer
Oskar Weißbach
(Bahnhöfer NW.)
am 2. Juli gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 5. Juli, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Landau-Kirchhofes in Pläthensee aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
43/10 Die Ortsverwaltung.

Zentralverband der Dachdecker
Verwaltungsstelle Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege
Ferdinand Neubauer
am 2. Juli verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Markus-Kirchhofes in Hohen-Schönhausen, Berliner Str. 33/34, aus statt.
Recht tege Beteiligung erwartet
54/14 Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Nachruf.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schlichter
Richard Blümel
am 2. d. M., an Nippenentzündung gestorben ist.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Dreckschleifer
Karl Thuar
am 2. d. Mts. im Alter von 76 Jahren verstorben ist.
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 5. d. Mts., nachmittags 1 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Georgen-Kirchhofes, Landberger Allee, aus statt.
Ehre seinem Andenken!
Der Vorstand.

Am Sonnabend früh 7 Uhr verschied nach langem schweren Leiden mein innigstgeliebter Mann, mein lieber, guter Vater, der Biervermacher
Jakob Moos
im 47. Lebensjahre. 2586b
Dies allein tiefbetrübt an Frau **Ella Moos** geb. Ködiger und Tochter **Frida**.
Spandau, 3. Juli 1911.
Die Beerdigung findet heute Mittwoch, nachmittags 3 Uhr, in Spandau von der Leichenhalle auf dem Friedhof in den Kiefern aus statt.

Todes-Anzeigen.
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 5. Juli, nachmittags 5 Uhr, vom Trauerhause Kaiserin-Auguste-Victoria-Str. 4, aus, nach dem Gemeindefriedhof statt.
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 5. Juli, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Neuen Jacobi-Kirchhofes in Niddorf, Hermannstraße, aus statt.
Rege Beteiligung erwartet
Die Ortsverwaltung.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Präsekluscher
Friedrich Krüger
am 29. v. Mts. im Alter von 43 Jahren.
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 6. d. Mts., nachmittags 1 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Döllig-Kirchhofes, Eisenacher Straße, aus statt.
Ehre ihrem Andenken!
Die Ortsverwaltung.

Allen lieben Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß am 3. Juli, nachm. 1/4 Uhr, mein lieber Mann, unser guter Vater, Bruder und Schwager, der Gastwirt
Gustav Lindenhayn
im Alter von 51 Jahren nach langem, schwerem Leiden verstorben ist.
Um dieses Bekleid bitte die trauernde Witwe
Cäcilie Lindenhayn nebst Tochter.
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 6. Juli, nachm. 5 Uhr, auf dem Friedhof in Gilmow statt.
Daufragung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und die Kräftigungen bei der Beerdigung meiner lieben Frau und guten Mutter
Bartha Schmidt
lage hiermit allen Bekannten und Verwandten, sowie dem Wahlverein, Zangensbrüder und Kollegen der Rauhsteinwerke Rosberg meinen innigsten Dank.
Karl Schmidt nebst Tochter.

VEDECI CIGARETTEN
Notre-Gout 3 Pfg.
Notre-Force 4 Pfg.
Sardanapal 5 Pfg.

Ohne jede Anzahlung
verkauft ich **Pianos**
erstklassiges Fabrikat (5mal prämiert Staatsmedaille) in allen Holz- und Stilarten von wunderbarer Tonfülle.
(Flügelton) gegen kleine monatliche Teilzahlung, ohne jeden Preisaufschlag.
Für jedes Instrument gewähre ich 2jähr. schriftl. Garantie.
Conrad Krause Nachf., Ecke Kurfürstenstr. Tel. Charl. 10410.
Auch Sonntags geöffnet.

Die Konfektion meiner Spezialgeschäfte bietet sichere Gewähr für reguläre, haltbare, gediegene Fabrikate!
Mäntel zu M. 2.40. Röcke zu M. 1.25. Blusen zu 95 Pf. führe ich nicht!

WESTMANN
Mohrenstrasse 37a (nahe Jerusalemstr.)
Gr. Frankfurter Str. 115 (nahe Andreasstr.)
8 nur noch 4 Sondertage

Loden-Pelerinen impragniert 9.-, 12.-, 15.-, 21.- sonst z. T. bis 40.-	Kleider nach Original franz. Modellen gearbeitet 30.-, 45.-, 60.-, 85.- sonst z. T. bis M. 100.-	Röcke ausser für Gebirgs. impragniert, praktisch, grau Röcke für Fahrten von M. 5.- bis M. 20.- sonst z. T. bis M. 30.-
Englische Kostüme blau, braun, grau etc. elegant, Schnelarbeit, reizende Ausführungen, auch für starke Damen, darunter Originalmodelle 1.-, 27.-, 32.-, 50.-, 65.- sonst z. T. bis M. 100.-	Leinen-Kostüme mit Kairedeux u. Stickerei wunderbare Ausführungen 7.-, 14.-, 15.-, 28.- sonst z. T. bis M. 60.-	Staub-u. Reisemäntel impragniert aus Kammgarn, Bast, Seide, Komoride, Gloria, Leinen, auch für ganz starke Damen 8.-, 12.-, 16.-, 25.-, 36.- sonst z. T. bis M. 150.-
Tüll- u. Seidenmäntel auf Tafel gefärbt, für stärkste Figuren 30.-, 36.-, 50.-, 65.-, 90.- sonst z. T. bis M. 200.-	Bastseidene Kostüme mit pass. Verzierungen das Elegante der Saison 32.-, 48.-, 60.-, 75.- sonst z. T. bis M. 245.-	Blusen hochschöne Neuheiten in Seide, Baize etc. von M. 3.- bis M. 30.- sonst z. T. bis M. 40.-

Sonntag geöffnet von 9-10, 12-2.
Rein Seidener Paletot-Manicé Duchesse 25 1/2 M.

Kongreß der portugiesischen Sozialisten.

Man schreibt uns aus Lissabon vom 25. Juni: Am 18. und 19. Juni hat der erste sozialistische Kongreß seit Errichtung der Republik stattgefunden.

Sonntag, den 18. Juni, eröffnete Genosse Pereira im Namen des Parteivorstandes die Verhandlungen.

Genosse Cesar Rigueira schlägt betreffs der Haltung der sozialistischen Partei zu dem neuen Regime folgende Resolution vor: Da die Republik seit dem 5. Oktober 1910 in Portugal eingeführt worden ist, hat auch die sozialistische Partei ihre Haltung zu der neuen politischen Situation klarzulegen.

Da aber die Errichtung der Republik eine Notwendigkeit geworden war infolge der jammervollen Lage, in der sich das Land unter der Monarchie befand, da ferner die republikanische Staatsform größere öffentliche Bewegungsfreiheit gewährt und der sozialistischen Betätigung größeren Spielraum läßt, entscheidet sich der vierte portugiesische Sozialistenkongreß während der ersten Etappe der republikanischen Periode und vor Eröffnung der konstituierenden Nationalversammlung für eine Unterstützung der portugiesischen Republik.

Der Kongreß erklärt, daß die sozialistische Partei bedingungslos für die portugiesische Republik eintritt, um ihren weiteren Ausbau herbeizuführen und sie gegen alle Angriffe zu verteidigen, die gegen sie ausgeführt werden.

Defensionsrecht behält sich die sozialistische Partei volle Aktionsfreiheit für den Klassenkampf vor, da sie ihr Ziel in der radikalen Umgestaltung der Gesellschaft bis zur Errichtung der sozialen Republik erblickt.

Eine andere vom Genossen Theodoro Ribeiro vorgelegte Resolution erklärt sich mit der Errichtung der Republik einverstanden, die die Nation von der veralteten monarchischen Verdrückung befreit hat.

Ribeiro entbietet den portugiesischen Revolutionären seinen Gruß, die am Morgen des 5. Oktober 1910 die Republik proklamierten, er ehrt die Gefallenen und bietet den bestehenden Staatseinrichtungen seine Unterstützung durch Wort und Tat an, für den Fall, daß man durch politische oder religiöse Umtriebe eine Wiederkehr der alten reaktionären Zustände erstreben sollte.

Genosse Fernand Albes protestierte gegen die Ausweisungandrohung, die die Regierung gegen Pietro Gollimotti ausgesprochen hatte, falls er „als Fremder“ an dem Kongreß teilnehmen würde.

Genosse Miguel Antonio Lopez legt einen Antrag vor, nach dem der Nationalkongreß der portugiesischen Sozialisten den Proletariern aller Länder seinen Gruß entbietet und gelobt, alles zu tun, was zur politischen und wirtschaftlichen Befreiung der Arbeiterklasse führen kann.

Am zweiten Verhandlungstage entspann sich eine Diskussion über die Landarbeiterfrage; die schwierige Situation zwingt zunächst zur Organisierung einer großzügigen Auslöschungaktion in den ländlichen Gegenden.

Genosse Dr. Costa junior wendete sich gegen das Rekrutierungsgesetz, unter dem in erster Linie das Proletariat zu leiden hat.

Eugenie Maria verlangt von dem neuen sozialistischen Abgeordneten, daß er sich im Parlamente besonders der proletarischen Frauen annehmen solle.

Der Abg. Manuel José da Silva weist auf die Unfähigkeit der Republik hin und erklärt, daß die Revolutionäre von gestern, die heute die Macht in den Händen haben, keines der gegebenen Versprechen halten werden.

Ein Antrag, den ersten sozialistischen Abgeordneten beim ersten Gange zum Parlament zu begleiten, wird einstimmig angenommen. Bei der Wahl des „Conselho central“ (Parteivorstandes) werden die Genossen Pereira, Bombo, dos Santos, Rigueira, Varas, Canellas und Logiata gewählt.

Am dritten Verhandlungstage (19. Juni) berichtete der Vorsitzende Albes über die Demonstration, als man Genossen Silva zum Parlament geleitete. Mehr als 3000 Personen haben unter lauten Zurufen daran teilgenommen.

Das von Genossen Ladislau Batalha vorgefaslagene Parteistatut wird angenommen. Kurz vor Schluß der Sitzung schmitt man noch die Frage der genossenschaftlichen Organisation an.

Der nächste Kongreß soll in Oporto stattfinden. Unter Hochrufen auf die sozialistische Partei, auf die Internationale und die Republik wird der Kongreß geschlossen.

Zum ersten Male sind so zufriedenstellende Resultate auf einem sozialistischen Kongreß in Portugal zu Stande gekommen. Während der ganzen Verhandlungen herrschte Begeisterung, Einigkeit und Disziplin. Das endlich erwachte Proletariat Portugals erkennt, daß der sozialistischen Partei die Zukunft gehört und diese Erkenntnis ist die Saat für eine kommende Ernte.

Marktpreise von Berlin am 3. Juli 1911, nach Ermittlung des Reichlichen Preisprüfungsamtes. Marktpreise von Berlin am 3. Juli 1911, nach Ermittlung des Reichlichen Preisprüfungsamtes.

Table with 4 columns: Wasserstand, am, seit, and Wasserstand. It lists water levels for various locations like Remel, Uff, Uffel, Jüterburg, etc.

Theater und Vergnügungen

Vertical list of theater advertisements including: Neues königliches Opernhaus, Romische Oper, Neues Schauspielhaus, Neues Theater, Passage-Panoptikum, Passage-Theater, Schiller-Theater, Reichshallen-Theater.

Urania. Wissenschaftliches Theater. Taubenstraße 48/49. Abends 8 Uhr: Lebende Tierbilder von nah und fern.

Passage-Panoptikum. Die Neger-Riesin. Abomah, die größte Frau, die je gelebt.

Passage-Theater. Abends 8 Uhr: Toni Thoms Jim u. Jam The Hevaldos Comp. u. d. Varieté-Festspiel-Prgr.

Metropol-Theater. Hoheit amüsiert sich! Operette in 3 Akten von A. Freund.

Neues Kgl. Opern-Theater (Kroll). Mittwoch, den 5. Juli, abends 7 Uhr: Siegfried.

Neues Theater. 8 Uhr. Heute und folgende Tage: Der Rodelzigeuner.

Folies Caprice. Täglich 8 1/2 Uhr: Parisiana-Ensemble.

Luna-Park. Sensationelle Attraktionen. Johnstowns Untergang, Cairo, Lachhaus, Hippodrom Lehmann, Tanagra-Theater, Teufelsrad, Moulin rouge, Gebirgsbahn, Wasserrutschbahn u. v. a.

Neue Welt. Amerikanischer Vergnügungspark, Hasenheide. Sensationelle Attraktionen. Gebirgsbahn, Wasserrutschbahn, Liebesmühle, Teufelsrad u. a.

Trianon-Theater. Heute und folgende Tage: Das Prinzenchen.

LA TORTAJADA. Die 7 Korinthen, klassische Tänze. Kaufmanns Lady cycle troupe. De Dio.

Max Kliems Sommer-Theater. Rudolf Krüger, Hasenheide 13-15. Täglich: Erklaffige Theater- und Spezialitäten-Vorstellungen.

Voigt-Theater. Gesundheitsbrunn, Badstraße 58. Mittwoch, den 5. Juli: Große Elite-Vorstellung. Goldene Jugend.

Apollo Theater. 8 Uhr: Das vollständig neue Programm. Ensemble-Gastspiel Harry Walden in Sein Herzensjunge.

Admiralspalast. Am Bahnhof Friedrichstraße. Eis-Arena. Geöffnet v. 10 Uhr vorm. In der heißen Jahreszeit angenehm kühler Aufenthalt.

Moabiter Wintergarten Artus-Hof. Parloberger Str. 26, Stendaler Str. 18. Spezialitäten-Vorstellung.

Noacks Theater. Direktion: Robert Dill. Berlin N., Brunnenstraße 16. Wenn ich im Garten! Wenn ich nicht im Garten!

Königsstadt-Kasino. Holzmarktstr. 72. Jede 14 Tage: Goldene Jugend.

Volksgarten-Theater. Mittwoch, den 5. Juli: Leonore oder Die Grabesbrant.

Café Bellevue. Kummelsburg am See. Inh.: G. Tempel. Jeden Sonntag: Spezialitäten-Vorstellung u. Gartenkonzert.

Berliner Prater-Theater. Kastanienallee 7-9. Täglich: Die drei Grazien.

Stadt-Theater Moabit. Alt-Moabit 47/48. Donnerstag, den 6. Juli 1911: Theater und Spezialitäten.

Abzahlungsgeschäfte

Credit-Haus Bellealliance... Berliner Credit-Haus... Credit-Haus Moabit...

Lubascher, S. Spandau... Rixdorf und Süd-Ost... Alkoholfreie Getränke...

Sinalco (Bilzbrause) Gen.-Vertret. Otto Starick... Franz Abraham... Si-Si...

Arbeiter-Bekleidung... F. Falk!... Rohnen & Jöring... Bäckereien, Konditor...

Blottner's Großbäckerei... Arnold Bonstors... Brotfabrik... Buehl & Sohn...

Großbäckerei Max Boche... Engel's Landbrot... Brotfabrik... Buehl & Sohn...

Gaedicke's Bäckerei... O. Pritschke... Alfred Graf... Oskar Hanke's Brothäcker...

Herberg, Paul, Amsterd. Str. 29... Oscar Hildebrandt... Carl Kappler... Naemp, Bäckerei, Köpenick...

Rich. Liebenow... Landrot-Großbäckerei... Normann Lebel... Lichtenberger Brotfabrik...

Das gesündeste und billigste... R. Banke... Länge, Solmsberg... Wende, A., Optiker...

Reiche, A. Seydelstraße 24... Biedig-Anst. Sargm... Berndt, W. Pflanzstr. 7...

Max Fuchs... Gust. Herold... Hecke, Fr. G. Hamburgerstr. 47... Otto Löwenstein...

Max Fuchs... Gust. Herold... Hecke, Fr. G. Hamburgerstr. 47... Otto Löwenstein...

Max Fuchs... Gust. Herold... Hecke, Fr. G. Hamburgerstr. 47... Otto Löwenstein...

Max Fuchs... Gust. Herold... Hecke, Fr. G. Hamburgerstr. 47... Otto Löwenstein...

Max Fuchs... Gust. Herold... Hecke, Fr. G. Hamburgerstr. 47... Otto Löwenstein...

Max Fuchs... Gust. Herold... Hecke, Fr. G. Hamburgerstr. 47... Otto Löwenstein...

Max Fuchs... Gust. Herold... Hecke, Fr. G. Hamburgerstr. 47... Otto Löwenstein...

Max Fuchs... Gust. Herold... Hecke, Fr. G. Hamburgerstr. 47... Otto Löwenstein...

Erscheint 2 mal wöchentlich.

Albert Manthey, Falkensteinstr. 37... Mollweide's Bw. Bäckerei... O. Nachtigall...

Bäckerl. Nordstern... Peter's Großbäckerei... in allen Stadtteilen...

Conrad Richter... Max Sander... Otto Scilatt... Gustav Schulz...

P. Springer... Paul Stenzel... Thoma's Bw. Bäckerei... Ernst Troitz...

Ferd. Taschetsch... C. Vogt, Wellensee... Jos. Wagenknecht...

Heinrich Wittler... Arons-Bad... Augusta-Bad... Köpenick-Bad...

Bürger-Bad... Canitz-Bad... Central-Bad... Central-Bad Pankow...

Erstes Lohtannin-Bad... Bad Frankfurt... Bad Friedrichshagen... Gelsen-Bad...

Hohentauern-Bad... Gelsen-Bad... Hildand-Bad... Kur-Bad...

Kur-Anstalt, Löser... Kuranstalt M. Schulz... Köhn's Samariter-Bad... Had Meyers Hof...

National-Bad... Neander-Bad... Neptun-Bad... Nord-Ost...

Bad Ostend... Passage-Bad... Reform-Bad... Russen-Bad...

Schiller-Bad... Silesia-Bad... Spandauer-Bad... Viktoria-Bad...

Wiktoria-Bad... Rado-Einrichtungen... Das gesündeste und billigste...

R. Banke... Länge, Solmsberg... Wende, A., Optiker... Reiche, A. Seydelstraße...

Biedig-Anst. Sargm... Berndt, W. Pflanzstr. 7... Max Fuchs... Gust. Herold...

Hecke, Fr. G. Hamburgerstr. 47... Otto Löwenstein... Max Fuchs... Gust. Herold...

Hecke, Fr. G. Hamburgerstr. 47... Otto Löwenstein... Max Fuchs... Gust. Herold...

Hecke, Fr. G. Hamburgerstr. 47... Otto Löwenstein... Max Fuchs... Gust. Herold...

Bezugsquellen-Verzeichnis.

Beleucht.-Gegenst. Bunzel, R. Rixdorf... Kronen-Grossmann... Loewer, A. Vorwärts...

Schuch, M. Rixdorf... Wecker, A. Köpenick... Wilh. Scholem... Kottbusdamm 94...

W. Adelung & A. Hoffmann... Nordstern... Pomorski, Paul... W. Riesner...

Schröter, R. 35... A. Talman... Uhly & Wolfram... Vereinigte Pommersche Meiereien...

Gesund... Cylix, G. Filialen in... Die Fabrikate der 'Sarotti'...

Goldbier... Berliner Unions-Brauerei... S. D. Moewes... Mönchener Brauhaus...

Oskar Beck... Paul Zutermaun... Drogen u. Farben... Adler-Drogerie...

August Holtz... Kosmala, E. 4... Georg Lemke... Butterhandlung...

Maeding, J. Markthalle... Nordstern... Pomorski, Paul... W. Riesner...

Schröter, R. 35... A. Talman... Uhly & Wolfram... Vereinigte Pommersche Meiereien...

Gesund... Cylix, G. Filialen in... Die Fabrikate der 'Sarotti'...

Goldbier... Berliner Unions-Brauerei... S. D. Moewes... Mönchener Brauhaus...

Blusen u. Kostüme... Paul Zutermaun... Drogen u. Farben... Adler-Drogerie...

August Holtz... Kosmala, E. 4... Georg Lemke... Butterhandlung...

Maeding, J. Markthalle... Nordstern... Pomorski, Paul... W. Riesner...

Schröter, R. 35... A. Talman... Uhly & Wolfram... Vereinigte Pommersche Meiereien...

Gesund... Cylix, G. Filialen in... Die Fabrikate der 'Sarotti'...

Goldbier... Berliner Unions-Brauerei... S. D. Moewes... Mönchener Brauhaus...

Untenstehende Geschäfte

Brennabor... Paul Friedrich... C. Gerlach... Gerhardt...

Klinik d. Westens... Ernst Machnow... Wandell... Feuerwerk...

Feuerwerkskörper... Färberien, Wäscher... H. Bergmann... Dampfwascherei...

Dampfwascherei... Dampfwascherei... Dampfwascherei... Dampfwascherei...

Fleisch- u. Wurst-Centrale

Brunnenstraße 78... Paul Friedrich... C. Gerlach... Gerhardt...

Klinik d. Westens... Ernst Machnow... Wandell... Feuerwerk...

Feuerwerkskörper... Färberien, Wäscher... H. Bergmann... Dampfwascherei...

Dampfwascherei... Dampfwascherei... Dampfwascherei... Dampfwascherei...

Wiedmanns Wurstwaren... Wurst-Centrale... Wurst-Speck-Schinken...

Streng reell u. preiswert l. d. Firma... Heiner Forerster... Bazar Norden...

Gebr. A. & J. Podzuweit... L. Sager & Co. Kolonialwaren...

Paul E. Maass... Ruppiner Str. 24... Otto Wehnert... Lehranstalt...

Zuschnido-Schule des... Dir. Körsers... Handels-Akademie...

Schrammowki F. Frick-Chaussee... Spezial-Mehlhandlung... Steglitzer Mehlhandlung...

Nähmaschinen... Singer Nähmaschinen... Optiker...

Glas u. Porzellan... Floeder & Kroll... Gramoph. Sprechm...

Hansen, Hut-Centrale... Kehr-Hüte... Mandel's Hutfabrik...

Abend, R., Rumbg., Senzstr. 4... Otto Albrecht, Lychenerstr. 11... Herm. Schupke & Co. G. m. b. H. N. 30...

Julius Plotke... Herm. Radke, Cöpenick... J. F. Rauch Nfg... F. O. Richter...

Herz, Nerv., Hagen, Darm... Linolium u. Wachs... Häntsch Wellense, Berliner...

Möbelmagazine... Charlottenburg... Brandt, Max... Burggraf, Gebr...

Putzmittel... Saffin, bester Schubputz... Solano, best. Metallputz...

Phonographen-Katz... Arthur Kühn... Haus- u. Küchengeräte...

Oscar Ortman... Panama-Jakob... Peters, A. Mar...

August Dankert... Joh. Eichler... A. Fiebach Nachf... Vester, E...

W. Schwarze... Curt Seeling... Curt Stubbhagen... Berth. Uhrmacher...

M. Anders... Bethke, Georg... Gage, Otto... Paul Gage, Spandau...

W. Gabbert... Graff & Heyn... H. Gabel... H. Hertel, R...

Restorhandlungen... Ernst Adam, Friedrichshagen... Ascher, E...

Dähnert, O... Klieben-Schreiber... Sandow, F... Otto Sandow Nachf...

Rieck, Em... Vereinigte Hut-Campagne... A. Kobbelt... Oskar Krösche...

Goetsch, Ernst... Max Häusler & Co... Ad. Hedwig, Auguststr. 81...

Wittenbeck, Fr... Metzners... Kinderwagen... Metzners...

Friedrichsohn... Gage, Otto... Paul Gage, Spandau... Hugo Gessler...

Misch... Möbel-Fabrik... Nagott, R... Neumann, M...

Schuhwaren, Schuhm... Ed. Drechsler... Reetz, Max Spandau...

„Stottern“... Herron-Artikel... Anton, Schönhauser Allee 116...

Kaffee-Spezialgesch... K. Kurtzahn... Adolf Hirsch, Ober-Schöneweide...

Goetsch, Ernst... Max Häusler & Co... Ad. Hedwig, Auguststr. 81...

Wittenbeck, Fr... Metzners... Kinderwagen... Metzners...

Friedrichsohn... Gage, Otto... Paul Gage, Spandau... Hugo Gessler...

Misch... Möbel-Fabrik... Nagott, R... Neumann, M...

Schuhwaren, Schuhm... Ed. Drechsler... Reetz, Max Spandau...

Herron-Artikel... Anton, Schönhauser Allee 116... Magasin England...

Kaffee-Spezialgesch... K. Kurtzahn... Adolf Hirsch, Ober-Schöneweide...

Goetsch, Ernst... Max Häusler & Co... Ad. Hedwig, Auguststr. 81...

Wittenbeck, Fr... Metzners... Kinderwagen... Metzners...

Friedrichsohn... Gage, Otto... Paul Gage, Spandau... Hugo Gessler...

Misch... Möbel-Fabrik... Nagott, R... Neumann, M...

Schuhwaren, Schuhm... Ed. Drechsler... Reetz, Max Spandau...

Herron-Artikel... Anton, Schönhauser Allee 116... Magasin England...

Kaffee-Spezialgesch... K. Kurtzahn... Adolf Hirsch, Ober-Schöneweide...

Goetsch, Ernst... Max Häusler & Co... Ad. Hedwig, Auguststr. 81...

Wittenbeck, Fr... Metzners... Kinderwagen... Metzners...

Friedrichsohn... Gage, Otto... Paul Gage, Spandau... Hugo Gessler...

Misch... Möbel-Fabrik... Nagott, R... Neumann, M...

Schuhwaren, Schuhm... Ed. Drechsler... Reetz, Max Spandau...

Herron-Artikel... Anton, Schönhauser Allee 116... Magasin England...

Kaffee-Spezialgesch... K. Kurtzahn... Adolf Hirsch, Ober-Schöneweide...

Goetsch, Ernst... Max Häusler & Co... Ad. Hedwig, Auguststr. 81...

Wittenbeck, Fr... Metzners... Kinderwagen... Metzners...

Friedrichsohn... Gage, Otto... Paul Gage, Spandau... Hugo Gessler...

Misch... Möbel-Fabrik... Nagott, R... Neumann, M...

Schuhwaren, Schuhm... Ed. Drechsler... Reetz, Max Spandau...

Herron-Artikel... Anton, Schönhauser Allee 116... Magasin England...

Kaffee-Spezialgesch... K. Kurtzahn... Adolf Hirsch, Ober-Schöneweide...

Goetsch, Ernst... Max Häusler & Co... Ad. Hedwig, Auguststr. 81...

Wittenbeck, Fr... Metzners... Kinderwagen... Metzners...

Friedrichsohn... Gage, Otto... Paul Gage, Spandau... Hugo Gessler...

Misch... Möbel-Fabrik... Nagott, R... Neumann, M...

Schuhwaren, Schuhm... Ed. Drechsler... Reetz, Max Spandau...

Herron-Artikel... Anton, Schönhauser Allee 116... Magasin England...

Kaffee-Spezialgesch... K. Kurtzahn... Adolf Hirsch, Ober-Schöneweide...

Goetsch, Ernst... Max Häusler & Co... Ad. Hedwig, Auguststr. 81...

Wittenbeck, Fr... Metzners... Kinderwagen... Metzners...

Friedrichsohn... Gage, Otto... Paul Gage, Spandau... Hugo Gessler...

Misch... Möbel-Fabrik... Nagott, R... Neumann, M...

Schuhwaren, Schuhm... Ed. Drechsler... Reetz, Max Spandau...

Partei-Angelegenheiten.

Charlottenburg. Heute, Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr, im Volks-

Panlow. Morgen, Donnerstag, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal von

Zegel. Am Sonntag, den 9. Juli, findet im Lokal „Waldfischhof“

Berliner Nachrichten.

Der Eifer eines prägelenden Pädagogen

hat kürzlich bei dem Ausflug einer Schule, an dem auch Eltern

Aus Charlottenburg hatte die 7. Knaben-Gemeinschaft

Die Frage nach dem Grund der Verurteilung erscheint uns dies-

Die Frage nach dem Grund der Verurteilung erscheint uns dies-

Die Frage nach dem Grund der Verurteilung erscheint uns dies-

Die Frage nach dem Grund der Verurteilung erscheint uns dies-

Die Frage nach dem Grund der Verurteilung erscheint uns dies-

Die Frage nach dem Grund der Verurteilung erscheint uns dies-

Die Frage nach dem Grund der Verurteilung erscheint uns dies-

Die Frage nach dem Grund der Verurteilung erscheint uns dies-

Die Frage nach dem Grund der Verurteilung erscheint uns dies-

Die Frage nach dem Grund der Verurteilung erscheint uns dies-

Die Frage nach dem Grund der Verurteilung erscheint uns dies-

Die Frage nach dem Grund der Verurteilung erscheint uns dies-

Die Frage nach dem Grund der Verurteilung erscheint uns dies-

Die Frage nach dem Grund der Verurteilung erscheint uns dies-

Die Frage nach dem Grund der Verurteilung erscheint uns dies-

Die Frage nach dem Grund der Verurteilung erscheint uns dies-

Die Frage nach dem Grund der Verurteilung erscheint uns dies-

Die Frage nach dem Grund der Verurteilung erscheint uns dies-

Die Frage nach dem Grund der Verurteilung erscheint uns dies-

Die Frage nach dem Grund der Verurteilung erscheint uns dies-

Die Frage nach dem Grund der Verurteilung erscheint uns dies-

Die Frage nach dem Grund der Verurteilung erscheint uns dies-

Die Frage nach dem Grund der Verurteilung erscheint uns dies-

Die Frage nach dem Grund der Verurteilung erscheint uns dies-

Die Frage nach dem Grund der Verurteilung erscheint uns dies-

erlitt. Der Verunglückte wurde nach der Unfallstation am Tempel-

Ein zweiter derartiger schwerer Unfall trug sich gegen 1/2 1 Uhr

Am Nachmittag desselben Tage wurde die 38 Jahre alte Ehefrau

Die Aufhebung des Schaufenster-Verhängungszwanges an den

Was bei polizeilichen Sittierungen möglich ist!

Ein Vorgang, der beispiellos dasteht, bildete am Dienstag in

der Gegend vor dem Schlesischen Tor das Tagesgespräch. Eine in der

Ein bedauerlicher Unfall ereignete sich gestern mittag in der

Ein bedauerlicher Unfall ereignete sich gestern mittag in der

Ein bedauerlicher Unfall ereignete sich gestern mittag in der

Ein bedauerlicher Unfall ereignete sich gestern mittag in der

Ein bedauerlicher Unfall ereignete sich gestern mittag in der

Ein bedauerlicher Unfall ereignete sich gestern mittag in der

Ein bedauerlicher Unfall ereignete sich gestern mittag in der

Ein bedauerlicher Unfall ereignete sich gestern mittag in der

Ein bedauerlicher Unfall ereignete sich gestern mittag in der

Ein bedauerlicher Unfall ereignete sich gestern mittag in der

Ein bedauerlicher Unfall ereignete sich gestern mittag in der

Ein bedauerlicher Unfall ereignete sich gestern mittag in der

Ein bedauerlicher Unfall ereignete sich gestern mittag in der

Ein bedauerlicher Unfall ereignete sich gestern mittag in der

Ein bedauerlicher Unfall ereignete sich gestern mittag in der

Ein bedauerlicher Unfall ereignete sich gestern mittag in der

Ein bedauerlicher Unfall ereignete sich gestern mittag in der

Ein bedauerlicher Unfall ereignete sich gestern mittag in der

Ein bedauerlicher Unfall ereignete sich gestern mittag in der

Ein bedauerlicher Unfall ereignete sich gestern mittag in der

Ein bedauerlicher Unfall ereignete sich gestern mittag in der

Ein bedauerlicher Unfall ereignete sich gestern mittag in der

Ein bedauerlicher Unfall ereignete sich gestern mittag in der

Ein bedauerlicher Unfall ereignete sich gestern mittag in der

Vorort-Nachrichten.

Rigdorf.

Wie Vertreter der ersten und zweiten Wählerklasse ein

Der letzte Stadterordnetenversammlung vor den Ferien war

Die Frage nach dem Grund der Verurteilung erscheint uns dies-

Die Frage nach dem Grund der Verurteilung erscheint uns dies-

Die Frage nach dem Grund der Verurteilung erscheint uns dies-

Die Frage nach dem Grund der Verurteilung erscheint uns dies-

Die Frage nach dem Grund der Verurteilung erscheint uns dies-

Die Frage nach dem Grund der Verurteilung erscheint uns dies-

Die Frage nach dem Grund der Verurteilung erscheint uns dies-

Die Frage nach dem Grund der Verurteilung erscheint uns dies-

Die Frage nach dem Grund der Verurteilung erscheint uns dies-

Die Frage nach dem Grund der Verurteilung erscheint uns dies-

Die Frage nach dem Grund der Verurteilung erscheint uns dies-

Die erste Sitzung dieser Kommission hat in geradezu über- raschender Weise wieder einmal den Beweis dafür erbracht, daß in- bezug auf Mäßigkeit und Mangel an sozialer Einsicht die bürgerlichen Mitglieder der Riddorfer Stadtverordnetenversammlung in Groß-Berlin nicht mehr zu übertraffen sind.

Nachdem Herr Stadtrat Dr. Glüsmann in eingehender Weise der Kommission eine Rentabilitätsberechnung des Heimes gegeben und dabei versichert, daß das Heim nicht als Wohlthätigkeitsanstalt, sondern als Wohlfahrtsanstalt gedacht sei, bei der die Pen- sionärinnen ein angemessenes Entgelt von 8—12 M. monatlich, je nach Lage des Einzelzimmers leisten müßten, ersuchte er die Kom- mission das Projekt mit dem gebührenden Wohlwollen zu fördern. In der Diskussion wurde vom Stadtrat Kroschlich der Befürchtung Ausdruck gegeben, daß sich die Inassen des Heimes wohl nicht ver- zogen und daß sich bessere Kontoristinnen ein solches Zimmer nicht leisten würden. Im Charlottenburger Ledigenheim für Männer sei dies etwas anderes, da sich Männer eher vertragen wie Frauen.

War eine solche Ansicht noch zu erklären aus einer Kleinbörger- lichen, das Weib völlig falsch beurteilenden rüchständigen Weltan- schauung, so mußte das, was die Herren Serno und Gröppler sich zu behaupten erlaubten, völlig anders bewertet werden.

Herr Gröppler warf die Frage auf, ob Riddorf überhaupt nötig habe ein Heim zu erbauen, in das vielleicht Damen der Berliner Geschäfte oder gar solche der Halbwelt einzutreten werden. Im übrigen malte er die tollsten Orgien an die Wand; bald würde es durch den ständigen Streit und Krakeel, der in einem solchen Heim unter den Frauenpersonen herrsche, dahin kommen, daß eine Polizeiwache installiert werden müsse. Und diese Behauptung wagte Herr Gröppler aufzustellen, trotzdem der Referent betont hatte, daß sich der Magistrat auf die Verwaltung des Heimes einen entscheidenden Einfluß sichern werde. Gleich Herrn Gröppler versuchte Herr Serno in der ihm eigenen Geschicklichkeit die das Heim beziehenden Mädchen als sittlich fragwürdig hinzustellen; im übrigen werde die Stadt ihre liebe Not haben, die Riete zu bekommen. Ermittlung en masse würde dann die Folge sein.

Von unseren der Kommission angehörenden Genossen wurde den beiden Herren sowie dem Stadtrat Warkner, der für die in Frage kommenden Mädchen ein städtisches Obdach zu errichten befürwortete, gehörig heimgegesucht.

Mit Recht wies auch noch Stadtrat Dr. Glüsmann darauf hin, daß wenn Riddorf diese Stiftung ausschläge, Schöneberg oder Charlottenburg ein solches Ledigenheim errichten würden.

Herr Glüsmann hätte hinzufügen können, daß sich die bürger- lichen Stadtverordneten dieser Städte nicht durch eine solche Rüch- ständigkeit auszeichnen wie ihre Kollegen in Riddorf.

Nach vor einigen Wochen pries es das „Riddorfer Tageblatt“ als eine Großtat, daß die alte bürgerliche Fraktion Anmelde- stellen für kommunale Wünsche in den verschiedenen Stadtbezirken errichtet habe, um der Bürgerschaft Gelegenheit zu geben, Wünsche und Anregungen an geeigneter Stelle anzubringen. Als eine solche geeignete Stelle wurde u. a. auch Herr Serno an- gegeben.

Nun weiß es die Riddorfer Bürgerschaft, was sie von solcher Anmeldestelle für kommunale Wünsche zu halten habe.

Herr Dr. Glüsmann will nun noch einmal versuchen, die dem Ledigenheim feindlich gesinnten Mitglieder der Kommission durch eine Beschäftigung des Charlottenburger Heims zu gewinnen, ob ihm dies gelingen wird, wagen wir stark zu bezweifeln. Denn am liebsten hätten die bürgerlichen Herren gleich durch Abstimmung dokumentiert, daß man sie mit einem solchen Ledigenheim gefälligst in Ruhe lassen soll.

Charlottenburg.

Durch dreifachen Alarm wurde gestern mittag 11 1/2 Uhr die Charlottenburger Feuerwehr nach der Goethestraße 88 an der Sebnitzstraße gerufen. Als die Jäger aus der Haupt- und Ostwache dort eintrafen, stand der Dachstuhl des Vorderhauses in großer Ausdehnung in Flammen. Da das Feuer auch für die angrenzenden Gebäude sehr bedrohlich aussah, ließ der Brandinspektor sofort mit vier Schlauchleitungen Wasser geben, die von der Dampfspritze ge- speist wurden. Die Hochleiter drangen teils über eine mechanische Leiter, teils über die Treppen gegen den Brand vor und brachten ihn nach einflüchtiger Vörsichtigkeit zum Stehen. Von dem Dach- stuhl des Vorderhauses ist aber nur wenig gerettet worden. Die Ursache des Feuers konnte noch nicht ermittelt werden. Mit den Aufräumarbeiten hatte die Wehr noch bis in den Spätnachmittag hinein zu tun.

Lichtenberg.

Der erste Bürgermeister Herr Zietzen ist aus Anlaß der am Montag erfolgten Grundsteinlegung zum städtischen Krankenhaus zum Oberbürgermeister ernannt worden. Die bürgerlichen Herren Schachtel, Plonz, Hoch und Genossen werden sich wundern, daß außergerichtet der durch sie verschleppte Krankenhausbau der An- laß zu diesem Ehrentitel ist.

Treptow-Baumshulenberg.

Aus der Gemeindevertretung. Zum Vorsitzenden des Gewerbe- und Kaufmannsgerichts wurde Herr Bürgermeister Schablow, zum Stellvertreter Herr Schöffe Dr. Riese gewählt. Für die Privat-Mädchenkurse, die am 1. Oktober von der Gemeinde über- nommen wird, werden zur Neueinrichtung einer Klasse 150 Mark bewilligt. Das Realgymnasium besteht jetzt aus drei Klassen (Sexta, Quinta, Quarta), mit zusammen 116 Schülern. Nach dem Voranschlag rechnete man mit 180 Schülern. Zur Anschaffung von Schulbüchern für die Aula werden 500 Mark bewilligt. Der Verein Motes Kreuz unterhält in Treptow mehrere Landkolonien und er- sucht die Gemeinde um Ueberlassung eines Klassenzimmers in der Schule Kirchhofstraße-Baumshulenberg. Mädchen der Landbesitzer im Alter von 8—14 Jahren soll dort Handarbeitsunterricht erteilt werden. Dem Wunsch wird zugestimmt.

Für die Gemeindeschule wird eine neue Lehrstufen-Stelle be- willigt. An dem Bahnhöfchen der Berliner elektrischen Straßenbahn in der Straße am Treptower Park sollen von der Ringbahn bis zum Heidelempfänger Entwässerungsanlagen eingebaut werden. Die Kosten für die Anlagen belaufen sich auf etwa 2800 M., wovon die Bahngesellschaft vertraglich 1700 M. übernimmt. Dieser Vertrag wird genehmigt. Am Ringbahnhöfchen baut die Eisenbahnbauverwaltung ein Beamtenwohnhaus und tritt aus diesem Anlaß 162 Quadratmeter Straßenland unentgeltlich an die Gemeinde Treptow ab. Die Straße 88 im Zuge der Gräfstraße von der Lohmühlenstraße bis zur Aris- straße soll anbauartig hergestellt werden. Anliegerin ist die Nord- deutsche Bodengesellschaft, die außer dem Beitrag zur Herstellung dieser Straße noch 10 000 M. zur Herstellung des Platzes II an der Mündung der Straße zur Verfügung stellt. Der Norddeutschen Bodengesellschaft ist dagegen das Recht zuerkannt worden, den Fahr- damm, der mit Kuppelplatten belegt werden soll, von der Firma Kopp herstellen zu lassen. Aus der Gemeindevertretung wurden Be- denken gegen die Bewährung eines solchen Rechtes laut, da die Ge- meinde später leicht durch hohe Reparaturkosten geschädigt werden könne. Bürgermeister Schablow erwiderte, daß in diesem Falle nur ausnahmsweise der Norddeutschen Boden- gesellschaft dieses Recht eingeräumt werden solle. Die Gesell- schaft übernimmt auch die Unterhaltungspflicht der Straße auf fünf Jahre. Das Feuerwehrrdepot in der Kirchhofstraße soll mit Alarmglocken und Telefonanlagen versehen werden. Die Errichtung des neuen Treptower Gemeindefriedhofes ver- antwortlicher Redakteur: Albert Wagh, Berlin. Für den

langt die Summe von 600 000 M. Die Leichenhalle soll so gebaut werden, daß später ein Leichenverbrennungssofen eingebaut werden kann. Das von der Stadtgemeinde Berlin für Friedhofszwecke an- gekaufte Gelände kostet 107 000 M. und muß mit 4 Proz. verzinst werden. Auf diesem Grundstück befindet sich eine Landkolonie, an die 600 M. als Entschädigung zu zahlen sind. — Wilmersdorf hat zur einheitlichen Regelung der Sonntagstraße Groß-Berlins vor- geschlagen, eine vorbereitende Versammlung der in Frage kommenden Gemeinden abzuhalten. Zur Teilnahme an dieser Versammlung wurden die Herren Reumann, Kiesel und Genosse Carow ge- wählt.

Röpenitz.

Die Leiche eines jungen Mädchens wurde am Montagmorgens aus dem Müggelsee gefischt. Es handelt sich um die 19jährige Modistin Luise Reumann von hier, die vor einigen Tagen aus der Wohnung ihrer Eltern verschwunden war. Die Leichensache soll in den Tod gegangen sein, weil ihre Eltern ein Liebesverhältnis, das sie mit einem jungen Manne unterhielt, nicht billigten.

Friedrichsfelde.

Die Gemeindevertretung stimmte in ihrer letzten Sitzung zunächst der Anlegung eines Schmutzstreifens auf dem nördlichen Bürgersteig der Berliner Straße zwischen Luisen- und Berliner Straße 90 und den hierfür erforderlichen Kosten in Höhe von 8000 M. zu. Eine längere Debatte gab es bei den miteinander verbundenen Punkten 5, 6 und 7 der Tagesordnung, galt es doch einen Kampf gegen die Veranlassung des Grundbesitzes zu den Kosten der Straßenverbesserungen. Die vorgelegten Ortsstatute bezweckten, die Anlieger an den Straßen, die ausgebaut bzw. neu reguliert werden sollen, zu den notwendigen Kosten heranzuziehen, und zwar nach einem jedesmal einzuholenden Beschluß der Gemeinde- vertretung aber im Höchstfalle mit zwei Dritteln der Gesamtkosten. Da die Gemeindevertretung bekanntlich in ihrer überwiegenden Mehr- heit aus Grundbesitzern besteht, wäre man natürlich nie zu der Höchst- grenze gekommen, außerdem aber waren die Bestimmungen von der Baukommission und dem Gemeindevorstand so gefaßt, daß den Grundbesitzern tatsächlich im weitesten Maße entgegengekommen war. Zwar wurde wiederholt betont, daß es nicht länger anginge, die gesamten Kosten der Straßenverbesserung der Allgemeinheit aufzu-bürden, noch dazu, wo einige gewissenlose Grundbesitzer die Notlage der Gemeinde, die gezwungen ist, im Interesse der Weiterentwicklung unseres Ortes umfangreiche Straßenregulierungen vorzunehmen, ausbeuten und für abzurufendes Land unerhörte Forderungen stellen. Man wies ferner darauf hin, daß die Grundbesitzer von den Verbesserungen der Straßen einen unerbittlich viel höheren Nutzen haben, als selbst die Beiträge ausmachen würden, wenn sie bis zur Höchstgrenze gesteuert würden, aber man scheute sich trotz- dem, das Ortsstatut in entsprechender Weise anzugehen. Unsere Genossen hatten beantragt, eine besondere Kommission zu bilden, um eine zweckmäßige Fassung zu ermöglichen, stimmten dann allerdings, als der Antrag fiel, ebenfalls gegen das Statut, aber aus ganz anderen Gründen, wie die Mehrheit der bürgerlichen Vertreter. Schließlich nahm man eine völlig unzulängliche Be- stimmung an — vermutlich nur um das Odium absoluter Rüch- ständigkeit und Interessenspolitik von sich abzulenken — praktisch wird es jedoch bei dem gegenwärtigen Zustand verbleiben, daß erst die Steuerzahler die Kosten der Straßenverbesserungen anzubringen haben, damit sie dann höhere Mieten zahlen dürfen, weil der Boden und die Gebäude infolge der Straßenverbesserungen im Werte ge- steigen sind.

Dann wendete man sich den höheren Gemeindeschulen zu. Zur Vorbereitung war, wie erinnerlich sein dürfte, eine Kom- mission in der letzten Sitzung gebildet worden, die nun ihre Vor- schläge unterbreitete. Danach soll am 1. April 1912 die Forterische Schule übernommen werden, wofür deren Inhaberin eine jährliche Pension von 4000 M. erhalten und ihr das Schulmaterial zu einem an- gemessenen Preise abgekauft werden soll. Als Schulgrundstück wurde ein dem Herrn v. Tredlow gehöriges Grundstück an der Tredlow-Allee, dicht an der Verbindungsbahn nach Karlsdorf zu gelegen, gewählt. Dieses 10000 Quadratmeter umfassende Grundstück soll gegen das im Gemeindebesitz befindliche sogenannte Kathausgrundstück, welches 4500 Quadratmeter groß ist, eingetauscht werden. Die Karlsdorfer Vertreter, die in der letzten Sitzung so überaus heftig opponierten, hatten es jetzt sonderbar eilig und wollten ohne Debatte über die ganze Angelegenheit hinweggehen. In der Debatte wies Genosse Finkele auf den Widerspruch hin, der zwischen den früheren Klagen des Fel. Horter liegt, nach denen sie bisher nicht imstande gewesen sein wollte, ohne Zutun der Gemeinde auszukommen, während sie jetzt ihre feineswegs beschwerlichen Entschädigungsansprüche auf einen recht beträchtlichen Einnahme-Ausweis stützt. Er warnte auch vor der Wahl des Tredlowischen Grundstücks, weil dieses von allen Seiten von Straßen begrenzt sei, wodurch auch die Ge- meinde mit großen Straßenkosten belastet werde. Er müsse sich auch gegen Uebernahme der Vorarbeiten wenden und schlage vor, die Schule nicht sogleich im vollen Umfange zu bauen, damit die Ge- meinde nicht sofort die gesamten Baukosten aufbringen müsse, sondern nach Bedarf erweitern könne. Alle diese Vorschläge wurden jedoch nicht beachtet. Zum Schluß der Sitzung konstatierte Herr Beigeordneter Cassebaum auf Wunsch der Lehrerschaft unseres Ortes, daß seinerzeit, als es sich um die Teilnahme an der Jahrestag handelte, nicht — wie es in „einer Zeitung“ geheißen habe — die gesamte Lehrerschaft die Jurisprudenz vaterländisch-türmerischer Vereinerung mit 10 M. pro Tag bewertet habe, sondern — was doch unseres Erachtens selbstverständlich ist — nur die beteiligten Damen und Herren.

Friedrichshagen.

Bei einem Gerüststurz Friedrichstr. 14 verunglückten vor- gestern abend um 5 Uhr drei Arbeiter. Der Arbeiter Paul Krüger aus Hirschgarten brach das Rüstgerüst und starb auf dem Wege zum Krankenhaus. Die beiden anderen Arbeiter mußten die Hilfe des Arztes in Anspruch nehmen.

Siedow-Beuthen-Miersdorf.

In der Generalversammlung des Wahlvereins gab der Vor- sitzende, Genosse Kollentanz, den Bericht des Vorstandes über das abgelaufene Geschäftsjahr. Die Mitgliederzahl beträgt 92 (78 männliche und 19 weibliche Genossen), davon wohnen in Siedow- walde 51, Beuthen 20 und Miersdorf 15 Mitglieder. Der Vor- sitzende erkannte die rege Beteiligung der Genossen bei den Wahlen an, klagte jedoch über den schlechten Besuch der Versammlungen. Dem Kassenericht, den Genosse Kollentanz gab, ist zu entnehmen, daß einer Einnahme von 101,25 Mark eine Ausgabe von 24,20 Mark gegenübersteht. — Um die Vermehrung der Bibliothek und damit die Bildung der Mitglieder zu fördern, wurde beschlossen, Kataloge aufzulegen zu lassen und den Mitgliedern zuzustellen. — Der urgewählte Gesamtvorstand besteht aus folgenden Genossen: Vorsitzende 1., Lehmann 2. Vorsitzender, Airtz, Kaffierer, Wensch, Schriftführer; Bezirksführer für Beuthen Müttig, für Miersdorf Scholz, für Siedowwalde ist der Bezirksführer noch zu wählen. Revisoren sind die Genossen Wehling, Dammann und Heitz. Der Agitationskommission gehören die Genossen Kallies, Thieme und Wehling an; der Expedition Genosse Müttig. In den Bildungs- ausgaben wurden die Genossen Kallies, Wehling und Müttig, sowie als Bibliothekar Genosse Wehling gewählt.

Spandau.

Arbeiter-Samariter-Kolonie. Heute Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr: Übungsabend bei Fr. Böhle. Gäste willkommen.

Reinickendorf.

Aus der Gemeindevertretung. Zur Verteilung gelangte zunächst die spezialisierte Etatsübersicht des Nieselweidverbandes Reinick- dorf-Wittenau. Im ordentlichen Etat figurieren als eigentliche Ein- nahme aus landwirtschaftlicher Nutzung 93 425 M., aus der Vieh- wirtschaft 85 175 M., aus der Obstanzucht 200 M. und aus Ver- zinsentzinsen veranlagt: 24 000 M., Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts

packungen 6 730,10 M., insgesamt 125 530,10 M. Um die Aus- gaben in Höhe von 255 000 M. decken zu können, müssen daher 129 460,00 Mark aus dem Bestande der für den Erwerb und die Anlage des Nieselweides aufgenommenen Anleihen entnommen werden. Von diesen Anleihen von insgesamt 3 472 000 M. sind noch 1 682 000 M. vorhanden, die die Einnehme- position des außerordentlichen Etats bilden. Hier von sollen ver- wendet werden 700 000 M. für Verlegen des großen Druckrohrs, 150 000 M. für das Atpieren des Nieselgeländes, 185 000 M. für den Ankauf weiterer Grundstücke und 455 000 M. für Errichtung von diversen Bauwerken. Der Rest von 239 925 M. wird zur Zahlung von Zinsen für die aufgenommenen Darlehne gebraucht; und da- mit ist auch dieser Etat mit seinen reichen Mitteln am Ende. Im nächsten Jahre wird auch er zur Vergrößerung des Nieselalles, in dem die Gemeinde schwimmt, sein Geldvermögen beisteuern. Dem nochmals neue Anleihen für Schuldzinszahlung will die Regierung auf keinen Fall zulassen; dagegen wird der kommende Zweijährband die Lasten und Schwierigkeiten ins Ungeheure steigern. Alle Etatierungskünste reiten nicht aus diesem Dilemma. Draufsch- lecht das wieder der zur Genehmigung der Gemeindevertretung vorgelegte Rechnungsabluß für 1909. Er schließt mit einem an- sehnlichen Fehlbetrag, der auf zahlreiche Etatsüberschreitungen zurückzuführen ist. Die neugewählte Rechnungsprüfungskommission hat das erste Mal in eingehender Weise eine Prüfung der Jahresrechnung vorgenommen und dabei zahlreiche Monats- ziele müssen. In einem längeren Protokoll wurden diese gerügt und Abhilfe gefordert. Die Gemeindevertreter stimmten nach längerer Debatte den Vorschlägen zu und bewilligten die Ent- lastung mit der bestimmten Aufforderung, Etatsüberschreitungen künftig vorher nachzugehen. Eine ebenfalls scharfe Etats- überschreitung und Ueberaufschlagung brachte auch der Rechnungsabluß des Krankenhausverbandes. An seinen Etatsüberschreitungen ist Reinickendorf mit 27 355 M. beteiligt, d. h. statt der vorgesehenen 90 000 M. hat es 57 000 M. zu zahlen. Auch dieser Nachtrag wurde erst angenommen nach langer, heftiger Debatte, in der unsere Ge- nossen wieder energisch die Einsetzung einer Krankenhausdeputation forderten, statt des jetzigen Direktoriums, bestehend aus dem Gemeindevorsteher der beteiligten vier Gemeinden. Das Material, das gegen die bisherige Verwaltung zeugte, war so gewaltig, daß selbst der Bürgermeister, der bisher am lebhaftesten der Einsetzung eines größeren Komitees widerstrebt, zögernd dessen Berechtigung zu- geben mußte. Unsere Genossen in den Gemeindevertretungen der übrigen angeschlossenen Gemeinden werden dafür sorgen, daß auch ihren Verbandsvertretern diese Erläuterung zum kommt. Der Neu- bau der VI. Gemeindeschule erfordert in der vorläufig vorgesehenen Größe einen Aufwand von 272 000 M.; die Mittel wurden nach längerer Debatte, in der hauptsächlich Mängel früherer Schulbauten besprochen wurden, genehmigt. Den Verwaltern der Sparkassen- Annahmestellen soll eine Entschädigung in Höhe von 1/2 Prozent der Einzahlungen gewährt werden. Den Verwaltern der beiden Gemeindebibliotheken soll ihre Entschädigung von 250 auf 300 Mark pro Jahr erhöht werden. Ferner hatte sich die Gemeindevertretung als Amtsausschuss mit dem Erlaß einer neuen Hundepolizeiverordnung zu beschäftigen. Auf Anregungen aus der Einwohnerschaft, des Landrats und nicht zuletzt den Scherereien, die die den Ort passierenden Berliner wegen ihrer Hunde mit der Polizei hatten, war es zu danken, daß der Amts- vorsteher seine grundsätzliche Abneigung zur Aufhebung des Maulkorb- mangels aufgab. Die neue „Hundepolizeiverordnung“ schreibt die näheren Bedingungen hierfür vor. Diverse Baugesuche und Mit- teilungen füllten den Rest der öffentlichen Sitzung, der eine nicht- öffentliche folgte, aus.

Wittenau-Vorsigwalde.

Der Bericht über die letzte Gemeindevertreterversammlung enthält einen stimmenden Fehler, als er unseren Genossen unterrichtet, daß sie beantragt hätten, daß in dem Vertrage bei Vergebung der Asphaltierungsarbeiten die tarifliche Bezahlung der Arbeiter nicht aufgenommen werden soll. Unsere Leser werden bereits bemerkt haben, daß das Wort „nicht“ in dem Satz nicht zu suchen hat.

Aus aller Welt.

Ein neuer Jack der Aufschlicher.

In der nordamerikanischen Stadt Atlanta hat Jack Mc Ripper, der vor Jahren in London sein Unwesen trieb, einen Nach- ahmer gefunden. Am Sonnabend ist von einem unbekanntem Atten- täter bereits der achte Nord an einer Mulatinin verübt worden. Sämtliche Morde wurden in derselben Weise ausgeführt. Jeden Sonnabend schlich sich der Mörder hinter sein Opfer, das ge- wöhnlich eine sehr schöne Mulatinin war, ergriff die Frau bei den Haaren und durch schnitt ihr mit einem Rasiermesser die Schlagader. Alsdann verschnümelte er sein Opfer in der entsetzlichen Weise. Das einzige Kennzeichen in der Ver- sänlichkeit des Mörders hat die Polizei von einer Mulatin erhalten. Diese erzählte, daß sie von einem großen, kräftig gebauten Meger verfolgt worden sei, der ihr, als er sie erreichte, einen Dolch in den Rücken stieß, jedoch darauf die Flucht ergriff. Durch diese Mordserie hat sich der Bevölkerung eine ungeheure Erregung bemächtigt.

Vom deutschen Rundflug.

Der bisherige Favorit des deutschen Rundfluges, der Münchener Lindpaintner, ist in den letzten Tagen von andauerndem Pech verfolgt worden. Auch haben die Anstrengungen des Fluges bei ihm offenbar eine hochgradige Nervosität hervorgerufen, so daß er sein Können nicht voll entfalten kann. Bei dem Flug Dort- mund-Kassel startete er gestern früh, mußte aber bei War- burg eine Notlandung vornehmen, bei der er durch den heftigen Aufprall seines Flugzeuges auf den Erdboden das ganze Unter- gestell des Apparates zertrümmerte. Durch den Unfall ist er an dritter Stelle gerückt. Erster ist König, der am Montag abend in Dortmund aufgestiegen war und nach einer Zwischen- landung bei Asseln am Dienstag vormittag das Zielband in Kassel pflasterte. An zweiter Stelle in der Konkurrenz liegt Falkmüller, der ebenso wie Hoffmann und Wenzler bereits am Montagabend in Kassel eintraf.

Die Hitze in Amerika.

Die Hitze setzt sich durch das ganze Land fort. Mehrere hundert Personen sind infolge der Hitze um- gekommen oder beim Baden ertrunken. Gestern sind Tausende vom Hitzschlag getroffen worden. Es ist kein Angehen dafür vorhanden, daß die Hitze abnehmen wird. In New York und Umgebung wurden 14 Todesfälle, in Chicago 27 fest- gestellt. Die Temperatur erreichte an einigen Stellen mehr als 43 Grad Celsius.

Kleine Notizen.

Schwere Grubenkatastrophe in Nordamerika. Durch einen Grubenbrand in South Worcester wurde eine größere An- zahl Bergarbeiter von der Luft verdrängt. 18 von ihnen fanden den Tod durch Verbrennen. Russische Sicherheitszustände. Auf die Reisenden eines den Bahnhof Wranst (Gouv. Grodno) verlassenden Zuges wurde ein Raubanfall verübt. Eine Frau, die Widerstand leistete, wurde von den Mäulern unter die Räder des Zuges ge- worfen. Nach der Pest die Cholera. Wie ein Telegramm aus Peters- burg meldet, ist in Muiden die Cholera ausgebrochen. Bekanntlich hat im letzten Winter dort, wie in der ganzen Randspurei, die Pest schwer gewütet. Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Raul Singer u. Co., Berlin SW.